

DER KAMPF

Jahrgang 5

1. Oktober 1911

1. Heft

Karl Renner: Soziale Demonstrationen

Der Kampf der österreichischen Arbeiterschaft gegen die Teuerung ist bis zu dem Punkte vorgeschritten, wo er das Bewusstsein der ganzen Gesellschaft ergriffen hat, wo er alle als Freund und Feind in gleicher Weise in seinen Bann zwingt. Hierbei haben wir Sozialdemokraten die gleiche Erfahrung gemacht wie mit den Wahlrechtskämpfen: Unsere Feststellungen und Forderungen werden erst von der öffentlichen Meinung ignoriert, im Parlament bespöttelt und überall als demagogische Erfindungen oder als Utopien behandelt; es kostete Jahre der Anstrengung, bis sie von den einsichtigeren Elementen der Bourgeoisie und Bureaukratie beachtet, weitere Jahre, bis im Parlament auch von den Gegnern mit dem Anschein des Ernstes das Bedauern ausgesprochen wird, dass „leider Gottes“ keine Hilfe sei; endlich aber nach dem vollen Ausreifen des Uebels schlägt die öffentliche Meinung um und nunmehr klagt alles über die Teuerung, schreit alles nach Abhilfe und die überraschte Bevölkerung weiss sich vor Freunden nicht mehr zu helfen. Wie lange ist es her, seit neubekehrte Hofräte plötzlich vom allgemeinen Wahlrecht zu schwärmen begannen, alle Patrioten mit einem Male ein Neuösterreich aus dem Jungbrunnen der Wahlreform erstehen sahen, seit die verbissenen Gegner der Reform, von dem Sturme der Wahlrechtsbewegung niedergeworfen, Pluralvotum und Proporz und allerlei andere „beste Wahlrechte“ anzupreisen anhaben, um das gute und einfache Wahlrecht zu verzögern.

Aehnliches erleben wir heute. Durch ein Jahrfünft stand die österreichische Sozialdemokratie, die reine Vertretung des organisierten Proletariats, in diesem Kampfe allein. Nun kommen sie alle, alle angerückt. Von den Blättern der Börse bis zur „Reichspost“, vom soliden bürgerlichen Mittelstand bis zum Lumpenproletariat, von den fix angestellten Hofräten bis zu den Ausgestossenen der Gesellschaft, bei denen nichts fix ist als die Regellosigkeit ihres unbestimmten und wirtschaftlich nicht erfassbaren Erwerbes. Selbst die Nutzniesser der Preissteigerung, die Agrarier, marschieren mit Notstandsforderungen für die verarmenden Kleinbauern auf und, damit die Analogie vollständig werde, preisen die schuldigen Christlichsozialen mit ingrimmiger Verzweiflung besonders wirksame Elixire gegen den Hunger an, um über die wahren Ursachen hinwegzutäuschen. Teuerung an allen Strassenecken! Betreten wir heute die Strasse, um zu demonstrieren, so sehen wir uns unversehens in gemischter Gesellschaft, die uns nachdenklich machen muss — und auch vorsichtig!

Der Teuerungskampf ist eine sogenannte Volksbewegung geworden. Dieses löbliche Ziel also ist erreicht und viel ist damit gewonnen. Dieses gedankenträge Oesterreich aus dem Sumpfe ökonomischer Urteilslosigkeit, welcher Zolltarif, Handelsverträge, Veterinärgesetze gleichgültige Dinge und Lappalien gegen den böhmischen Landtagsaktuar sind, aufgerüttelt zu haben, ist ein Verdienst, das nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Wir haben diesen ökonomisch verwarlosten Völkern Oesterreichs einen fünfjährigen Lehrkurs über Wirtschafts- und Handelspolitik gehalten, für den sie uns Dank schulden und 1917 vielleicht auch Dank zollen werden. Aber schliesslich ist die Rolle eines Schulmeisters der anderen unsere Kardinalaufgabe nicht. Die Schulung des Proletariats zu immer grösseren Aufgaben in der Zukunft und die Fürsorge der Arbeiterklasse für sich selbst in der Gegenwart ist vor allem unseres Amtes.

Sogenannte allgemeine Volksbewegungen wie jene, in die seinerzeit auch unser Wahlrechtskampf ausmündete, haben das Leidige einer allgemeinen Konfusion, in der schliesslich alle festen Richtlinien der Politik, alle Abgrenzungen der Klassen sich in nebulösen Ueberschwang auflösen. Da wird alles möglich, das Unmögliche wahrscheinlich, das Bedingte und Begrenzte unendlich! Was haben sich die kleinen Leute, die Unorganisierten, die Bureaukratie nicht alles vom Wahlrecht verheissen! Was nannte sich da nicht alles Sozialdemokrat! Was wollte sich da nicht in die Reihen der Arbeiterschaft einschleichen! Mit sicherer Hand und mit klarem Verstand wurde damals alles Unberufene ferngehalten! Und trotz alledem hat ein gewisser sanguinischer Ueberschwang auch viele unserer besten Genossen ergriffen und hinterher noch schweren Schaden gebracht. Gerade dann, wenn eine Bewegung der Arbeiterklasse „Volkssache“ werden will, tut politisch und taktisch grosse Achtsamkeit not!

Dass unser jetziger Kampf diesem Stadium entgegenreift, haben zweifellos die Begleitumstände unserer letzten Teuerungsdemonstration in Wien bewiesen. Nicht nur die organisierte Arbeiterschaft, das Volk selbst war auf der Strasse, das Volk in der ganzen traurigen Ausdehnung des Begriffes.

Die schreiendste Anklage gegen die Erbärmlichkeit dieser Gesellschaftsordnung kroch aus ihren Quartieren hervor und demonstrierte mit: Verzweifelte, für die diese bürgerliche Gesellschaft kein Dach hat, der sie keine Werkstatt aufzutut, keinen Laden zum Einkauf offen hält; Enterbte nicht nur des Eigentums, sondern auch des Rechtes, die Mangel an Erziehung und Existenz dem Verbrechen anheimgibt; Verwahrloste, welche die christliche Presse deshalb beschimpft, weil ihnen diese christliche Gesellschaft die Erziehung durch Mutter, Lehrer und Beispiel versagt hat, denen der Staatsfiskus zwar keine Besserungsanstalten, wohl aber Branntweinbuden und konzessionierte Schandhäuser offenhält. Wahrhaftig, jene Pharisäer, deren Eigentum im Diebstahl, deren Sittlichkeit in der Unzucht, deren bürgerliche Honorigkeit in der Lasterhaftigkeit der Enterbten den notwendigen Gegenpol hat, haben kein Recht, einen Stein auf jene Unglücklichen zu werfen, und uns Sozialisten wird alle Verurteilung der unglückseligen Taten dieser Leute nicht hinreissen, ihnen das grosse menschliche Erbarmen an der misshandelten Kreatur zu versagen. Sie zu erlösen und das Ungeheuer Kapitalismus, das sie immer neu erzeugt, zu ertöten bis in seinen Unheilsschoss hinein, ist eine der heiligsten Aufgaben des Proletariats. Für sie marschieren kann es, mit ihnen nicht.

Dann aber gibt es halbbürgerliche Schichten an der Grenze des Proletariats von Wien, welche die Not belehrt und aus den Reihen der Christlichsozialen zu uns herüberführt. Sie haben niemals eine prinzipielle Schulung genossen, dafür wurden sie durch zwei Jahrzehnte mit den Pogromphantasien unserer christlichsozialen Presse gefüttert und verstehen die Methoden des Klassenkampfes noch nicht. Durch die Luegersche Agitation ist die Wiener Bevölkerung überhaupt in der eingewurzelten Neigung, das Persönliche zu überschätzen und sich an das Nächstgreifbare zu halten, mächtig bestärkt worden. Diese Neigung äussert sich harmlos im Personenkult und in der Bewunderung sichtbarer Erfolge. Wie hat die politische Gedankenlosigkeit sich über das naive Volk gefreut, das Luegerbildchen verehrt, wie hat man jede Schulhauseröffnung mit Zeremonien umgeben und jeden öffentlichen Bau zum Gegenstand des politischen Kult gemacht! Am Ende hat man sich noch dabei eingebildet, damit politische Erziehung zu leisten! Man hat nur dabei vergessen, dass der Fetischanbeter den langverehrten Fetisch, wenn er einmal versagt, sogleich prügelt. Darin gleichen die Wiener ganz den Franzosen, deren revolutionäre Erhebungen meist mit der Abtragung jener Denkmäler und öffentlichen Bauten beginnen, deren Errichtung sie vordem in patriotischen Rausch versetzt hat.

Grosse Massen von so vorgeschulten Wienern hat der Ernst des Daseins in unsere Reihen geführt, aber anders geschult sind sie noch lange nicht. Sie werden sicherlich tüchtige Mitkämpfer werden, aber heute sind sie an die feste Marschordnung unserer Bataillone noch nicht gewöhnt und noch verfehlen sie die Angriffspunkte unseres Kampfes.

Klar gegeben waren diese im Wahlrechtskampf: Parlament und Staatsgewalt. Die Demonstration bewegte sich um Parlaments- und Staatsgebäude. So einfach liegt die Sache bei einem rein politischen Kampfe. Viel komplizierter aber ist der soziale Kampf gegen die Teuerung, der die tiefsten Probleme der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufrollt.

Die Wohnungsteuerung zum Beispiel bietet nach Wiener Manier zwei leicht fassbare Angriffspunkte, den persönlichen und dinglichen, den Hausherrn und das Haus. Der naive Mensch glaubt hier Kapitalisten und Kapital in greifbarer Nähe. Das gerade ist jedoch das Geheimnisvolle, Unfassbare des Kapitalismus, dass er so kurzerhand nicht angepackt werden kann. Wie sieht es denn mit dem Hausbesitz der Vorstädte aus? Kleinhändler und Kleinproduzenten erwerben, um eine gesicherte Betriebsstätte zu haben, für ihre Ersparnisse einen Baugrund und bauen mit fremdem Kapital. Hypothekenbanken liefern ihnen den ersten Satz zu mässigem, Baubanken nach Art jener Gessmanns den zweiten Satz zu hohem Zinsfuss, wucherische Bauspekulanten eventuell einen dritten. Blosser Handlanger fremden Wucherkapitals ist ein solcher Hausherr, er schindet sich, schindet seine Parteien, um die Zinsen für Kapitalisten herauszuschinden, welche oft weder ihn noch das Haus kennen, welche die Hypothekendpfandbriefe und die Baubankaktien besitzen, fern vom Zugriff der Mieter leben und über Mieterkrawalle lächeln. Diese Art Kapital erscheint öffentlich nicht als Mensch und nicht als Haus, es tritt nur auf als Papier, als Pfandbrief oder Aktie oder Schuldschein oder Wechsel. Es trägt eine Tarnkappe, du willst es fassen und es ist deinem Arm entschwunden, du schlägst nach ihm und aus dem Leeren antwortet sein Hohngelächter!

Der Krämer verschleisst Petroleum, Zucker, Branntwein. Immer häufiger schreiben die Kartelle den Händlern selbst die Verkaufspreise vor und verwandeln sie so in blosser Inkassanten, in blosser Handlanger des Kapitals. Bald wird für alle Detailgeschäfte das Verhältnis der galizischen Schnapsschänker zu den branntweinbrennenden Grundherren als Muster gelten! Die Grundherren und Brennereibesitzer als eigentliche Alkoholkapitalisten bedienen sich der Schnapsschänker als der Organe, die ihre Profite realisieren auf eigene Rechnung und Gefahr. Was alteriert es die vornehmen Herren, wenn die betrunkenen Bauern die Schänker verprügeln? Und so liegen die Petroleumgruben, die Zuckerfabriken, die Brennereien der Kapitalisten meilenfern von den Verkaufsläden, in denen die Ausbeutung der Konsumenten nicht vor sich geht, sondern realisiert wird. Und reiste einer meilenweit hin bis zur Grube, zur Zuckerfabrik, so fände er auch dort kaum jemand anderen als die ausgebeuteten Proletarier der Produktion und einen angestellten Direktor, der ihm die Auskunft erteilt: „Das Werk gehört einer Aktiengesellschaft, die Aktionäre kenne ich zum grössten Teil selbst nicht.“

Persönlich und dinglich erfassbar ist beinahe nur das Agrarkapital. Das Industrie-, Handels- und Geldkapital aber ist zum allergrössten Teil mobilisiert und sichtbar sind nur die Stätten, wo es verwaltet und gehandelt wird, Banken und Börse. Die Menschenklasse der Grosskapitalisten ist überall und nirgends, vagabundiert durch Stadt und Land und ist persönlich sofort unsichtbar, sobald das Volk unwillig wird: Zurück lässt sie nur Gendarmen, Polizisten, Soldaten — gezwungene oder gedungene, ausgebeutete Handlanger, die es nicht zu bekämpfen, sondern zu belehren gilt.

Darum haben soziale Demonstrationen kein äusseres, persönliches oder dingliches Objekt. Organisierte und geschulte Proletarier demonstrieren nicht wie der Kleinbürger in Ekstase für und gegen Personen oder an diesem und jenem Objekt, nicht wie die von der bürgerlichen Gesellschaft der Verzweiflung überantworteten Lumpenproletarier an all dem, was ihnen gerade in die Hände fällt, Mensch, Tier oder Ding: das Proletariat demonstriert sich selbst und seinen Massenwillen, es demonstriert seine Zahl, seine Einmütigkeit, seine Disziplin und Geschlossenheit, es manifestiert zur eigenen Aufklärung und zur Warnung der Gegner seine eigene Stärke und dokumentiert seinen Willen im Massenbeschluss. Andere Arten von Demonstrationen muss es anderen überlassen, denen sie kongenial sind.

Was darüber hinaus ist, das nennt sich nicht mehr Demonstration, sondern Aktion. Auch die Aktionen des Proletariats haben ihre bestimmten historischen Formen, Streik, Boykott, Resistenz u. s. w. Welche Form immer gewählt wird, das Proletariat kann als Klasse nicht anders handeln als planmässig von Anfang bis zum Ende, solidarisch Mann für Mann. Die von der Masse losgelöste individuelle Tat ist das Schiboleth der Anarchisten, nicht unsere Sache.

Das sind heute für uns Oesterreicher Binsenwahrheiten, doch sie sind mühsam in einer fünfundzwanzigjährigen praktischen Erziehung gewonnen und im Wahlrechtskampf bewährt. Diese fünfundzwanzigjährige Schulung ist nicht vergebens gewesen und auf Grund dieser Tradition eines Menschenalters kann die Partei mit Verachtung über die Verleumdungen der Polizeipresse hinweggehen, die sich an die jüngsten Ereignisse geknüpft haben und die sozialdemokratische Partei für die Exzesse des 17. September verantwortlich machen wollen.

Gerade weil die Teuerungsbewegung über das organisierte Proletariat hinaus zur Volkssache geworden ist, obliegt uns die Aufgabe, uns scharf abzugrenzen von aller Konfusion, aber auch allen Ueberschwang fernzuhalten und unsere Kampfmethoden nicht zu verwischen. Es wird, wie die Erfahrung zeigt, Mühe kosten, das Herübergreifen fremdartiger Methoden auf unsere Kämpfe abzuwehren, aber auch das muss vollbracht werden, damit das Resultat der Arbeit eines Vierteljahrhunderts nicht verloren gehe. Wir müssen die neugewonnenen Anhänger, welche der christlichsozialen Partei eben entronnen sind, auch der falschen Methoden der Luegerei, des Radaus und des demagogischen Schlagwortes entwöhnen und müssen die Allerelendsten der bürgerlichen Gesellschaft, denen sie das Stigma des Lumpenproletariats aufgeheftet hat, soweit sie unseren Organisationen fassbar sind, aus ihrer Erniedrigung zu erheben versuchen. Soweit dies nicht erreichbar ist, verbleiben sie selbst, ihr Schicksal und ihre Taten, im Schuldbuch dieser bürgerlichen Gesellschaft: diese selbst und ihre öffentlichen Gewalten haben zu verantworten, was sie an ihnen verbrochen!

Karl Marx: Oesterreichs Seehandel

Vorbemerkung des Herausgebers.

Der Artikel von Karl Marx, der hier in deutscher Uebersetzung zum erstenmal erscheint, ist in der englisch-amerikanischen Zeitung „New York Tribune“ am 9. Jänner und 4. August 1857 veröffentlicht worden. Er gehört zu jenen Artikeln über wichtige politische und ökonomische Ereignisse in England und auf dem europäischen Kontinent, die in der zweiten Periode der Mitarbeiterschaft Marxens an der „New York Tribune“, in der er sich nur ausnahmsweise mit eigentlichen Zeitungskorrespondenzen befasste, den bedeutendsten Teil dieser Beiträge bildeten. Der Artikel ist anonym erschienen, wie alle Artikel von Marx in der „New York Tribune“ seit 1856, aber es unterliegt keinem Zweifel, dass er Marx gehört. Das beweist, ausser seinem Inhalt, auch ein Brief des Redakteurs der „New York Tribune“, Charles Dana an Marx, datiert vom 5. März 1857, in dem er ihm mitteilt, dass der zweite Artikel über den österreichischen Seehandel schon im Satz sich befinde und nächstens gedruckt werde. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der zweite Artikel mit Engels' Hilfe geschrieben ist oder fast ganz aus seiner Feder stammt, wie die meisten Artikel, wo kriegshistorische und kriegswissenschaftliche Fragen erörtert werden.

Obwohl die Artikel, die unten folgen, für sich selbst sprechen, glauben wir, dass einige Erläuterungen notwendig sind, um die Zeitumstände, unter denen sie geschrieben sind, dem Gedächtnis der Leser näher zu bringen.

Es ist bekannt, dass die Frage, was für eine Rolle Oesterreich während des Krimkrieges spielte, den Ausgangspunkt für wichtige Kontroversen bildete, nicht nur innerhalb der deutschen Demokratie im allgemeinen, sondern auch in ihrem linken Flügel, in der proletarischen Demokratie. „Ich weiss nicht,“ schrieb Lassalle an Marx, „ob man behaupten kann, dass Oesterreich schon jetzt damit umgeht, die Westmächte zu verraten. Meine Quelle versichert: nein. Mag sein. Aber so viel weiss ich, dass Oesterreich, im letzten entscheidenden Augenblick, die Westmächte an Russland verraten wird, dass es dies tun wird selbst gegen seinen Willen und von den Ereignissen dazu gezwungen.“ Glaubten doch noch später, nach dem Krimkrieg, Vogt und Konsorten, dass der „Dank, den Oesterreich dem Zaren auf Kosten Deutschlands während des Warschauer Kongresses von 1850 und durch den Zug nach Schleswig abstattete“, nicht genügend sei für einen

„Dienst“, den Nikolaus Oesterreich zu erweisen in seinem eigenen Interesse gezwungen war.

Wahr ist, dass Oesterreich lange gezögert hat, bevor es eine entschiedene Stellung gegen Russland eingenommen hat. Wie wichtig für den Gang des Krieges die Stellung Oesterreichs war, beweist die Tatsache, dass schon die jämmerliche Halbheit, mit der Oesterreich am Anfang des Krieges zwischen Russland und den Westmächten schwankte, den russischen Vormarsch auf der Balkanhalbinsel vollständig lahmgelegt hat. Aber am Ende hat Oesterreich, trotz aller Sympathien des Wiener Kabinetts für den russischen Absolutismus, nicht die Westmächte an Russland, sondern Russland an die Westmächte „verraten“. So hat der Krimkrieg einen neuen Beweis geliefert, dass die staatliche Existenz Oesterreichs eine Notwendigkeit ist, bis die europäische Revolution die Kraft findet, zugleich die deutsche und die orientalische Frage zu lösen, dass folglich die Zertrümmerung Oesterreichs nur im Interesse des gefährlichsten Feindes der europäischen Revolution liegt.

Aber wie war dieser „Verrat“ Oesterreichs zu erklären? War er nur eine neue Extratour in der widerspruchsvollen Politik des Wiener Kabinetts? Oder hatte er tiefere Ursachen? Warum hat der Panslawismus in dem halbslawischen Land vollständig versagt? Inwieweit gehen die Gegensätze Oesterreichs und Russlands in den Donaufürstentümern? Existieren noch andere ökonomische Interessen, die Oesterreich zwingen — Oesterreich nicht nur als eine Domäne der Habsburger, sondern auch als eine ökonomische Macht — gegen Russland auf der Balkanhalbinsel vorzugehen?

Und da Marx und Engels schon damals nach einem gemeinsamen Plan und nach vorheriger Verabredung arbeiteten, teilten sie die Arbeit der Erforschung dieser Probleme so, dass Engels die neue Prüfung der Frage des Panslawismus übernahm, Marx an die Erforschung der Donaufürstentümer und der ökonomischen Entwicklung Oesterreichs ging. Die Frucht dieser Arbeit waren zwei Serien von Artikeln für die „New York Tribune“: eine — nicht weniger als fünfzehn Artikel — über Panslawismus, und die andere über die Donaufürstentümer und Oesterreich. Aber nach langem Zögern hat C. Dana, der zu dieser Zeit, wie ich an einem anderen Ort beweisen werde, unter dem ausschliesslichen Einflusse des jetzt vollständig vergessenen, aber in den Vierzigerjahren sehr bekannten polnischen Renegaten und Panslawisten Grafen Adam Gurowski eine Schwenkung in der orientalischen Frage durchgemacht hatte, die ihn aus einem Feind der russischen Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel in einen Freund des russischen aufgeklärten Despotismus und des „Bauernbefreiers“ Alexander II. verwandelt hat, beinahe alle Artikel abgelehnt, und aus dieser ganzen Serie wurden nur die Artikel über den Seehandel Oesterreichs — und zwar mit einer langen Unterbrechung — abgedruckt.

Beide Artikel bilden zugleich den Uebergang zu den zahlreichen Artikeln, in denen Marx und Engels ihre Stellung zu der italienischen Frage begründeten. Das Problem war: Muss die weitere ökonomische Entwicklung Oesterreichs sich auch weiter auf Kosten der italienischen Nation vollziehen, ist wirklich der Besitz der Lombardei und Venedigs dazu notwendig?

Die Vertreter der bürgerlichen grossdeutschen Politik waren überzeugt, dass Oesterreich und Deutschland in Italien ein dauerndes zweifaches Interesse haben: ein kommerzielles und ein politisch-militärisches. Norditalien, mit seinen Mittelmeerhäfen bildete ihrer Ansicht nach eine natürliche Ergänzung, ein südliches Vorland vor Deutschland. Ohne Venedig könne Oesterreich, wollte es seinem geographischen Berufe treu bleiben, den atlantischen Handel auf der einen, den mittelländischen und den Donauhandel auf der anderen Seite nicht fördern. In Venedig sah man den Schlüssel zum Handel nach dem westlichen Teil Oesterreichs, den Schlüssel zum Brennerpass, über den es seine Waren nach Deutschland sandte, den in Oesterreich liegenden Schlüssel nach Deutschland von der Adria aus. Die ganze österreichische Eisenbahnpolitik wurde von diesem Standpunkt geleitet und Triest wurde deshalb sehr stiefmütterlich behandelt.

Aber auch in der bürgerlichen Demokratie wurden Stimmen laut, die Venedig als deutsches Gebiet betrachteten. Den prägnantesten Ausdruck fand diese Ansicht in einer späteren Proklamation von Bucher und Rodbertus: „Wollt ihr euch von dem Adriatischen Meer verdrängen lassen? Das Zivilrecht gibt dem Grundbesitzer einen Weg

über des Nachbarn Aecker, um an die Heerstrasse zu gelangen, und die Staatsgewalt schützt ihn darin. Meere sind die Heerstrassen der Völker, und Völker haben sich selbst zu schützen. Ihr wolltet euch verdrängen lassen in dem Augenblick, da die alten Handelswege nach dem Morgenlande wieder betreten werden, da vielleicht in einigen Jahren der Kanal der Pharaonen und Kalifen wieder Schiffe trägt? Gewiss fand der deutsche Handel seinen Weg über Triest, solange Triest die schwache neutrale Republik Venedig und ein österreichisches Kroatien zu Nachbarn hatte. Aber ebenso gewiss würde der Weg nicht lange sicher sein zwischen einem ‚starken‘ Italien und einem von Deutschland losgerissenen Ungarn.“

Anders dachte der linke Flügel der deutschen Demokratie mit Blind und Kinkel. In einem die ganze Denkweise der bürgerlichen Demokratie charakterisierenden Artikel „Wem gehört Triest?“ führt Blind aus, dass Venedig den Italienern gehört, Fiume den Ungarn, aber Triest müsse deutsch sein. „Jeder Deutsche soll sich lieber einen Finger der rechten Hand abhacken lassen, ehe er Danzig den Polen gibt, und einen Finger der linken Hand, ehe er Triest den Italienern gibt!“*

So fern der ganzen Weltanschauung Marx' und Engels' diese bombastische Phraseologie der vulgären Demokratie lag, waren sie auch der Meinung, dass Triest ein unbestrittenes deutsches Besitztum sei. Entschiedene Gegner der mitteleuropäischen Grossmachtstheorie, sahen sie in der Fortdauer der österreichischen Gewaltherrschaft in Italien ein Hindernis der europäischen Revolution. Und so wie später Engels bewiesen hat, dass Deutschland kein Stück von Italien zu seiner Verteidigung brauche, so beweist Marx (und Engels) in den vorliegenden Artikeln, dass nicht Venedig, sondern Triest das Hauptemporium des österreichischen Handels ist, dass der Seehandel Oesterreichs, trotz aller Begünstigung Venedigs, seinen natürlichen Weg schon längst in Triest gefunden hat, dass auch vom militärischen Standpunkt aus Oesterreich genug Mittel hat, um Triest gegen die Franzosen zu verteidigen, wenn es militärisch Pola nicht so vernachlässigen werde, wie es mit Triest geschah.

Freilich hat sich Marx geirrt, als er glaubte, das nach der Eröffnung des Kanals von Suez die privilegierte Stellung, die Venedig durch die Verlegung des Schwerpunktes des europäischen Handels seit der Umsegelung des Kaps der Guten Hoffnung verloren hat, von Triest erobert werden und dass Triest Marseille überflügeln wird. Die industrielle Suprematie war entscheidend. In den ersten fünf Jahren nach Eröffnung des Kanals von Suez passierten ihm 4317 englische Schiffe mit 8,612.156 Tonnen, während der Verkehr unter österreichisch-ungarischer Flagge kaum vier Prozent desselben ausmachte, nämlich 345 Schiffe mit 335.307 Tonnen. Dazu kamen noch die Konkurrenz Fiumes seit 1867 und die nachteiligen Wirkungen der Gotthard- und der Brennerbahn. Aber noch bis jetzt nimmt Triest im Schiffsverkehr unter den europäischen Häfen den achten Platz ein. Und obwohl der Triester Holzhandel noch immer einen Hauptfaktor der Triester Ausfuhr bildet, ist er gegen früher stark zurückgegangen infolge der Konkurrenz Bosniens und der Erschöpfung der Waldungen in Krain und Kärnten.

In allen anderen Punkten hat Marx recht behalten. Der Französisch-Italienische Krieg hat Oesterreich gezwungen, mit seinen Traditionen zu brechen, aber nur zum Teil. *Le mort saisit le vif*. Und bis jetzt noch bilden die alten Traditionen Oesterreichs das Haupthindernis seiner sozialen Entwicklung. Aber jetzt kann man sagen, dass nur, wenn diese Traditionen über den Haufen geworfen werden, Oesterreich im Laufe der Geschichte nicht über den Haufen geworfen werden wird. N. Rjasanoff.

* * *

Oesterreichs Seehandel.

I.

Man kann sagen, dass der Seehandel Oesterreichs mit der Einverleibung Venedigs und seiner Besitzungen an den adriatischen Meeresküsten in das Reich beginnt; dies geschah zuerst im Frieden von Campo-Formio und der Frieden von Luneville bestätigte

* Hermann, herausgegeben von G. Kinkel in London, 28. März 1859.

Oesterreich in seinem Besitz. Napoleon wäre also der eigentliche Begründer des österreichischen Seehandels. Wahr ist, dass er, als er der Vorteile gewahr wurde, die Oesterreich daraus erwachsen, diese Konzessionen im Vertrag von Pressburg und dann im Wiener Frieden 1809 allerdings aufgehoben hat. Aber Oesterreich war einmal auf die richtige Fährte gelenkt und 1815 benützte es die günstige Gelegenheit, um seine Herrschaft über das Adriatische Meer wiederzugewinnen.

Der Mittelpunkt dieses Seehandels ist Triest; wie sehr es allen anderen österreichischen Häfen, und zwar schon seit längerer Zeit, überlegen ist, geht aus folgender Tabelle hervor:

		Fiume	Triest	Venedig	Andere Häfen
1838	Import (in Gulden)	200.000	32,200.000	9,000.000	3,000.000
	Export „ „	1,700.000	14,400.000	5,300.000	2,000.000
1841	Import „ „	200.000	22,300.000	3,500.000	5,300.000
	Export „ „	1,600.000	11,200.000	3,100.000	1,900.000
1842	Import „ „	200.000	24,900.000	11,500.000	5,100.000
	Export „ „	1,300.000	11,900.000	3,400.000	2,600.000

1839 war das Verhältnis der Einfuhr in Venedig zu der in Triest wie 1 : 2'84, der Ausfuhr beider wie 1 : 3'8. Im gleichen Jahre landeten viermal soviel Schiffe in Triest wie in Venedig. Gegenwärtig ist das Uebergewicht Triests so bedeutend, dass alle übrigen Häfen Oesterreichs, Venedig eingeschlossen, dagegen weit in den Hintergrund rücken. Aber wenn Triest Venedig im Adriatischen Meer verdrängt hat, so wird diese Tatsache weder durch die besondere Gunst der österreichischen Regierung noch durch die unausgesetzte Arbeit des Oesterreichischen Lloyd erklärt. Zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts ein kleiner Schlupfhafen an felsiger Küste, von wenigen Fischern bewohnt, war Triest 1814, als die französischen Streitkräfte Istrien räumten, zu einem Handelshafen mit 23.000 Seelen emporgewachsen, dessen Handel dreimal so gross war als der Venedigs im Jahre 1815. 1835, ein Jahr vor der Gründung des Oesterreichischen Lloyd, betrug seine Bevölkerung über 50.000 und zu einer Zeit, als der Lloyd noch keinen irgendwie ins Gewicht fallenden Einfluss entfaltet haben konnte, stand Triest im türkischen Handel an zweiter Stelle, nach England, im Verkehr mit Aegypten nahm es den ersten Platz ein. Das beweisen die folgenden Ziffern für den Import und Export von Smyrna 1835 bis 1839:

	Import Piaster	Export Piaster
England	126,313.146	44,613.032
Triest	93,500.456	52,477.756
Vereinigte Staaten	57,329.165	46,603.320

Die Ein- und Ausfuhr Aegyptens weist für das Jahr 1837 folgende, gleichfalls instruktive Ziffern auf:

	Import Franken	Export Franken
Triest	13,358.000	14,532.000
Türkei	12,661.000	12,150.000
Frankreich	10,702.000	11,703.000
England und Malta	15,158.000	5,404.000

Wie kam es nun, dass Triest und nicht Venedig, der Ausgangspunkt der neu aufblühenden adriatischen Schifffahrt wurde? Venedig war eine Stadt der Erinnerungen; Triest hatte gleich den Vereinigten Staaten den Vorzug, überhaupt keine Vergangenheit zu besitzen. Aus italienischen, deutschen, englischen, französischen, griechischen, armenischen und jüdischen Handelsleuten und Spekulanten in buntem Durcheinander zusammengesetzt, war es nicht mit Traditionen belastet gleich der Lagunenstadt. Während beispielsweise der venetianische Getreidehandel noch während des XVIII. Jahrhunderts an seinen alten Verbindungen festhielt, verknüpfte Triest sein Geschick mit dem aufsteigenden Stern Odessas, weshalb es ihm gelang, zu Beginn des XIX. Jahrhunderts seinen Rivalen gänzlich aus dem Getreidehandel des Mittelländischen Meeres auszuschalten. Der Unglücksschlag, der die alten Handelsrepubliken Italiens am Ende des XV. Jahrhunderts getroffen hatte, als die Umseglung Afrikas gelungen war, wieder-

holte sich in kleinerem Massstab in Gestalt der Kontinentalsperre Napoleons. Die letzten Reste venetianischen Handels wurden vernichtet. An der Möglichkeit, in diesem untergehenden Seehandel noch etwas zu gewinnen, verzweifelnd, übertrugen die Kapitalisten Venedigs naturgemäss ihr Kapital auf die gegenüberliegende Küste des Adriatischen Meeres, wo der Triester Landhandel zur gleichen Zeit eine Steigerung aufs Doppelte in Aussicht stellte. So förderte Venedig selbst das Wachstum Triests — ein Schicksal, das allen Seedespoten gemeinsam ist. Holland legte den Grund zu der Grösse Englands; England errichtete den machtvollen Bau der Vereinigten Staaten.

Einmal mit Oesterreich vereint, hatte Triest eine ganz andere natürliche Position inne als jemals Venedig. Triest bildete den natürlichen Ausläufer eines weiten und unerschöpflichen Hinterlandes, während Venedig niemals etwas anderes gewesen war als ein isolierter, entfernt liegender Hafen des Adriatischen Meeres, der sich des Güterverkehrs der Welt bemächtigte und diese Usurpation auf der Unwissenheit einer mit ihren Hilfsquellen unbekanntem Gesellschaft aufbaute. Das Gedeihen Triests ist daher nur von der Entwicklung der Produktivkräfte und Verkehrsmittel in jenem ungeheuren Komplex von Ländern abhängig, die jetzt unter österreichischer Herrschaft stehen. Ein anderer Vorteil Triests ist seine Nähe zur Ostküste des Adriatischen Meeres, die gleichzeitig die Grundlage für einen den Venetianern fast gänzlich unbekanntem Küstenhandel bildet; hier ist auch die Pflanzschule für jene kühne Rasse von Seeleuten, die Venedig niemals ganz für sich zu verwerten imstande war. Wie der Niedergang Venedigs gleichen Schritt hielt mit dem Erstarken des Ottomanenreichs, so besserte sich die Lage Triests mit der zunehmenden Ueberlegenheit Oesterreichs über die Türkei. Auch in seinen besten Zeiten war der Handel Venedigs durch die Teilung des Orienthandels beeinträchtigt, die auf politischen Ursachen beruhte. Einerseits hatte der Handelsweg über die Donau mit der venetianischen Schifffahrt kaum etwas zu tun; andererseits beherrschten die Genuesen unter dem Schutz der griechischen Herrscher den Handel mit Konstantinopel und dem Schwarzen Meer, während Venedig, von den katholischen Königen gefördert, den Handel Moreas, Cyperns, Aegyptens, Kleinasiens etc. etc. monopolisierte. Erst Triest hat diese beiden grossen Teile des Levantehandels mit dem Donauhandel vereinigt. Zu Ende des XV. Jahrhunderts fand sich Venedig sozusagen geographisch beiseite geschoben. Sein Privileg, die Nachbarschaft zu Konstantinopel und Alexandrien, damals den Zentren des Adriatischen Handels, wurde durch die Umsegelung des Kaps der Guten Hoffnung gebrochen, die den Schwerpunkt dieses Handels zuerst nach Lissabon, dann nach Holland, endlich nach England verlegte. Die privilegierte Stellung, die Venedig verloren, wird in der Gegenwart wahrscheinlich von Triest wiedererobert werden, infolge der Erbauung des Suezkanals. Die Triester Handelskammer hat sich nicht nur mit der Französischen Gesellschaft für den Suezkanal verbunden, sie hat auch Agenten zur Erforschung des Roten Meeres und der Küsten des Indischen Ozeans ausgesandt, um die in jenen Gegenden beabsichtigten Handelsoperationen zu fördern. Ist die Landenge einmal durchbrochen, dann wird Triest notwendig ganz Osteuropa mit indischen Waren versorgen; es wird dem Wendekreis des Krebses wie Gibraltar gleich nahe sein und eine Fahrt von 5000 Meilen wird seine Schiffe zu den Sundastrassen bringen.

Haben wir nun die Grundlage und Aussichten des Triester Handels erörtert, so soll noch eine Tabelle folgen, die die Handelsbewegung dieses Hafens während der letzten zehn Jahre darstellt:

	Schiffe	Tonnen- gehalt		Schiffe	Tonnen- gehalt
1846	16.782	985.514	1851	24.101	1,408.802
1847	17.821	1,007.330	1852	27.981	1,556.652
1848	17.812	926.815	1853	29.317	1,675.885
1849	20.553	1,269.258	1854	26.556	1,730.910
1850	21.124	1,323.796	1855	21.081	1,489.197

Der Durchschnitt der ersten drei Jahre dieser Periode betrug 973.220 Tonnen, der der letzten drei Jahre 1,631.664 Tonnen*, die Zunahme innerhalb eines so kurzen Zeitraumes ist also enorm, 68 : 100**. Marseille weist bei weitem nicht die gleiche

* Richtig: 1,631.997 Tonnen. Der Herausgeber.

** Richtig: 69 : 100. Der Herausgeber.

Schnelligkeit des Wachstums auf. Die Prosperität Triests ruht ausserdem auf um so festerer Grundlage, als sie von dem vermehrten Handelsverkehr sowohl mit österreichischen wie mit ausländischen Häfen stammt. Der Gesamthandel stieg zum Beispiel von 1846 bis 1848 durchschnittlich auf 416.709 Tonnen im Jahr, von 1853 bis 1855 auf 854.753 Tonnen im Jahresdurchschnitt, auf mehr als das Doppelte. Während der Jahre 1850 und 1855 betrug der Tonnengehalt der österreichischen Schiffe, die Triest aufsuchten, 6,206.316, der der ausländischen 2,984.928. Der Handel mit Griechenland, Aegypten, der Levante und dem Schwarzen Meer stieg während der gleichen Periode von 257.741 auf 496.394 Tonnen.

Trotz alledem ist der heutige Handel und die heutige Schifffahrt Triests noch weit von dem Punkt entfernt, wo der Handel eine Sache gewöhnlicher Routine und ganz selbstverständliche Wirkung voll entfalteter Produktivkräfte ist. Man denke nur an die ökonomische Lage Oesterreichs, an die unvollkommene Ausgestaltung seiner Verkehrsmittel, an den grossen Teil seiner Bevölkerung, der sich noch in Schafpelze kleidet und aller höheren Bedürfnisse bar ist. In demselben Mass, in dem Oesterreich seine Verkehrsmittel ausbaut, und wenn es sie bloss auf die gleiche Stufe mit Deutschlands Bahnen bringt, wird auch der Handel von Triest rasch und kraftvoll ins Innere des Reiches vordringen. Die Vollendung der Eisenbahn von Triest nach Wien mit einer Zweiglinie von Cilli nach Pest wird eine Revolution im österreichischen Handel einleiten, aus der niemand grösseren Vorteil ziehen wird als Triest. Diese Bahn wird sicherlich mit einem Warenumsatz beginnen, welcher grösser ist als der von Marseille; aber den Umfang, welchen er annehmen kann, vermag man sich erst zu vergegenwärtigen, wenn man bedenkt, dass die Länder, für deren Seehandel das Adriatische Meer der einzige Ausgangspunkt ist, eine Bevölkerung von 30,966.000 Einwohner besitzen, soviel wie Frankreich im Jahre 1821, und das Hinterland des Triester Hafens 60,398.000 Hektar umfasst, also um sieben Millionen Hektar mehr als Frankreich. Es ist also Triests Bestimmung, in der nächsten Zeit die Bedeutung zu erlangen, die Marseille, Bordeaux, Nantes und Havre zusammengenommen für Frankreich besitzen.

II.

In einem früheren Artikel haben wir die natürlichen Bedingungen dargetan, die die Wiederbelebung des Adria Handels in Triest herbeigeführt haben. Die Entwicklung dieses Handels ist grösstenteils den Bemühungen des Oesterreichischen Lloyd geschuldet, einer Gesellschaft, die von Engländern gegründet wurde, aber seit 1836 in der Hand Triestiner Kapitalisten ist. Im Anfang hatte der Lloyd nur einen Dampfer, der einmal wöchentlich zwischen Venedig und Triest fuhr. Diese Verbindung wurde bald zu einer täglichen ausgestaltet. Allmählich vermehrten die Dampfer des Lloyd den Handel von Rovigno, Fiume, Pirano, Zara und Ragusa an der istrischen und der dalmatinischen Küste. Als nächstes kam die Romagna, dann Albanien, Epirus, Griechenland an die Reihe. Die Dampfer hatten das Adriatische Meer noch nicht verlassen, als der Archipel, Saloniki, Smyrna, Beyrut, Ptolemais und Alexandrien sich um Aufnahme in das Verkehrsnetz bewarben, das der Lloyd plante. Endlich drangen seine Schiffe ins Schwarze Meer und eroberten unmittelbar vor den Augen Russlands und der Türkei die Linien, welche Konstantinopel mit Sinope, Trapezunt, Varna, Braila und Galatz verbanden. So rückt die Gesellschaft, die nur für die österreichische Küstenschifffahrt im Adriatischen Meer gegründet worden war, immer weiter ins Mittelländische Meer und wartet, nachdem sie sich das Schwarze Meer gesichert, augenscheinlich nur auf die Eröffnung des Suezkanals, um in das Rote Meer und den Indischen Ozean vorzudringen.

Das Kapital des Lloyd, das ursprünglich auf 1,000.000 fl. festgesetzt war, ist durch wiederholte Emission von neuen Anteilscheinen und durch Anleihen auf 13,000.000 fl. gestiegen. Seine Leistungen seit dem Jahre 1836 zeigt der letzte Direktorenbericht:

	1836/37	1853/54
Kapital	1,000.000 fl.	8,000.000 fl.
Zahl der Dampfer	7	47
Pferdekräfte	630	7.990
Tonnengehalt	1.944	23.665

	1836/37	1853/54
Wert der Schiffe	798.824 fl.	3,010.000 fl.
Zahl der Fahrten	87	1.465
Zurückgelegte Meilen	43.652	776.415
Passagiere	7.967	331.688
Umsatz*	3,934.269 fl.	59,523.125 fl.
Briefe und Depeschen	35.205	748.930
Stückgüter	5.752	565.508
Gesamtausgaben	232.267 fl.	3,611.156 fl.

In siebzehn Jahren betragen der Gesellschaft

Totalausgaben (inklusive Dividenden)	25,147.403 fl.
Totaleinnahmen	26,032.452 „
Die daraus resultierende Reserve beträgt	885.049 fl.

Der Lloyd, wie aus den angeführten Zahlen hervorgeht, selbst eine Handelsunternehmung von grosser Bedeutung, hat überall dort, wo seine Schiffe landeten, das Wachstum von Industrie und Handel ausserordentlich gefördert. Indem man den Wert des österreichischen Zentners auf 300 fl. und das Gepäck eines jeden Passagiers auf 10 fl. anschlug, hat man berechnet, das der Lloyd von 1836 bis 1853 transportierte:

In Waren	1.255,219.200 fl.
An Gepäck	84,847.930 „
An Barren und Münzgeld	461,113.767 „
Zusammen	1.801,180.897 fl.

„Es ist gewiss,“ sagt ein französischer Autor, „dass die stillen, aber ausdauernden Bemühungen dieser Handelsgesellschaft für das Schicksal der Levante auf Jahre hinaus mindestens ebenso bedeutsam und um vieles ehrenhafter waren als die der österreichischen Diplomaten.“

Die Wiederbelebung des Handels und die Entwicklung der Dampfschiffahrt im Adriatischen Meer muss über kurz oder lang eine adriatische Flotte ins Leben rufen, die seit dem Rückgang Venedigs nicht mehr existierte. Napoleon wollte, ganz aus dem ihm eigentümlichen Geiste heraus, eine Flotte erschaffen, ohne erst auf die Wiederherstellung des Seehandels zu warten — ein Experiment, das er gleichzeitig in Antwerpen und in Venedig machte. War es ihm gelungen, Armeen zu sammeln, ohne dass ein Volk hinter ihnen stand, so zweifelte er auch nicht an seiner Macht, Flotten zu bauen ohne eine Marine, an die sie sich anlehnen konnten. Aber von den Unmöglichkeiten, die einem solchen Plan notwendigerweise anhaften, abgesehen, stiess Napoleon auf völlig unerwartete Schwierigkeiten lokalen Charakters. Nachdem er seine fähigsten Ingenieure nach Venedig gesandt, die Befestigungen der Stadt ergänzt, das schwimmende Material instand gesetzt, die Werften wieder in volle Tätigkeit gebracht hatte, stellte es sich heraus, dass der technische Fortschritt in Seekrieg und Schiffahrt Venedigs Hafen zu der gleichen Bedeutungslosigkeit verurteilt hatten, die das Schicksal von Venedigs Handel infolge der neuen Handelswege geworden war. Man fand, dass der Hafen sich zwar für die alten Galeeren trefflich eignete, aber der Tiefe entbehrte, die moderne Linienschiffe, brauchen und dass sogar Fregatten nur dann einfahren konnten, ohne ihre Geschütze auszuladen, wenn gleichzeitig Südwind und Flut eintrat. Nun ist es für moderne Kriegshäfen eine Lebensfrage, dass sie jederzeit Schiffen Einfahrt gewähren und tief und geräumig genug sind, eine ganze Flotte aufzunehmen, sei es zum Angriff oder zur Verteidigung. Bonaparte sah ein, dass er ausserdem noch einen anderen Fehler begangen hatte. In den Verträgen von Campo Formio und Luneville hatte er Venedig von der Ostküste des Adriatischen Meeres abgetrennt und sich dadurch selbst der Mannschaft beraubt, die er für seine Schiffe brauchte. Von der Mündung des Isonzo bis Ravenna suchte er vergebens nach einer seetüchtigen Bevölkerung, da die Gondolieri Venedigs und die Fischer der Lagunen, ein furchtsamer und dürtiger Menschenschlag, zu irgendeiner Verwendung auf dem Meere gänzlich untauglich waren. Napoleon sah jetzt, was die Venezianer schon im X. Jahrhundert entdeckt hatten, dass die Herrschaft über das Adriatische Meer dem Besitzer seiner Ostküste anheimfällt. Er begriff, dass

* Im Original: Bullion.

die Verträge von Campo Formio und Luneville ungeheure Missgriffe waren, da sie Oesterreich die seetüchtige Bevölkerung des Adriatischen Meeres auslieferten, ihm selbst aber nur den Namen eines verfallenen Hafens, magni nominis umbram (den Schatten eines grossen Namen), übrig liessen. Um seine früheren Schnitzer gutzumachen, ergriff er in den folgenden Verträgen von Pressburg und Wien Besitz von Istrien und Dalmatien.

Schon Strabo hat vor langer Zeit bemerkt, dass, während an der adriatischen Küste Italiens Buchten und Häfen völlig fehlen, die gegenüberliegende Küste Illyriens an ausgezeichneten Häfen überreich ist; und während Roms Bürgerkriegen sehen wir, wie Pompejus an den Küsten von Epirus und Illyrien ganz leicht grosse Flotten aufstellen kann, während es Cäsar auf der italienischen Seite nur nach beispielloser Anstrengung gelingt, eine kleine Zahl von Booten zusammenzubringen, um seine Truppen in Abteilungen überzusetzen. Mit ihren tiefen Einschnitten, ihren wilden Felseninseln, ihren sich überall hinstreckenden Sandbänken, ihren trefflichen Schlupfhäfen ist die Küste Illyriens und Dalmatiens eine erstklassige Pflanzschule für tüchtige Seeleute — Burschen mit starken Gliedern und unerschrockenen Herzen, in den Stürmen festgeworden, die fast täglich das Adriatische Meer durchbrausen. Die Bora, der grosse Störfried dieses Meeres, erhebt sich stets ohne das kleinste Warnungszeichen; mit der Gewalt eines Tornado überfällt sie die Seeleute und gestattet nur dem Kühnsten, auf dem Deck zu bleiben. Manchmal rast sie wochenlang, am heftigsten zwischen der Bocche di Cattaro und dem Südennde von Istrien. Der Dalmatiner aber ist von Kindheit auf gewöhnt, ihr Trotz zu bieten; er wird hart unter ihrem Atem und verlacht die arseligen Winde anderer Meere. So tun sich Luft, Land und See zusammen, um den robusten und nüchternen Seefahrer dieser Küste zu zeugen.

Sismondi hat bemerkt, dass die Seidenmanufaktur so zu den lombardischen Bauern gehört wie das Seidenspinnen zum Seidenwurm. So gehört das Leben auf dem Meer ebenso zum Dalmatiner wie zum Seevogel. Piraterie ist das Thema ihrer Volkslieder wie der Landraub das Thema der alten teutonischen Dichtung. Der Dalmatiner pflegt noch immer das Andenken an die wilden Heldentaten der Uskokken, die vor anderthalb Jahrhunderten die regulären Truppen Venedigs und der Türkei in Schach hielten und deren Siegeszug erst durch den Vertrag zwischen Oesterreich und der Türkei vom Jahre 1617 gehemmt wurde, während sie sich bis dahin reichlicher Protektion des Kaisers erfreut hatten. Die Geschichte der Uskokken hat keine Parallele ausser in den Schicksalen der Kosaken vom Dnjepr; die einen aus der Türkei, die anderen aus Polen vertrieben; jene über das Adriatische, diese über das Schwarze Meer Schrecken verbreitend; die ersteren zu Beginn heimlich unterstützt und dann vernichtet von Oesterreich, die letzteren von Russland. Die dalmatinischen Matrosen in dem Mittelmeergeschwader des Admirals Emerian fanden die Bewunderung Napoleons. Zweifellos besitzt die Ostküste des Adriatischen Meeres das Material, eine Flotte höchsten Ranges zu bemannen. Das einzige, was ihm fehlt, ist Disziplin. Durch eine Zählung im Jahre 1813 stellte Napoleon die Existenz von 43.500 Seeleuten an diesen Ufern fest:

Triest	12.000	Spalato	5000
Fiume	6.000	Ragusa	8500
Zara	9.500	Cattaro	2500

Ihre Zahl muss heute mindestens 55.000 betragen.

Nachdem die Mannschaft gefunden war, forschte Napoleon nach Häfen für die Adriatische Flotte. Die illyrischen Provinzen waren durch den Wiener Frieden 1809 definitiv erworben worden, aber französische Truppen hielten sie schon seit der Schlacht bei Austerlitz besetzt und Napoleon benützte die Vorteile, die der Kriegszustand ihm bot, um die grossen Arbeiten vorzubereiten, die im Frieden ausgeführt werden sollten. 1806 entschied sich Herr Beautemps-Beaupré, von mehreren Ingenieuren unterstützt, endgültig für den Hafen von Pola, an der Südspitze der Halbinsel von Istrien. Die Venezianer, die abgeneigt waren, ihre Seemacht anderwärts als in Venedig zu stationieren, hatten Pola nicht nur vernachlässigt, sondern auch aus Angst die Meinung verbreitet, dass eine angebliche Sandbank Pola für Kriegsschiffe unzugänglich mache. Herr Beaupré stellte fest, dass eine solche Sandbank nicht existiere und Pola alle Bedingungen eines modernen Kriegshafens erfülle. Zu verschiedenen Zeiten war es der Sitz von adriatischen

Seemächten gewesen. Es war der Mittelpunkt der Operationen der Römer während ihrer illyrischen und pannonischen Kriegszüge und wurde unter dem römischen Reich dauernd Kriegshafen. Tief und geräumig in jeder Richtung, wird der Hafen von Pola auf der Front von Inseln gedeckt, im Hintergrund durch Felsen, die die Stellung beherrschen. Sein einziger Nachteil besteht in seiner Ungesundheit und den Fiebern, die es heimsuchen, die aber, wie Herr Beautemps-Beaupré versichert, einer systematischen Entwässerung weichen werden; bisher ist diese noch nicht durchgeführt worden.

Die Oesterreicher haben sich mit dem Gedanken, dass sie eine Seemacht werden, nur sehr langsam vertraut gemacht. Bis vor ganz kurzer Zeit war in ihren eigenen Augen ihre Marine nur eine Unterabteilung des Heeres. Ein Oberst in der Armee kam an Rang einem Linienkapitän gleich, ein Oberstleutnant einem Fregattenkapitän, ein Major einem Korvettenkapitän; und die gleiche Stellung in der Rangliste schien den Oesterreichern auch auf die gleiche Bedeutung der verschiedenen Funktionen hinzuweisen. Galt es einen Seekadetten zu ernennen, so hielten sie es für das Ratsamste, ihn zuvor zu einem Husarenkorvett auszubilden. Die Rekruten wurden für die Flotte auf dieselbe Weise ausgehoben wie für das Heer, mit dem einzigen Unterschied, dass Istrien und Dalmatien ausschliesslich für den Seedienst bestimmt waren. Die Dienstzeit war gleich: acht Jahre zu Land wie zu Wasser.

Die Trennung der Marine vom Heer ist, gleich allem modernen Fortschritt in Oesterreich, das Resultat der Revolution vom Jahre 1848. Trotz der Erfahrungen, die Napoleon gemacht hatte, blieb Venedig bis 1848 der einzige Kriegshafen Oesterreichs. Seine Mängel berührten Oesterreich nicht, weil es faktisch überhaupt keine moderne Flotte hatte. Seine Seemacht bestand aus nur 6 Fregatten, 5 Korvetten, 7 Briggs, 6 Schaluppen, 16 Dampfern und 36 armierten Booten — insgesamt 850 Geschütze. Um die italienische Revolution zu bestrafen, verlegte Oesterreich die Schiffsschule, das Observatorium, das hydrographische Institut, das schwimmende Material und den Artilleriepark von Venedig nach Triest; und so wurde die Marine aus Bureaukratenrache in zwei Teile geschnitten. Statt dass Venedig bestraft wurde, wurde die Leistungsfähigkeit beider Teile herabgesetzt. Allmählich entdeckte die österreichische Regierung, dass, so glänzend Triest sich auch als Handelshafen bewähre, es doch für Marinezwecke ungeeignet sei. Sie musste sich endlich der Lehre erinnern, die Napoleon im Adriatischen Meer empfangen hatte, und Pola zum Zentrum der Marineverwaltung machen. Ganz nach österreichischer Gewohnheit wurden die ersten Jahre nach der Verlegung der Admiralität nach Pola dazu verwendet, statt Werften Kasernen zu bauen. Das Verteidigungssystem besteht in dem Kreuzfeuer, das von den Inseln auf den Hafeneingang gerichtet wird, und in der Verwendung von Maximilianstürmen, die die Schiffe verhindern sollen, Bomben in den Hafen zu werfen. Ausser seinen strategischen Vorteilen besitzt Pola auch die für einen guten Hafen unentbehrlichen Qualitäten, da es wohl imstande ist, eine starke Flotte auszurüsten. Istrien hat Eichen gleich Neapel; Krain, Kärnten und Steiermark sind unerschöpflich reich an Fichten, die schon den Hauptartikel der Triester Ausfuhr bilden; Steiermark besitzt grosse Eisenlager; für den Hanf von Ancona ist Pola der bequemste Markt; Kohle wird bis jetzt noch von England geliefert, aber in den dalmatinischen Gruben bei Sebenico beginnt man bessere Sorten zu fördern und wenn die Bahn zwischen Triest und Wien eröffnet ist, kann vom Semmering her beste Qualität kommen. Die Produkte Istriens, auf kalkigem Boden wachsend, vertragen sämtlich lange Transporte. Oel ist reichlich vorhanden, ungarischer Weizen ganz in der Nähe, Schweine liefert das Donautal in ungeheuren Massen. Diese Schweine werden jetzt nach Galatz und Hamburg befördert, aber die Eisenbahn wird sie nach Triest und Pola bringen.

Gegenüber all diesen ausgezeichneten Bedingungen für die Erneuerung einer adriatischen Seemacht gibt es nur ein Hindernis — Oesterreich selbst. Könnte Oesterreich bei seiner jetzigen Organisation und unter seiner gegenwärtigen Regierung eine starke Handels- und Seemacht im Adriatischen Meer entwickeln, so würde es allen Traditionen der Geschichte ins Gesicht schlagen, die von jeher Macht zur See an Freiheit geknüpft. Andererseits die Traditionen über den Haufen zu werfen, hiesse Oesterreich selbst über den Haufen werfen.

Rudolf Hilferding: Die Gesamtpartei ist tot, es lebe die Gesamtpartei

Die verantwortungsvolle Aufgabe, in der schweren Krise der Gesamtpartei Stellung zu nehmen, wird der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs voraussichtlich durch die Haltung der tschechoslawischen Partei wesentlich erleichtert werden. Wie bisher stets, seitdem die latente Krise durch die Zerschlagung der Gewerkschaftsorganisation akut geworden ist, die Initiative in dem traurigen Geschäft der Zerstörung der österreichischen Internationale der tschechoslawischen Leitung gehört hat und die deutsche Sozialdemokratie sich darauf beschränkt hat, den Schaden zu besehen und zu betrauern, so wird es auch in dem letzten und kritischsten Stadium sein, wenn endlich der Parteitag in Innsbruck sich zur Stellungnahme gezwungen sieht. Wer daran noch zweifelte, den müsste ein Zitat aus dem „Právo Lidu“, das wir dem Reichenberger „Vorwärts“ entnehmen, überzeugen. In einer Korrespondenz über den Parteitag von Jena schreibt das tschechoslawische Organ:

„Zum erstenmal ist es geschehen, dass sich die sogenannte ‚tschechische Sozialdemokratie‘, als selbständige Partei bei einer ausländischen Bruderpartei angemeldet hat, und zum erstenmal wurde ihrem Vertreter auf einem ausländischen Parteitag offiziell das Wort erteilt . . .

Es ist klar, dass die Erteilung des Wortes an den Redakteur Stein unter der stillschweigenden Zustimmung der Delegierten der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs erfolgte . . .

Wenn es die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich für möglich hält, mit Leuten vom Schlage Steins, Tetenkas und Nadvorniks als mit Vertretern der politisch organisierten tschechischen klassenbewussten Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten, dann wird sie nur mit diesen zusammenarbeiten müssen

Wenn der Innsbrucker Beschluss so ausfällt, wie wir es jetzt als ziemlich sicher annehmen, dann werden wir genötigt sein, so wie wir das schon gewerkschaftlich tun, auch politisch ganz allein zu gehen . . .

In Jena haben wir die Ueberzeugung gewonnen, dass die deutschen Genossen in Oesterreich in Innsbruck die Verräter an unserer Partei anerkennen und damit das Zusammenarbeiten mit der grossen Partei des tschechischen klassenbewussten, sozialdemokratischen, internationalen Proletariats unmöglich machen wollen.“

Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, dass der Innsbrucker Parteitag die tschechische Sozialdemokratie anerkennen wird. Er kann nicht anders handeln, ohne in Widerspruch zu geraten mit dem Empfinden der Masse der deutschen Parteigenossen. Es ist undenkbar, dass klassenbewusste internationale Sozialdemokraten der Partei die Anerkennung versagen die innerhalb der tschechischen Nation zum Märtyrer der Grundsätze der sozialistischen Internationale geworden ist, deren Anhänger von den Tschechoslawen deshalb beschimpft, drangsaliert, boykottiert werden, weil sie für den Beschluss des Internationalen Kongresses, für die von der gesamten Gewerkschaftswelt gebilligten Notwendigkeiten der gewerkschaftlichen Organisation eingetreten sind. Die Nichtanerkennung der tschechischen Zentralisten bedeutete, wenn auch gewiss nicht der Absicht nach, so doch nicht minder gewiss der Tat nach, die Anerkennung, ja die Kapitulation vor dem Separatismus sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet. Sie wäre ein Sieg des Separatismus, der sein Selbstbewusstsein und seine Angriffslust ungeheuer stärken, die Autorität und das Prestige seiner Führer in den Massen des tschechischen Proletariats unerschütterlich verankern müsste, während auf die deutschen Genossen das Zurückweichen vor den Drohungen der Separatisten deprimierend und lähmend wirken müsste. Deshalb ist die Nichtanerkennung der Zentralisten unserer Meinung nach ganz und gar ausgeschlossen. Dies bedeutet aber nach den tschechoslawischen Erklärungen die Trennung von den Separatisten.

Sind aber diese Erklärungen, so könnte einer erwägen, nicht bloss Drohungen, Einschüchterungsversuche, darauf berechnet, auf die Entschliessungen des Innsbrucker Parteitages einen Druck auszuüben? Solchen Einwand kann aber nur erheben, wer die bitteren Lehren nicht beachten will, die die separatistische Bewegung deutlich genug dem Beobachter einprägt. Wie war denn der bisherige Gang der Zersetzung?

Als die ersten internationalen Gewerkschaften gespalten wurden, da erkannte sowohl die deutsche Gewerkschaftsbewegung als die deutsche Partei sofort die Grösse der Gefahr.

Sie suchten ihr zunächst zu begegnen durch die „Methode der Vereinbarung“ auf gewerkschaftlichem Gebiete. Man bot den Tschechoslawen alle nur denkbaren nationalen Sonderrechte an, wenn sie nur die Einheit der Organisation im unmittelbaren wirtschaftlichen Kampf bestehen lassen wollten. Die Tschechen lehnten die Vereinbarungen ab, ignorierten die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und spalteten eine Organisation nach der anderen. Die deutsche Partei hoffte die unselige Bewegung auf die Gewerkschaften beschränken zu können und erklärte feierlich ihre Nichteinmischung. Die Antwort der Tschechoslawen war: Der gewerkschaftliche Separatismus ist Parteisache. Die deutsche Partei ertrug auch dies. Die tschechische Partei ging jetzt zum Angriff auf dem politischen Gebiet über. Weil sich die deutschen Sozialdemokraten weigerten, die tschechisch-nationalistische Demagogie mitzumachen und gegen den Antrag Staněk stimmten, wurden sie als Verräter am tschechischen Proletariat ausgeschrien. Und als die deutsche Partei auch dies ertrug, als sie auf die Einheit der Abstimmung des sozialdemokratischen Verbandes in nationalen Fragen verzichtete, da war das für die Tschechoslawen nur ein Grund, auch die Einheit des taktischen Vorgehens der Sozialdemokratie im Parlament zu sprengen; im kritischsten Augenblick schlug sich Modraček auf die Seite der Obstruktion, ohne es der Mühe wert zu halten, den Verband vorher auch nur zu verständigen. Man sieht, die Separatisten machen konsequente Politik.

Die Antwort der führenden deutschen Genossen ist ein beständiges Zurückweichen. Das ist eine Konstatierung, keine Kritik, wie ja bei einer ernsten Frage gar nichts darauf ankommt, Kritik an einzelnen Handlungen oder Personen zu üben, sondern die Triebfedern der Entwicklung blosszulegen, um womöglich ihren notwendigen und gesetzmässigen Verlauf zu erkennen. Wodurch war aber die Taktik der deutschen Genossen bestimmt und wohin hat sie bis jetzt geführt?

Als die Gewerkschaften all ihre Bemühungen um Erhaltung der internationalen Organisation scheitern sehen mussten, erinnerte man sich, dass es so etwas wie eine Gesamtpartei gab, die sogar ein gemeinsames Organ hatte. Die Gesamtexekutive leitete Verhandlungen ein. In einer Broschüre Otto Bauers, wurde den Tschechoslawen eine Organisationsform angeboten, die alle ihre Wünsche erfüllte und nur noch einen gemeinsamen organisatorischen Oberbau vorsah, um die unbedingtesten gewerkschaftlichen Notwendigkeiten zu sichern. Die Verhandlungen scheiterten. Jetzt macht Genosse Bauer einen neuen Vorschlag: Anerkennung des Separatismus, aber territoriale Begrenzung des Verderbens auf das tschechische Gebiet. Was gegen diesen Vorschlag vom gewerkschaftlichen Standpunkt zu sagen ist, ist im „Kampf“ bereits gesagt worden. Es ist nur das eine zu bedauern, dass unter den Kritikern dieser Vorschläge nicht auch Otto Bauer gewesen ist, der es besser und schärfer hätte sagen können als alle anderen. Dieser genaue Kenner der österreichischen Nationalitätenfrage hätte dann nachgewiesen, dass dieser Vorschlag ganz unmöglich von den Führern des Separatismus angenommen werden könnte, es sei denn, sie hätten aufgehört, Separatisten zu sein. Trüge der Vorschlag die Unterschrift von Anton Němec (und eigentlich genügt auch das heute nicht mehr und einige Sicherheit bietet nur mehr die Unterschrift von Vaněk und Tusar), dann wäre der Vorschlag, so stark auch die gewerkschaftlichen Schäden wären, die seine Durchführung bedeutete, doch wenigstens diskutierbar als Mittel zum Waffenstillstand zu kommen, der späterem Friedensschluss vorarbeite. So aber sei es völlig illusorisch, auf seine Annahme zu rechnen. Denn vor allem der Verzicht auf die tschechischen Minoritäten sei den Separatisten unmöglich, sie müssten denn eher auf die stetige Stärkung ihrer schwachen Organisation verzichten. Denn gerade die tschechischen Arbeiter im deutschen Gebiet sind, wie alle Auswanderer, meistens die lebhaftesten, energischsten Elemente. Sie sind nationalen Argumenten leichter zugänglich, streben stärker nach Organisation, da sie sich in der Fremde verlassen fühlen, und sind gewerkschaftlich leistungsfähiger, da sie zu den bestbezahlten Schichten des tschechischen Proletariats gehören. Das natürliche Expansionsstreben jeder Organisation ist in den jungen schwachen separatistischen Organisationen, die so dringend Erfolge brauchen, ausserordentlich stark.

Gelänge selbst heute der Abschluss eines solchen territorialen Abgrenzungsvertrages, er wäre ein Stück Papier, das in kurzer Zeit zerrissen würde.

So ähnlich, nur viel gründlicher und eindringlicher, hätte Otto Bauer vielleicht argumentieren können. Wenn er es nicht getan hat, wenn er immer wieder neue Kompromissvorschläge ersinnt, von denen jeder spätere ein Stück von dem aufgeben muss, was der frühere für unerlässlich erklärt hat, so erklärt sich das wohl aus der Erkenntnis, welche schwere Schäden dem gesamten österreichischen Proletariat aus dem unverantwortlichen Vorgehen der tschechoslawischen Organisationszersplitterer erwachsen müssen. Bauer möchte retten, was zu retten ist, und so wird ihm, dem so scharfen Zergliederer nationaler Strebungen, der Wunsch zum Hemmnis, die Analyse bis zum Ende zu führen. Er bricht mitten in der Untersuchung ab, fragt aus Furcht vor der Antwort nicht mehr, was werden die Separatisten tun müssen, sondern fordert von ihnen, was sie tun sollen und ja auch täten, wären sie Sozialdemokraten, wären sie Gewerkschafter, wären sie nicht Separatisten.

Kommt so Bauer und andere mit ihm von der Sorge um die Gewerkschaften hier zu unerfüllbaren Vorschlägen, so scheint mir die Haltung Viktor Adlers ganz analog durch die Sorge um die proletarische Politik bestimmt. Nicht dass Viktor Adler um die Zerstörung der Gewerkschaften geringeren Schmerz empfinden würde als nur irgendein Gewerkschafter, aber er scheint das Unvermeidliche bereits erkannt und in Rechnung gestellt zu haben. Ist jedoch — wenigstens zunächst — auf gewerkschaftlichem Gebiet der Separatismus das Unvermeidliche, können dann nicht wenigstens auf politischem Gebiet noch Trümmer und Reste der Gemeinsamkeit aus dem Zusammenbruch gerettet werden. Wenn auch ein gemeinsamer Verband nicht mehr möglich, so doch vielleicht die Vereinbarung von Klub zu Klub? Und wenn auch in nationalen Fragen gegeneinander gestimmt wird, so kann vielleicht doch gemeinsames Handeln in sozialpolitischen und allgemeinen Fragen ermöglicht werden? Wenn auch nationalistische Sozialdemokraten, sind die Tschechoslawen nicht doch Sozialdemokraten? Und dieses kampffähige, tapfere tschechische Proletariat, sollte das wirklich und auf die Dauer dem Nationalismus verfallen bleiben? Mag auch gewerkschaftlich die Loslösung nicht mehr aufzuhalten sein, politisch wollen wir den Tschechoslawen verbunden bleiben, wenn wir auch den Zentralisten die Anerkennung — vielleicht so platonisch und so verklausuliert wie möglich — nicht versagen können.

Und wieder muss gesagt werden: käme solches Anerbieten aus Prag oder Brünn, es müsste in ernstliche Erwägung gezogen werden. Aber es kommt aus Wien, und aus Prag ist die Absage ja schon eingetroffen. Und wieder muss man wiederholen, nur die dringendste Sorge um die Gesamtpartei, nur der heisse Wunsch um die Berechnung vor den schlimmsten Schädigungen kann erklären, dass ein Viktor Adler etwas anderes als das noch für möglich halten kann.

Die Separatisten haben, indem sie die Einheit der Partei wie der Gewerkschaften sprengten, eine grosse Verpflichtung dem tschechischen Proletariat gegenüber auf sich geladen. Dass sie es aus den bisherigen Organisationen hinausgeführt, die politische Kampfgemeinschaft aufgelöst, schliesslich es mit der ganzen Internationale in Widerspruch gebracht haben, das können sie vor dem tschechischen Proletariat nur rechtfertigen, wenn sie ihm durch unmittelbare Erfolge den Nutzen dieser Politik beweisen können. Deshalb können sie gewerkschaftlich auf keinen Mann und keinen Groschen verzichten; sie brauchen nicht nur in Wien und Reichenberg, sie brauchen in Innsbruck und Linz den versprengtesten tschechischen Arbeiter und seinen Beitrag für Böhmen und Mähren. Wie sollen sie sonst erfolgreiche Lohnkämpfe führen und wie können sie ohne solche ihre Haltung verteidigen?

Und dasselbe gilt für ihre Politik. Auch politisch müssen sie vor allem unmittelbare Erfolge anstreben. Die sind aber für eine Arbeiterpartei nicht so leicht zu haben, wenn man nur auf die eigene Kraft angewiesen ist und nur die Klasseninteressen des Proletariats vertritt. Deshalb stellt der Separatismus immer mehr die Forderungen der Arbeiter in den Hintergrund, um die Forderungen der „Nation“, das heisst die nationalen Wünsche der tschechischen Bourgeoisie und Intelligenz in den Vordergrund des Kampfes zu

rücken. Ist dies aber einmal geschehen, ist das Kampffeld erst ein mit den Bürgerlichen gemeinsames geworden, dann ergibt sich auch das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ganz von selbst. Wächst ja dadurch die Aussicht auf den so heissersehnten Erfolg. Hat man die Gewerkschaften zerschlagen, kann man keine grossen Lohnkämpfe wagen, so kann man ja vielleicht den Arbeitern einreden, dass eine Universität in Brünn für die tschechischen Proletarier eine riesige Errungenschaft bedeute, wenn auch kein einziger tschechischer Proletarier je sie besuchen dürfte. Ist erst der Nationalismus Organisationsprinzip auf gewerkschaftlichem Gebiet geworden, so muss er erst recht auf politischem die ganze Agitation und Aktion der Partei beherrschen. Und schon ist in Mähren das vorletzte Stadium dieser Mauserung von einer sozialdemokratischen zu einer nationalistisch-kleinbürgerlichen Partei erreicht, da die nationale Demagogie als Mittel dient, die Arbeiter bürgerlichen Zwecken dienstbar zu machen. Die mährischen Separatisten haben ihre Unabhängigkeit aufgegeben und sich damit politisch ebenso ausserhalb der Internationale gestellt wie früher gewerkschaftlich. Sie sind zu einer Hilfstruppe des Dr. Stransky geworden und alle Beteuerungen, dass dem nicht so sei, werden daran nichts ändern. Denn Herr Dr. Stransky ist bei diesem Bündnis der Diktator. Ihm ist es immerhin leichter als dem Tusar und Vaněk, sich, falls die Separatisten sich störrisch zeigen sollten, ein anderesmal für die Mandatsergatterung mit den Klerikalen zu verbünden. Die Führer der mährischen Separatisten aber sind nicht die Leute, die einen Mandatsverlust riskieren, und sie können es gar nicht, denn jeder offenkundige Misserfolg der Separatisten muss die proletarische Opposition gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus der Führer stärken. So bleibt den mährischen Separatisten nichts übrig, als den Nationalismus ihrer Agitation immer mehr zu steigern, die Freundschaft mit den bürgerlichen Parteien immer intimer zu gestalten, die politischen Interessen der tschechischen Arbeiter ebenso preiszugeben wie die gewerkschaftlichen. Die Prager Parteileitung mag in Stunden der Einkehr selbst ein Grauen vor dieser Entwicklung empfinden, die — in dieser Ueberzeugung sind wir mit Viktor Adler und Otto Bauer völlig einig — mit Notwendigkeit die Opposition des tschechischen Proletariats hervorrufen wird, aber sie hat nicht die Kraft gefunden, ihr bei Zeiten entgegenzugehen und heute haben die Tusar und Vaněk innerhalb der tschechischen Partei ebenso das Heft in Händen, wie Herr Dr. Stransky über die Tusar und Vaněk gebietet.

Wenn aber auch in nationalen Fragen die internationale Sozialdemokratie aller Zungen in Oesterreich mit den Tschechoslawen nicht mehr zusammenwirken kann, wenn wir als Regel erleben werden, was bisher als Ausnahme betrachtet wurde, und im Reichsrat die Vertreter des deutschen und tschechischen Proletariats gegeneinander stimmen werden, bleibt dann nicht immer noch ein breites gemeinsames Kampffeld übrig bei allen sozialpolitischen Fragen, die ja für uns weitaus wichtiger sind als die nationalen? Müssen wir nicht deshalb alles aufwenden, um doch die Reste gemeinsamer Aktion zu retten? Das ist ja auch die Hauptsorge, der Viktor Adler so bewegten Ausdruck verliehen hat.

Und wieder gilt hier, was von den Vorschlägen Bauers für die Gewerkschaft gilt. All diese Vorschläge wären ernstester Erwägung wert, gingen sie von den Tschechoslawen aus, entsprängen sie ihrem und nicht unserem Friedenswillen. In der Tat aber fürchten wir, dass auch hier die Hoffnung auf gemeinsames Wirken sich als Illusion erweisen wird. Wir haben gesehen, wie die Separatisten die nationalen Forderungen in den Vordergrund schieben, wie sie nach unmittelbaren Erfolgen streben und sich deshalb mit den bürgerlichen Nationalisten verbünden. Diesen Bund werden sie nicht stören wollen, indem sie im Parlament die Klassenforderungen des Proletariats Hand in Hand mit den deutschen Sozialdemokraten durchzusetzen versuchen. Wo bliebe denn Raum für die Phrasen von der Unterdrückung der Tschechen durch die deutsche Sozialdemokratie, wenn diese auch als Wortführer des tschechischen Proletariats fungieren? Die Separatisten werden vielmehr auch da dem tschechischen Proletariat den Beweis zu erbringen suchen, dass sie viel energischer und konsequenter als die deutschen Sozialdemokraten die Interessen des tschechischen Proletariats verfechten. Beschuldigen sie

uns jetzt bereits des Opportunismus, so werden sie in Zukunft alles tun, um uns gerade auf diesem Gebiete durch einen Wort- und Scheinradikalismus zu übertrumpfen. Nicht am Zusammenarbeiten mit uns kann diesen Gefangenen des bürgerlichen Nationalismus etwas liegen; für sie sind internationale Sozialdemokraten, gleichgültig welche Sprache sie sprechen, nur unliebsame Konkurrenten um die Seele des tschechischen Proletariats. Und so müssen wir erwarten, dass der nationalistischen Demagogie eine scheinbar radikale, in Wirklichkeit nur demagogische Art der Behandlung aller politischen und sozialpolitischen Fragen entsprechen wird, die ein politisches Zusammengehen auf die Dauer ebenso unmöglich macht wie ein gewerkschaftliches. Die Anfänge dieser Entwicklung sind ja deutlich sichtbar. Noch aber bleibt eine Hoffnung. Wenn wirklich der Gang der Entwicklung ein solcher ist, wie wir ihn vorausszusehen glauben, muss dann nicht innerhalb des tschechischen Proletariats ein wachsender Widerstand gegen diese Politik erstehen und sind wir nicht verpflichtet, alles zu unterlassen, was solchen Widerstand hemmen könnte? Gerade aber die energische Aufnahme des Kampfes gegen die Tschechoslawen würde diese Partei enger zusammenschweissen und erwachende Oppositionsgelüste hintanhaltend. Eine solche Argumentation scheint uns zu übersehen, dass das proletarische Klasseninteresse gerade erst durch den Kampf gegen den Missbrauch, der mit ihm getrieben wird, aus den Schlummer geweckt und zum Bewusstsein gebracht werden muss. Die christlichen Gewerkschaften in Deutschland zeigen zur Genüge, wie lange es unter Umständen dauern kann, bis das proletarische Bewusstsein bürgerliche Ideologie überwindet. Und die nationalistische Ideologie ist noch viel stärker als die religiöse. Wenn irgendwo, so ist gerade in Rheinland-Westfalen, und hier wiederum im Bergbau, die konfessionelle Zersplitterung der Gewerkschaften der reine Wahnsinn. Wenn irgendwo, so zeigt hier jede Lohnbewegung, wie diese Zersplitterung nur im Interesse der Unternehmer liegt. Und doch ist es der deutschen Arbeiterbewegung noch immer nicht gelungen, dieses Separatismus Herr zu werden. Aber immerhin, sie drängt ihn von Jahr zu Jahr zurück und macht die christliche Gewerkschaftsbewegung immer mehr bedeutungsloser. Aber sie konnte das nur erzielen im unaufhörlichen Kampf, dem einzigen Mittel, die Arbeitermassen der Aufklärungsarbeit zugänglich zu machen. Den Separatismus gewähren zu lassen, hiesse ihn nur befestigen und ihn zu immer grösserer Macht anwachsen zu lassen. Einmal erstarkte Organisationen haben aber eigene Lebenskraft und eigenen Lebenswillen. Es wäre Illusion, zu erwarten, dass die Entwicklung selbst ohne Hinzutun der kämpfenden Menschen das tschechische Proletariat zum Aufgeben seiner Irrtümer — oder vielmehr der Irrlehren seiner Führer — bringen könnte. Nur der Kampf innerhalb des tschechischen Proletariats kann dem proletarischen Interesse gegen die bürgerliche Ideologie zum Durchbruch verhelfen. Die ökonomische Entwicklung verbürgt nur den Kämpfern für die Internationale den Sieg, aber nur dann, wenn sie kämpfen. Lassen wir alles ruhig seinen Gang gehen im Vertrauen auf die „Madonna Evoluzione“, auf die heilige Entwicklung, dann heisst das nur, dass wir kampfflos das Feld räumen; denn die andern kämpfen und kämpfen mit den verzweifelndsten Mitteln.

Aber können wir denn kämpfen? Wir sprechen ja nicht tschechisch. Jedoch die Anfänge jener Entwicklung, auf die Adler und Bauer ihre Hoffnung setzen, sind ja schon vorhanden. Die Opposition im tschechischen Proletariat ist da. Den Tschechoslawen stehen die tschechischen Sozialdemokraten gegenüber. Sollen wir wirklich darüber so unglücklich sein, dass diese Opposition nicht innerhalb der tschechoslawischen Partei geblieben ist — dann wäre sie ja wohl zu begrüssen gewesen als Produkt der Entwicklung, des Abflauens der „nationalistischen Welle“ — sondern gezwungenermassen ausserhalb der alten Organisation sich konstituieren musste? Hier haben wir ja die Partei, die unsere Sprache, die Sprache der internationalen Sozialdemokratie auf tschechisch spricht, hier haben wir die klassenbewusste Partei, die gegen die Verbürgerlichung der tschechoslawischen Partei den Kampf aufnimmt. Freilich, sie ist klein. Aber sind wir nicht alle der Ansicht, dass die ökonomische und politische Entwicklung diesen Prinzipien die Zukunft verbürgt, dass die Anhänger dieser Prinzipien ständig wachsen, die Verfechter der nationalistischen Politik zurückgehen müssen? Wir würden uns selbst dieser notwendigen Entwicklung entgegenstellen, täten wir nicht alles, um die tsche-

chische Sozialdemokratie zu unterstützen, sie als die einzige Vertretung des klassenbewussten tschechischen Proletariats zu betrachten.

Wenn aber selbst all diese Gründe noch nicht ausreichten, den Innsbrucker Parteitag zu dem Entschluss zu drängen, freie Bahn für eine wirklich prinzipiell internationale sozialdemokratische Gesamtpartei in Oesterreich zu schaffen, so müsste ihn die Rücksicht auf die deutsche Partei dazu bewegen. Denn es muss die nationalistische Agitation bei den deutschen Arbeitern ausserordentlich unterstützen, wenn die deutschnationalen Demagogen darauf hinweisen können, dass Sozialdemokratie und Nationalismus sich gar nicht ausschliessen, wie ja die tschechoslawische Partei zeige, die doch als sozialdemokratische von den deutschen Genossen anerkannt werde. Die Verwirrung in unseren Reihen würde gefördert werden, wenn wir solchen Argumenten nicht den Eingang bei unseren Genossen verschlossen durch den Abbruch unserer Beziehungen zu den Tschechoslawen, durch die Erklärung, dass wir sie nicht mehr als sozialdemokratische Partei anerkennen können — ein Standpunkt, den wir ja dann auch vor der Internationale werden vertreten müssen. Die Beziehungen zu den separatistischen Gewerkschaften und zur tschechoslawischen Partei können eben, solange die jetzigen Führer ihre Politik fortsetzen, gar keine anderen sein als solche, die die Sozialdemokratie zu christlichen oder nationalen Gewerkschaftsorganisationen oder nationalen bürgerlichen Parteien einnimmt. Das schliesst Vereinbarungen von Fall zu Fall nicht immer aus, wohl aber jedes dauernde Zusammenwirken.

Wir dürfen keine blosse Prestigepolitik treiben und wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass wir nicht mehr scheinen, als wir sind. Es ist leider eine Tatsache, dass in Oesterreich das sozialistische Bewusstsein noch durchaus nicht alle Proletarier durchdringt und auch nicht alle die, die einer sozialdemokratischen Partei angehören. Wir waren viel zu lange gezwungen, alle unsere Kräfte auf ein einziges Ziel — die Eroberung des Wahlrechtes — zu konzentrieren, als dass wir Zeit gehabt hätten zur sozialdemokratischen Aufklärung und Durchbildung der Massen in dem Masse, das notwendig und unerlässlich gewesen wäre, um uns gegen bürgerliche Einflüsse zu schützen. Wir hatten keine Zeit zur Selbsteinkehr, keine Zeit zu inneren Auseinandersetzungen. Jeder war uns willkommen, wenn er mit uns zusammen kämpfen wollte. War er ein guter Kämpfer, wir fragten nicht viel, wie es sonst mit seiner sozialistischen Ueberzeugung stand. Jetzt gilt es, in einem langen und schmerzlichen Prozess nachzuholen, was versäumt werden musste. Aber Aufschub duldet diese Auseinandersetzung nicht mehr, soll sie nicht immer schwieriger und unmöglicher werden. Jetzt ist die Zeit für die „Methode der Vereinbarungen“ vorüber, die immer nur ein Auskunfts mittel war, den Kampf zu verschieben und einen momentanen Waffenstillstand zu erzielen. Jetzt müssen die Massen selbst und nicht mehr die Parteileitungen entscheiden. Und um diese Entscheidung muss gekämpft werden, um jeden einzelnen Arbeiter muss gerungen werden und jeder einzelne durch die sozialistische Aufklärung seuchenfest gemacht werden gegen alle Infektionen der bürgerlichen Anschauungen.

Und dazu brauchen wir in der Tat „neue Formen“, zu denen soll der Innsbrucker Parteitag den ersten Schritt tun. Aber keine „neuen Formen“, die nur abgebrochene Stücke der alten, zerborstenen sind. Was wir brauchen, das ist eine wirkliche österreichische internationale Gesamtpartei. Eine Partei, die aktionsfähig ist, deren Parteitag nicht „vergessen“ werden kann und deren Leitung nicht eine kaum bewegliche Körperschaft, sondern ein wirklicher Aktionsausschuss ist. Die Gesamtpartei — ob überhaupt bisher eine bestanden hat, darüber sind ja die Zweifel nie ganz verstummt — zu konstituieren, das zu versuchen ist jetzt die Aufgabe des Innsbrucker Parteitages. Er soll aussprechen, was ist: Dass die Führer der tschechoslawischen Partei aufgehört haben, sozialdemokratische Politik zu treiben, dass das Verhältnis zu dieser Partei nur dasselbe sein kann, das wir zu einer radikalen, nichtsozialdemokratischen Partei einnehmen können. Als Vertretung der tschechischen Sozialdemokratie könne von jetzt an nur die zentralistische Partei in Betracht kommen. Die wichtigste Aufgabe aber sei, die Gründung einer österreichischen Gesamtpartei, die nicht aus völlig autonomen nationalen Parteien bestehen könne (wie es in Wirklichkeit, wenn auch nicht dem Statut nach der Fall war), sondern die über

den nationalen Unterorganisationen, die der Kompetenz nach den Landesparteien Deutschlands etwa entsprechen, stehen müsse und deren Parteitag die letzte entscheidende Instanz in allen gemeinsamen Fragen der Partei ist.

Einheit in Gewerkschaft und Partei auf Grund eines furchtlos und rücksichtslos bekannten Internationalismus, das ist das Losungswort, das wir dem Separatismus und jeder nationalistischen Ideologie entgegenstellen müssen. Nur in diesem Zeichen werden wir siegen. Oesterreich ist das Land der Kompromisse. Die Sozialdemokratie würde an Oesterreich zugrunde gehen, wenn sie nicht jedes Kompromiss mit den nationalistischen Tendenzen innerhalb und ausserhalb der Partei aufs unerbittlichste bekämpft. Die alte Gesamtpartei ist tot und in Wahrheit wird diesem schwachen Geschöpf der „Methode der Vereinbarungen“ niemand eine Träne nachweinen. Aus Kampf und Not soll uns die neue Partei der österreichischen Internationale entstehen. Hart und traurig mag die Jugend sein, aber immer stärker und kräftiger, trotziger und lebensfähiger wird die neue Partei sich erheben. Wir wollen die Welt erobern und sollten mit der österreichischen Demagogie nicht fertig werden?

Josef Seliger : Die nächsten Aufgaben der Parteiorganisation

Der Reichenberger Parteitag hat unserer Parteiorganisation eine ganz neue Grundlage gegeben. Die Heftigkeit, mit der eine Reihe von Parteigenossen in der Diskussion über diese Frage der neuen Organisationsform opponierte, liess die Vermutung zu, dass in einzelnen Ländern die Durchführung des Reichenberger Beschlusses auf nicht geringe Widerstände stossen würde und dass dort die organisatorischen Veränderungen im Sinne dieses Beschlusses kaum in absehbarer Zeit vollzogen werden dürften. Es war daher wohl für viele andere ebenso wie für mich eine angenehme Ueberraschung, als wir dem von der Parteivertretung über die Organisation vor nun bald einem Jahre veröffentlichten Bericht für das Jahr 1909/10 entnehmen konnten, dass gerade dort, wo wir die grössten Schwierigkeiten für die Durchsetzung der neuen Organisationsgrundlage befürchtet hatten, diese am raschesten durchgeführt worden ist: in Wien. Was das für den Fortschritt und die Entwicklung unserer Partei zu bedeuten hat, wird jeder ermessen, der die Bedeutung und die überragende Stellung der Organisation unserer Wiener Genossen im Rahmen unserer Gesamtorganisation kennt. Dass es gelungen ist, in Wien in so verhältnismässig rascher Zeit die neue Grundlage der Parteiorganisation aufzubauen, ist für mich eine persönliche Genugtuung, denn diese Tatsache bestätigt schon heute, was ich auf dem Reichenberger Parteitag denjenigen Wiener Genossen, die dem Gedanken, die Parteimitgliedschaft abhängig zu machen von der Zugehörigkeit zum politischen Verein, am heftigsten opponierten, entgegnete: dass ich überzeugt bin, dass die Zeit kommen wird, da die Wiener Parteigenossen die beste politische Vereinsorganisation besitzen werden und dass der Tag nicht allzufern ist, an dem der Gedanke einer zentralen, straff zusammengefassten und festgegliederten, auf einer faktischen Mitgliedschaft der Genossen und Genossinnen beruhenden Parteiorganisation im ganzen Reiche in die Tat umgesetzt sein wird. Und dass wir auf dem Wege zu diesem Ziele bereits fast bis ans Ende in so verhältnismässig und unerwartet kurzer Zeit gelangt sind, das eben bestätigt der Bericht der Parteivertretung, der seinerzeit in der Parteipresse bereits eine entsprechende Würdigung gefunden hat. Dem Parteitag in Innsbruck, der im Oktober zusammentreten wird, dürfte ja auch der Bericht für das Jahr 1910/11 vorgelegt werden und ich darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, dass dieser von einer weiteren Festigung und Verallgemeinerung der neuen Organisationsgrundlage melden wird.

Aber damit ist freilich das parteiorganisatorische Problem noch lange nicht erschöpft; wir haben jetzt in der neuen Form der Parteimitgliedschaft einen soliden Unter-

bau der Parteiorganisation geschaffen, auf dem sich die Lokal- und Bezirksorganisationen als stättlicher Ueberbau erheben. Nun aber gilt es, uns im Innern so einzurichten, dass unser Haus wohnlich sei, allen Bedürfnissen unseres inneren Parteilebens entspreche und der Tätigkeit für die Erfüllung unserer parteipolitischen Aufgaben Raum gibt, dass es sich dehnen und weiten kann und allen Wettern und Stürmen, die es von aussenher bedrohen, kräftig zu widerstehen vermag. Und mir scheint, dass die verhältnismässig klaglose Lösung dieses organisatorischen Problems nicht nur ungleich schwieriger noch ist als der konstruktive Aufbau unserer Organisation, dass es auch ebenso wichtig ist und daher einer gründlichen Erörterung wert ist, zu der ich mit den folgenden Ausführungen die Anregung geben möchte.

Vorausschicken will ich, dass ich aus meinen Erörterungen Wien vorweg ausscheide und lediglich das provinziale Deutschösterreich im Auge habe. Ich bin der Ansicht, dass Wien, unsere einzige deutsche Grossstadt mit einer überaus starken industriellen Arbeiterschaft und den vielartigen und ungleich reicheren Hilfsmitteln, die hier der Partei zur Erfüllung ihrer inneren Aufgaben und zur Ausgestaltung der Einrichtungen des inneren Parteilebens zur Verfügung stehen, eine besondere Stellung einnimmt, und dass dieses Problem daher für Wien besonders behandelt werden müsste, was ich gern Berufeneren überlassen will. Allerdings: das Ziel, das wir anzustreben haben, ist für Wien das gleiche wie für die industriellen Landbezirke, in denen ausser Wien die Parteibewegung verankert ist; nur die Mittel und Methoden, mit denen wir dasselbe zu erreichen bestrebt sein müssen, werden verschieden sein. Vielleicht kann man noch die eine oder andere der grösseren deutschen Städte, zum Beispiel Graz und Linz, dieser besonderen Behandlung unterziehen, sonst aber glaube ich, dürften in ganz Deutschösterreich, soweit es durch die industrielle und gewerbliche Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zugänglich gemacht ist, für die organisatorischen Probleme die gleichen Voraussetzungen gegeben sein.

Die Grundlage der Parteiorganisation bildet die Lokalorganisation, das ist die Zusammenfassung aller Parteimitglieder eines jeden Ortes in einen Organisationskörper mit eigenem bestimmten Wirkungskreis und einer gewissen, durch ihren lokalen Charakter gegebenen Selbständigkeit der Aktion. Aber da alle Lokalorganisationen zusammen erst eigentlich die Partei ausmachen, drückt sich in dem obigen Satze etwas mehr aus als eine bloss konstruktive Tatsache. Denn von dem Wachstum aller Lokalorganisationen zusammengenommen hängt das Erstarken der Gesamtpartei ab, erst die Summe des Gewinnes an neuen Mitgliedern in allen Lokalorganisationen mehrt die numerische Grösse der Partei; und erst der Grad der Regsamkeit des inneren Lebens der Lokalorganisationen und der Intensität ihrer positiven Arbeit bedingen das Mass des Einflusses, des Ansehens und der Macht der Partei im öffentlichen Leben. Mit dem Schicksal jeder einzelnen Lokalorganisation, mit ihrer Fähigkeit zum Wachstum und zur inneren Betätigung ist daher das Schicksal der Partei aufs engste verknüpft. Für diese zwei Grundbedingungen des Parteifortschritts: stetiges Wachstum und beständige zielbewusste innere Betätigung der Lokalorganisationen, überall die notwendigen Einrichtungen innerhalb der Parteiorganisation zu schaffen, halte ich für die wichtigsten organisatorischen Aufgaben der Partei in der nächsten Zukunft. Ich bin mir der Schwierigkeiten, die der restlosen Lösung dieser Frage entgegenstehen, durchaus bewusst und ich verhehle mir nicht, dass sie nicht mit einem Schlage überwunden werden können, aber ich zweifle auch nicht, dass wir durch methodische und zielbewusste Arbeit jene Notwendigkeiten innerhalb unserer Organisation erfüllen werden, von denen, so glaube ich, zum guten Teil das Mass der Stärke und Macht der Partei in der Zukunft bestimmt werden wird.

Zunächst halte ich für äusserst wichtig, dass eine gleichartige Regelung der Tätigkeit in unseren Lokalorganisationen nach bestimmten einheitlichen Grundsätzen herbeigeführt wird. Es liegt mir natürlich fern, das Parteileben schablonisieren und alles über einen Leisten schlagen zu wollen, und ich bin mir auch darüber vollständig klar, dass das Gedeihen der Lokalorganisationen nicht zum geringen Teil von der taktischen Geschicklichkeit der leitenden Genossen abhängt, in welchem Grade sie fähig sind, die taktischen Bedürfnisse der Partei den besonderen lokalen Verhältnissen ihres Ortes an-

zupassen, aber worauf es mir ankommt, das ist, eine methodische einheitlich geregelte stetige Erfüllung jener für den allgemeinen Parteifortschritt entscheidenden Aufgaben in allen Lokalorganisationen zu erzielen, die allen Lokalorganisationen ohne Rücksicht auf ihre besonderen lokalen Verhältnisse gemeinsam sind und zu deren Erfüllung sie gleichermaßen berufen sind.

Zum Beispiel: die methodische Werbung neuer Mitglieder für die Partei, das heisst für den politischen Bezirksverein.

Diese erste und wichtigste Aufgabe der Parteiorganisation, von deren gleichmässigen Erfüllung in erster Linie das numerische Wachstum der Gesamtpartei abhängt, zerfällt eigentlich in zwei Teile: in die kontinuierliche Einwirkung der Organisation auf alle jene Leute, die ihrer Ueberzeugung nach, sei es als sozialdemokratischer Wähler oder als Gewerkschafter schon zur Sozialdemokratie gehören, zu dem Zwecke, sie auch zu Mitgliedern der politischen Organisation zu machen; und in dem anderen nicht minder wichtigen Teil: die methodische Verbreitung unserer Grundsätze und der sozialistischen Lehren unter den indifferenten Arbeitern, das ist die Werbung für unsere Idee, für die Sozialdemokratie schlechthin. Wie wichtig und notwendig diese Arbeit in beiden Fällen ist, das zeigt das noch immer vorhandene grosse Missverhältnis zwischen der Zahl der sozialdemokratischen Wähler, der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten und der ausgewiesenen Zahl der Parteimitglieder, und gleicherweise die Tatsache, dass noch ungezählte Massen indifferenten Arbeiter bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die Beute unserer und ihrer eigenen Feinde werden.

Wie diese Aufgabe im einzelnen zu erfüllen ist, durch Agitation in den Werkstätten, in den Gewerkschaftsorganisationen, in Versammlungen, von Haus zu Haus, von Arbeitsstube zu Arbeitsstube, mündlich oder mittels Flugschriften etc. etc., das ist nicht Gegenstand meiner Erörterung. Entscheidend ist, dass sich die Lokalorganisationen zur Erfüllung dieser Aufgaben überhaupt betätigen; wie immer, das mögen sie entscheiden, dass diese Betätigung methodisch sei, das heisst planmässig vorbereitet werde, in der rationellsten Weise geschehe und dass sie immer und immer wiederholt werde, also stetig sei.

Gerade dieser Aufgabe müssten die Lokalorganisationen beständig ihr Augenmerk widmen. Die Werbung neuer Mitglieder für die politische Organisation, die Aufklärung und Gewinnung der indifferenten Arbeiter für die Sozialdemokratie sind nicht private Angelegenheiten einzelner Genossen, sondern Gegenstand der ernstesten Sorge und der Aufmerksamkeit der Lokalorganisation, ihre vornehmlichste Angelegenheit und es sollte keine Parteiversammlung vorübergehen, auf deren Tagesordnung nicht das Wann und Wie der nächsten planmässigen Aktion zur Verbreitung unseres Programms und zur Gewinnung neuer Parteimitglieder stände.

Oder nehmen wir die scheinbar mehr geschäftlichen Angelegenheiten der Lokalorganisation, die aber im Grunde die grösste parteipolitische Bedeutung besitzen; zum Beispiel: die Einkassierung der Beiträge (auch sie muss klaglos geordnet werden, denn von ihrer Regelmässigkeit hängt oftmals der Bestand des Erfolges geleisteter Agitationsarbeit ab), die Verbreitung der Parteipresse, die Kolportage der Broschürenliteratur, wie überhaupt unserer aufklärenden und wissenschaftlichen Parteischriften und andere Dinge mehr. Die Verbreitung der Parteipresse ist gewiss eine Aufgabe, der die Lokalorganisation nur durch methodische Arbeit vollauf gerecht werden kann. Es sollte keine Lokalorganisationsversammlung vorübergehen, in der nicht der Vertrauensmann über den Stand des Absatzes des Parteiblattes berichtet, in der nicht erwogen wird, wie zunächst die durch ihre Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation oder durch die Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels sich zur Sozialdemokratie bekennenden Arbeiter zu Abnehmern des Parteiblattes gewonnen werden könnten; und die nicht minder eingehend sich mit der Frage beschäftigt, wie das Parteiblatt am erfolgreichsten unter den indifferenten Arbeitern zu verbreiten wäre. Es sollte auch in keiner Lokalorganisationsversammlung der Bericht über die finanzielle Wirkung des Absatzes des Parteiblattes im Orte fehlen, damit die Genossen stets in die Lage kommen, etwaige drohende materielle Schädigungen des Blattes abzuwenden. Aber auch da wird mit sicherem Erfolg nur ge-

arbeitet werden, wenn auch die Erfüllung dieser Aufgaben methodisch geschieht, das heisst zur ständigen Regel in der Organisation wird und planmässig geschieht.

Und so könnte ich noch an einer ganzen Reihe von Beispielen aufzeigen, dass die Lokalorganisationen schon allein dem einen wichtigen Teil ihrer Zweckbestimmung, Mehrere der numerischen Stärke der Partei zu sein, nur gerecht werden können in konsequenter, methodisch geübter, nach bestimmten Grundsätzen geregelter Arbeit, die sie nach aussen sowohl wie im inneren Getriebe fortgesetzt erfüllen müssen und ohne die auch nicht einmal die laufenden Aufgaben ordentlich und klaglos erfüllt werden können.

Also ein neues Regulativ für die Lokalorganisationen, wohlausgeklügelte Instruktionen für die Lokalvertrauensmänner, in denen genau und haarklein alles das auseinandergesetzt ist und nach denen sich die Genossen leicht richten können! — Aber die Genossen, die glauben, dass ich darauf hinaus will, sind im Irrtum. Ein Regulativ, eine Instruktion, und seien sie noch so gut, tun es nicht, obwohl sie als Leitfaden für die Arbeit der Vertrauensmänner ganz nützlich sind. Um zu dieser geordneten und methodischen Arbeit in allen Lokalorganisationen zu gelangen, brauchen wir noch ein anderes und einiges mehr.

In der hier skizzierten Tätigkeit erschöpft sich ja nicht der Aufgabenkreis der Lokalorganisationen; ihnen allen fällt gleichermassen noch eine ungemein wichtige Pflicht zu, die leider bisher nur in wenigen Organisationen halbwegs befriedigend erfüllt werden konnte und in der überwiegenden Mehrzahl der Organisation fast völlig unbeachtet bleibt: die Pflicht zur politischen Erziehung und geistigen Ausbildung der Arbeiter im allgemeinen, im besonderen aber zur Erweckung des richtigen Verständnisses des Sozialismus und seiner Lehren unter den Genossen und Genossinnen selbst. Ueber das Kapitel „Bildungsarbeit“ ist seit dem Reichenberger Parteitag wiederholt gesprochen und geschrieben worden, es ist seither auch manches geschehen, um die Erfüllung dieser dringenden Aufgabe der Partei zu fördern. Ihre Wichtigkeit noch besonders zu beleuchten erscheint wohl überflüssig. Aber das muss wohl gesagt werden: mit der Methode, wie wir sie bisher praktizierten, erreichen wir nur eine dünne Schicht der Genossen und Genossinnen, nicht aber die Masse; und das gerade ist für unseren Zweck das Entscheidende. Denn wahrhaft erfolgreiche Bildungsarbeit, die gleicherweise in die Breite und Tiefe dringt und fortwirkend die stetig zuflutende Menge der neugeworbenen Anhänger unserer Bewegung erfasst, können wir nur leisten, wenn wir sie in gleichem Masse, mit gleicher Intensität methodisch in jeder Lokalorganisation leisten, in derjenigen im entlegenen Weber- oder Glasschleiferdorf, im verschlossenen Gebirgstal oder in der halbindustrialisierten, halb bäuerlichen Dorfschaft des dem Industriegebiet angrenzenden Agrarlandes ebenso wie in der reicheren reinen Industriegemeinde, der Bezirksstadt des Industriebezirkes und in den grösseren industriellen Städten. Denn rationell und fruchtbringend wird diese Arbeit erst dann, wenn wir mit ihr, ich wiederhole, die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen überall erfassen können.

Darin aber liegt für uns in Deutschösterreich, das ist unverkennbar, die allergrösste Schwierigkeit. Das industrielle Arbeiterheer ist nicht in zahlreichen Industriegrossstädten mit Zehntausenden und Hunderttausenden von Industriearbeitern in machtvollen Kadern vereinigt, in Industriestädten, wie wir sie in Deutschland zum Beispiel zu Dutzenden verzeichnen können, sondern ist aufgelöst in die zahllosen kleinen Häuflein in den Tausenden ganz- oder halbindustrialisierter Landgemeinden der weitausgedehnten Industriegebiete; die Industrie in Oesterreich ist dezentralisiert. Das ist ja das typische Bild dieses Landes und es ist ganz selbstverständlich, dass wir ihm unsere Arbeit anpassen müssen. Man sehe nur die Dinge wie sie sind.

Wir haben in Deutschösterreich ausser Wien keine industrielle Grossstadt. Das ganze deutsche Sudetengebiet, so hochindustriell es auch entwickelt ist, besitzt keine Stadt mit über 40.000 Einwohnern. Die Industrie folgte dem Lauf der Flüsse und mehr als in den Städten findet man die Fabriken in den verborgenen Tälern des Erzgebirges, des Iser- und Riesengebirges und der mährischen und schlesischen Sudeten. Den Fabriken

folgten die Arbeiter und so verzeichnen wir die Tatsache, dass das überwiegende Gros der sozialdemokratischen Wähler und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — das Werbereservoir für die politische Organisation und das Objekt unserer bildenden Arbeit — in Deutschböhmen und ebenso in Mähren und in Schlesien auf viele Hunderte von Ortschaften und Gemeinden zerstreut siedeln. Und ich gehe gewiss nicht fehl, wenn ich dieselben Verhältnisse auch zu einem guten Teil für Niederösterreich und Steiermark annehme. In Deutschböhmen zum Beispiel verzeichnen wir über 600 Lokalorganisationen, in so viel Orten ist es uns gelungen, sozialdemokratische Arbeiter der Partei zuzuführen und in lokalen politischen Organisationen zusammenzufassen, wieviel Lokalorganisationen es in Mähren und Schlesien, in Niederösterreich ausserhalb Wiens, in der Steiermark, in Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg etc. gibt, das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das obige Beispiel zeigt, wie kolossal zersplittert unsere Organisation ist, in wieviel kleine Teile sie sich auflöst und es muss jedem Kundigen klar sein, dass nur der geringste Teil dieser Lokalorganisationen für sich allein und überhaupt durch eigene Kraft imstande ist, jene Aufgaben des Parteilebens zu erfüllen, die, wie oben angedeutet, die Vorbedingungen des Gesamtfortschrittes der Partei schaffen, und noch weniger können diese Organisationen aus eigener vereinzelter Kraft das unablässig zu betreibende Erziehungs- und Bildungswerk verrichten, zu dem reichere Mittel nicht nur materiellen, sondern auch intellektuellen Charakters notwendig sind.

Und nochmals: die methodische Bildungsarbeit muss in allen Lokalorganisationen, bis in die letzte im verborgenen Gebirgsdorf verpflanzt werden. Denn die Wurzeln der Kraft der Partei sind auch dort versenkt, denn jeder Stillstand des Innenlebens der Lokalorganisation auch dort, jeder Rückgang in der kleinsten Organisation bedeutet ebenso eine Schwämmerung der Gesamtmacht der Partei und ihrer Stärke wie die gleiche Erscheinung in den grossen Organisationen. Und ich unterstreiche nochmals: diese Arbeit muss fortdauernd sein, kontinuierlich verrichtet werden. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es mit der Partei ebenso ist wie mit jedem anderen organischen Körper: er erneuert sich fortgesetzt. Generationen sterben ab, neue wachsen heran und diese müssen immer wieder aufs neue erfasst werden.

Wie diese Bildungsarbeit zu verrichten ist, das möchte ich hier nur kurz andeuten. Es werden dazu in erster Linie häufige populäre Vorträge über unser Parteiprogramm notwendig sein. Ferner Vorträge allgemein wissenschaftlichen Charakters, über volkswirtschaftliche Fragen, Fragen des besonderen Arbeiterinteresses, dazu Vorträge auch über schöngeistige Themen. Und wo die hierzu nötigen Vortragskräfte nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, werden die Vorträge durch Vorlesungen ersetzt werden müssen, wozu freilich auch geeignete Vorlesekräfte herangezogen und herangebildet werden müssen. Für jeden Genossen und jede Genossin muss so der Besuch der Lokalorganisationsversammlung zu einem geistigen Gewinn gemacht werden. Und nicht zuletzt müssen in den Lokalorganisationen die politischen Tagesfragen, zum Beispiel die Vorgänge im Parlament bei bestimmten Anlässen besprochen werden. Die Volksversammlungen genügen hierzu nicht, da sie nicht häufig genug veranstaltet werden können und ausserdem mehr allgemein agitatorischen Charakter haben, während die Besprechung politischer Tagesfragen in den Lokalorganisationen mehr den Zweck der Vertiefung des politischen Wissens im Auge haben muss. Die Erörterung politischer Tagesfragen in den Lokalorganisationen erscheint mir schon darum notwendig, um in jedem einzelnen Falle die volle Uebereinstimmung zwischen dem politischen Denken der Masse der Parteigenossen und den politischen Aktionen der Partei herzustellen. In jedem einzelnen Falle sollen die Genossen genauestens unterrichtet sein, warum dies und jenes geschieht. Oft wird dazu auch die Vorlesung und Erläuterung eines Artikels unserer Parteipresse oder unserer wissenschaftlichen Zeitschrift durch einen verständigen Genossen ausreichen.

Ich könnte die Detailschilderung noch fortsetzen, aber es genügen wohl diese Andeutungen, die sich noch wesentlich ergänzen lassen. Worauf es mir ankommt, ist nur, zu zeigen, in welcher Richtung gearbeitet werden muss. Wir dürfen es uns nicht genügen lassen, Mitglieder für die politische Organisation gewonnen und zur regelmässigen Leistung ihres Beitrages erzogen zu haben. Wir müssen alles tun, um zu er-

reichen, dass alle Mitglieder der Lokalorganisation auch tätigen Anteil am Leben und Getriebe der Partei nehmen, dass jedem einzelnen bewusst wird, dass seine Pflicht die positive Mitwirkung bei allen Betätigungen des Parteilebens ist. Das aber ist nur zu erreichen, wenn wir das innere Getriebe und das Leben der Partei so ausgestalten, dass es anregend und anziehend auf die Genossen und Genossinnen wirkt. Untätigkeit der Lokalorganisation ist ihr grösster Feind, denn es ist ihr Tod. Gerade für die Bildungsarbeit ist Planmässigkeit die erste Vorbedingung, soll sie rationell betrieben werden. Sie darf keine Gelegenheitsarbeit sein, wie sie es heute zum grössten Teil ist.

Hierzu wird insbesondere die Mithilfe der Parteivertretung und des zentralen Bildungsausschusses notwendig sein, die hauptsächlich die erforderlichen Vortragskräfte und Bildungsmittel zur Verfügung stellen müssen, wenn zum Beispiel durch die Bezirksorganisation Bildungsvorträge in den einzelnen Orten ihres Tätigkeitsbereiches, vielleicht im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsgruppen und anderen auf sozialdemokratischer Grundlage beruhenden Vereinen (Turn- und Gesangsvereinen etc.), veranstaltet werden.

Und nun überdenke man sich nur einmal die ganze Summe dieser Arbeit vereint mit jenen skizzierten Aufgaben, und man wird zugeben, dass diese umfangreiche Tätigkeit die Lokalorganisationen in ihrer weitaus überwiegenden Mehrzahl für sich allein zu leisten schon einfach aus dem Grunde nicht imstande sind, weil ihnen die Kräfte fehlen, die zur Leitung einer soviel Umsicht, Verständnis, Klugkeit und Energie erfordernden Tätigkeit eben nicht zur Verfügung stehen. Wir dürfen doch nicht vergessen, dass unsere Lokalorganisationsfunktionäre, unsere Lokalvertrauensmänner Arbeiter sind wie alle anderen, angekettet vom frühen Morgen bis zum Abend an die Treitmühle Arbeit, ausserdem zumeist auch mit anderen Funktionen überhäufte Genossen, so dass es meist schon eine ganz respektable Leistung ist, wenn er es zustande bringt, dass die laufenden Geschäfte der Lokalorganisation, die ja oft mancherlei Art sind, glatt erledigt werden und das Werk ohne besondere Stockungen im Gang erhalten bleibt. Zu dem, was also in Zukunft geleistet werden muss, fehlen uns in den Lokalorganisationen zum überwiegenden Teil die notwendigen Hilfsmittel und Werkzeuge.

Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Last der zu tragenden Arbeit kräftigeren Schultern zu überweisen, und zwar: den Bezirksorganisationen, das heisst den politischen Bezirksvereinen. In der Praxis bedeutet das, dass der Bezirksorganisation im wesentlichen die Erfüllung aller wichtigen Aufgaben der Lokalorganisationen übertragen wird und dass ihr hierbei die Lokalorganisationen als Hilfstellen zu dienen hätten, was freilich bedeutet, dass der Schwerpunkt des organisatorischen Lebens in die Bezirksorganisationen verlegt wird.

Aber wir kommen anders wohl nicht zum Ziele. Soll in jedem einzelnen Ort, wo eine organisationsfähige Arbeiterschaft vorhanden ist, die Werbearbeit für die Partei in der oben skizzierten Weise besorgt werden, so wird es in den weitaus meisten Fällen nur geschehen, wenn hierzu fortgesetzt und immer wieder die Anregung gegeben, wenn bei der Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Aktionen den Genossen an die Hand gegangen und wenn diese Tätigkeit den Lokalorganisationen unausgesetzt von aussen kontrolliert wird. Und wenn in der Lokalorganisationen eine geregelte Besorgung ihrer internen Aufgaben geschehen soll, so wird dies nur unter steter unmittelbarer entscheidender Einflussnahme durch die Bezirksorganisation geschehen. Dieser muss auch das entscheidende Wort überlassen sein bei der Beschlussfassung der Lokalorganisation über ihre Stellungnahme in speziellen lokalen politischen Fragen. Und schliesslich: die Organisierung der Bildungsarbeit — zum Beispiel die Einsetzung eines besonderen Ausschusses für diesen Zweck, die Heranziehung und Beistellung von Vortragskräften, die Beschaffung der Mittel für die Bildungsarbeit etc. — wird allein in ausreichendem Masse durch die Bezirksorganisation besorgt werden können.

Das alles bedeutet aber: Zentralisation der gesamten Parteiarbeit in jeder Bezirksorganisation. Dazu aber brauchen wir in jedem Bezirk ein Parteisekretariat, mit einem Genossen an der Spitze, dem ausschliesslich die Besorgung und Leitung aller der dem Sekretariat zukommenden Agenden obliegt. Es ist kein Zweifel, dass dieser Genosse ein nicht geringes organisatorisches Talent, Energie, Fleiss und Umsicht und nicht minder die Eignung besitzen muss, mit Menschen umzugehen. Aber ich bin überzeugt, dass wir

mit der Zeit soviel Genossen finden oder heranbilden werden, als wir für diesen Zweck benötigen. Und wenn die Kreisorganisationen, die Landesvertretungen und nicht zuletzt die Parteivertretung den Bezirken in der Erstrebung dieses Zieles hilfsbereit an die Hand gehen, dann muss es auch mit der Zeit erreicht werden. Aber dass hier planmässig gearbeitet wird, halte ich ebenso für eine unbedingte Voraussetzung des Gelingens.

Heinrich Schneidmadl (St. Pölten): Zur Frage des Gesamtparteitages

Genosse Kautsky hat der österreichischen Sozialdemokratie geraten, auf einem Gesamtparteitag zum Separatismus Stellung zu nehmen und die Neukonstituierung der Gesamtpartei zu versuchen, selbst auf die Gefahr hin, dass ein grösserer Teil der tschechischen Genossen sich vorläufig ablehnend verhält. Er hat damit dem Empfinden eines grossen Teiles der österreichischen Sozialdemokraten Ausdruck verliehen, dem der gegenwärtige Zustand der Unklarheit unerträglich geworden ist.

Die tschechoslawische Partei gehört formell der Internationale an, tatsächlich aber hat sie längst den Boden des Internationalismus verlassen und eine Taktik eingeschlagen, für die wir die moralische Mitverantwortlichkeit nicht mehr länger tragen können. Eine proletarische Partei, die dem Nationalismus Konzessionen macht, wie dies die tschechoslawische Sozialdemokratie getan, gelangt eben auf eine schiefe Ebene und wird durch die Konkurrenz der nationalen bürgerl. Parteien, die sie im Chauvinismus immer wieder zu übertreffen suchen, vom Boden des Klassenkampfes immer mehr abgedrängt. Das sehen wir mit jedem Tage deutlicher an der Entwicklung, die die Taktik der tschechoslawischen Sozialdemokratie nimmt. Dass in dieser Entwicklung eine Aenderung sich vollziehen wird, die zu einer Annäherung an den Internationalismus führen könnte, ist in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich. Im Gegenteil, alle Erwägungen sprechen dafür, dass die Entwicklung der tschechoslawischen Partei zu einer völligen Abkehr vom Klassenkampf und zum ausgesprochenen Chauvinismus führen wird. (Siehe Brünner „Rovnost“!) Auf diesem Wege aber werden wir uns mit der tschechoslawischen Sozialdemokratie nie begegnen.

Deswegen meine ich, es solle heute, wo doch noch in einem beträchtlichen Teile des tschechischen Proletariats der Internationalismus lebende Wirklichkeit ist, wo die Entwicklung des tschechischen Separatismus ihre ganze Verheerung noch nicht vollzogen hat und die nationale Reaktion innerhalb der Arbeiterschaft der anderen Nationen leicht zu überwinden ist, an die Neukonstituierung der Gesamtpartei geschritten werden, die nur durch die Einberufung eines Gesamtparteitages eingeleitet werden kann.

In der letzten Nummer des „Kampf“ hat vor allem Genosse Viktor Adler zu dem Vorschlag des Genossen Kautsky Stellung genommen und sich gegen die Einberufung eines Gesamtparteitages ausgesprochen. Mit der ganzen Wärme des Genossen, der an der Wiege der proletarischen Internationale in Oesterreich gestanden, hat Genosse Adler die Schäden des Separatismus besprochen und uns die Verirrungen der tschechischen Genossen verständlich zu machen gesucht. Er fürchtet, dass durch die Einberufung des Gesamtparteitages der Bruch mit der tschechoslawischen Sozialdemokratie vollständig und so die von ihm noch immer erhoffte friedliche Verständigung unmöglich werde. Genosse Adler kommt zu dem Schlusse, dass die deutsche Sozialdemokratie gegenwärtig zwei schwere Aufgaben zu erfüllen habe: Sie muss erstens dafür sorgen, dass der Separatismus nicht auf das deutsche Proletariat übergreife und dass die Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisationen begrenzt werde, und zweitens hat sie Sorge zu tragen, dass das Verhältnis zu den zwei tschechischen sozialdemokratischen Parteien klargestellt werde.

Zur Erfüllung der ersteren Aufgabe ist wohl die Klarstellung des Verhältnisses zur tschechoslawischen Partei die Voraussetzung. Wie wir am besten zu dieser Klarstellung gelangen, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Auch Genosse Bauer spricht sich gegen die Einberufung eines Gesamtparteitages aus, der seiner Meinung nach mit der Ausscheidung der tschechoslawischen Sozialdemokratie aus der Internationale enden müsste. Er erwartet, dass die Entwicklung den Boden für eine friedliche Verständigung bereiten werde. Die Wiederherstellung der Einheit im offenen Kriege sei mit zu grossen Opfern verbunden und es bestehe die Gefahr, dass die der Ausscheidung der tschechoslawischen Sozialdemokratie folgenden Kämpfe um die Organisationsform einen nationalistischen Charakter annehmen. Die Auseinandersetzung mit dem Separatismus soll also noch weiter hinausgeschoben und von einer Entwicklung abhängig gemacht werden, von der auch Genosse Bauer sagt, dass sie nicht nur von uns, sondern auch von der Haltung der tschechoslawischen Sozialdemokratie abhängig sein wird und die, statt uns näher zu bringen, uns auch noch mehr entfremden kann. Und ich halte das letztere für viel wahrscheinlicher als das erstere.

Dass die in den Jahren 1907 und 1909 fällig gewesenen Gesamtparteitage nicht einberufen worden sind, war nach den damals noch vollständig ungeklärten Verhältnissen voll begründet. Es bestand noch die Hoffnung, dass es zu einer Verständigung über die schwebenden Streitfragen kommen wird. Nachdem aber selbst der Spruch des internationalen sozialistischen Kongresses nicht vermochte, die tschechoslawische Sozialdemokratie zum Einlenken zu bewegen, ist die Hoffnung, in absehbarer Zeit zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, mehr als spärlich, um so mehr, da sich die tschechoslawische Sozialdemokratie den Weg zur Einkehr selbst immer mehr verrammelt.

Die Entwicklung aber, die uns schliesslich von selbst die Gesamtpartei bringen soll, wird keineswegs einen friedlichen Charakter tragen. Schon heute greift der tschechische Separatismus auf das deutsche Siedlungsgebiet über, schon heute wird auf manchem Bau, in mancher Fabrik ein erbitterter Kampf um jeden tschechischen Arbeiter zwischen den Zentralisten und Separatisten ausgefochten. Morgen wird dieser Kampf in allen Fabriken und in allen Werkstätten, in denen auch tschechische Arbeiter beschäftigt sind, entbrennen. Und zu einer Verständigung im Sinne der Vorschläge des Genossen Bauer, der mit der minder schädlichen Form des territorialen Separatismus den schädlicheren nationalen Separatismus verhindern will, fehlt gegenwärtig und in absehbarer Zeit auf beiden Seiten sowohl der Wille als auch die Möglichkeit. Die friedliche Entwicklung also, von der Genosse Bauer die endliche Verständigung erwartet, ist tatsächlich permanenter Kampf in jeder Werkstätte, der aber gerade deswegen die Gefahr der nationalistischen Vergiftung in sich birgt, weil seine Gestaltung ausschliesslich von den örtlichen Verhältnissen abhängt und weil die einheitliche Leitung, besonders aber der den Arbeiter bei seinem proletarischen Bewusstsein fassende grosse Gedanke fehlt, der einem grossen prinzipiellen Kampfe unter der klaren Devise „Gegen den Nationalismus, für den Internationalismus!“ zweifellos innewohnen wird.

Wir können beobachten, dass gerade die Tatsache, dass die tschechoslawische Sozialdemokratie als Angehörige der sozialistischen Internationale eine ausgesprochen nationalistische Taktik befolgt, auch den deutsch-gelben Marodeuren zugute kommt, die unter der werktätigen Unterstützung der Scharfmacher und ihrer Organisationen fieberhaft tätig sind, die deutsche Arbeiterklasse vom Boden des Internationalismus und des Klassenkampfes abzudrängen. Diese Bestrebungen haben unter den gegenwärtigen unklaren Verhältnissen ungleich mehr Aussicht auf Erfolg, als sie haben werden, wenn durch einen Gesamtparteitag die nationalistische Taktik verurteilt und mit einer lebhaften Agitation gegen den Nationalismus, für eine einheitliche proletarische Gesamtpartei eingesetzt wird.

Es wird sich dann aber auch bald jene Abgrenzung des Kampfgebietes durchsetzen, die heute auf dem Wege der friedlichen Verständigung unerreichbar ist. Heute kommt der tschechoslawischen Partei noch der ganze moralische Einfluss zugute, den ihr die Zugehörigkeit zur Internationale gewährt, wenn auch diese Zugehörigkeit nur mehr eine formale, rein äusserliche ist. Sie nützt diesen Einfluss aus zur Zerschlagung der internationalen Gewerkschaften, die allein das Klasseninteresse der Arbeiter im Kampfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirksam wahrzunehmen vermögen. Der

tschechische Arbeiter, der unter dem Eindruck der separatistischen Propaganda der tschechischen Parteipresse der internationalen Gewerkschaft den Rücken kehrt, glaubt damit eine Voraussetzung des Sozialismus zu erfüllen. Eine rückhaltlose Verurteilung der nationalistischen Taktik durch den Gesamtparteitag wird vielleicht die tschechoslawische Partei abstossen, wird aber andererseits die auch im tschechischen Proletariat wirkende internationale Tendenz neu beleben und kräftigen, die sich dank der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die für sie streitet, gegen die nationalistische Tendenz auch durchringen und so der nationalistischen Entartung innerhalb des tschechischen Proletariats selbst einen Damm setzen wird. Und das wäre gewiss ein Gewinn, der die Opfer des Kampfes reichlich aufwiegt. Der Einfluss der Separatisten auf die tschechischen Arbeiter im deutschen Siedlungsgebiet würde dann leicht zu überwinden sein, die Abgrenzung und Einschränkung des Kampfgebietes wird sich von selbst durchsetzen. Die Klarheit aber, die in unserer Bewegung vor allem notwendig ist, kann nur durch eine solche Entscheidung erreicht werden.

Die Tatsache, dass gerade das tschechische Proletariat besonders für den Nationalismus empfänglich ist, hat uns besonders Genosse Bauer aus der historischen Entwicklung der Ideologie des tschechischen Volkes erklärt. Dass diese Ideologie aber, trotzdem sie sich mit dem Klasseninteresse des modernen tschechischen Proletariats im Widerspruch befindet, dennoch fast unbeschränkt die tschechischen Genossen beherrscht, ist nur zu verstehen, wenn man die in der gesamten offiziellen tschechischen Parteipresse verfochtene „Theorie“ des Separatismus in Erwägung zieht, die den tschechischen Arbeiter in seiner nationalen Ideologie bestärkt und sie mit dem Sozialismus in Einklang zu bringen sich bemüht, statt die grosse Mission zu erfüllen, die auch der tschechischen sozialistischen Presse zukommt, das Proletariat zum Klassenbewusstsein zu erziehen und es aus der Ideologie des Bürgertums, die nach der Natur der österreichischen Verhältnisse stets eine nationale ist, herauszureissen. Recht fasslich kommt diese Tatsache in der im „Kampf“ veröffentlichten Uebersetzung einer Antwort des „Právo Lidu“ zum Ausdruck, die eine theoretische Begründung des Separatismus darstellen soll, der als eine Folge der Herrschsucht der deutschen Genossen, die die tschechischen Arbeiter unterdrücken und tributpflichtig machen wollen, hingestellt wird. Dass solch unsinnige Behauptungen den tschechischen Arbeiter mit Deutschenhass erfüllen und ihn dem Chauvinismus in die Arme treiben müssen, ist selbstverständlich. Wirtschaftliche Erwägungen treten vollkommen in den Hintergrund, die Erkenntnisse des modernen Sozialismus von der Entwicklung und Konzentration des Kapitals, ja die einfachsten gewerkschaftlichen Erwägungen sind den Theoretikern des Separatismus „leeres Geschwätz!“ Je länger aber diese nationalistische Verhetzung der Separatisten im Namen des internationalen Sozialismus betrieben werden kann und die Anhänger des Internationalismus innerhalb der tschechischen Sozialdemokraten als Rebellen und Verräter am Sozialismus hingestellt werden dürfen, desto mehr wird die Masse des tschechischen Proletariats dem Internationalismus entfremdet und desto geringer werden die Aussichten für die Bildung einer aktionsfähigen Gesamtpartei.

Wenn die deutschen Genossen am Prinzip des gewerkschaftlichen Internationalismus festhalten, so tun sie das in der Erkenntnis, dass nur dieses Prinzip den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht und jedes Abweichen von ihm eine Schwächung der Widerstandskraft des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung bedeutet. Diese Erwägungen, und nicht die „Herrschsucht der deutschen Genossen“, sind der Grund, warum diese von der „Autonomie“ der tschechischen Genossen auf gewerkschaftlichem Gebiet nichts wissen wollen.

Aber auch in der politischen Bewegung ist ein Zusammenfassen der Kraft des Proletariats aller Nationen unerlässlich, der Kampf gegen den kapitalistischen Klassenstaat und für soziale Reformen kann nur durch eine geschlossene proletarische Partei mit einheitlicher Taktik wirksam gekämpft werden. Und die nationale Frage des Proletariats ist doch ihrem ganzen Wesen nach eine soziale Frage. Die Teilnahme der Arbeiter an der nationalen Kultur hat die wirtschaftliche Hebung der Arbeiter aller Nationen zur Voraussetzung, die nur im harten Kampfe gegen die internationale Kapitalistenklasse und den ihre Interessen verfechtenden Klassenstaat durch-

gesetzt werden kann. Das Bestreben, die Gesamtpartei neu zu konstituieren, entspringt dem ehernen Muss der wirtschaftlichen Notwendigkeit.

Der Zerfall der alten Gesamtpartei hat seine unmittelbare Ursache meiner Meinung nach nicht im Gewerkschaftsstreit, er ist durch diesen nur beschleunigt worden. Der Zerfall in nationale Parteien, die organisatorisch zueinander in keinerlei Zusammenhang mehr stehen, ist vielmehr der logische Abschluss einer Entwicklung, die ihren Ausgangspunkt im Wiener Parteitag von 1897 hat, auf dem die einheitliche Partei nach Nationen gegliedert wurde. Diese Gliederung trug einem Verlangen der tschechischen Genossen Rechnung. Die Vertreter der anderen Nationen stimmten wohl nur deswegen so einmütig zu, weil sie hofften, dass durch die Selbständigkeit der einzelnen Gruppen die nationalen Reibungsflächen beseitigt und so die Geschlossenheit der internationalen Gesamtpartei ermöglicht würde. Wie wir heute sehen, hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Es scheint mir, dass man im Jahre 1897 ob der Selbständigkeit der einzelnen Gruppen auf die organisatorische Festlegung der Gesamtpartei viel zu wenig Gewicht gelegt hat.

Durch die nationale Gliederung der Gesamtpartei hat das Streben nach nationalen Gewerkschaften bei den Tschechen einen starken Impuls empfangen, der wahrscheinlich zum Gewerkschaftsstreit mit allen seinen Konsequenzen geführt hat. Politische und gewerkschaftliche Organisation sind ja doch nur zwei Formen der Arbeiterbewegung, die notwendig voneinander abhängig sind und sich gegenseitig beeinflussen. Es musste daher der nationalen politischen Organisation die internationale gewerkschaftliche Organisation als ein Widerspruch erscheinen und ein starkes Bedürfnis nach nationalen Gewerkschaften wachrufen. Durch den Kampf um die Form der gewerkschaftlichen Organisation wurde dann wieder das Verhältnis zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie, den zwei stärksten Gruppen der Gesamtpartei, so verbittert, dass es nicht überraschen darf, wenn unter diesen Verhältnissen die letzten, rein äusserlichen Zusammenhänge der Gesamtpartei, die Gesamtexekutive und der Gesamtparteitag, ausser Funktion gesetzt wurden. Zur Auseinandersetzung über Differenzen prinzipieller Natur war diese lose Organisation der alten Gesamtpartei nicht geeignet, sie wurde gesprengt. Aus den Differenzen, für die nun die Möglichkeit der Auseinandersetzung fehlte, wurden unüberbrückbare prinzipielle Gegensätze.

Ich meine also, dass die Zersplitterung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass im Jahre 1897 bei der nationalen Gliederung der Partei auf die organisatorische Festlegung der Gesamtpartei zu wenig Bedacht genommen wurde. Wenn wir an die Neukonstituierung der Gesamtpartei schreiten, werden wir diese Erfahrungen nützen müssen. Die Autonomie der einzelnen nationalen Gruppen ist aus vielen Gründen, die schon oft und hinlänglich erläutert wurden, bis zu einem Ausmass, das die gemeinsame Aktion nicht ausschliesst, gewiss notwendig und nicht zu umgehen. Unerlässlich aber ist auch die organisatorische Festlegung der Gesamtpartei in einer Weise, dass im Rahmen der Gesamtorganisation auch tiefergehende Auseinandersetzungen möglich werden, ohne dass dadurch die Gesamtpartei gesprengt wird. Nur so wird die Festlegung einer einheitlichen Taktik in allen Fragen zu erreichen sein, die die wichtigste Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit der Gesamtpartei bildet.

Auf dem Innsbrucker Parteitag wird über das Verhältnis zu den anderen Bruderparteien gesprochen werden. Möge er die Initiative zur baldigen Einberufung eines Gesamtparteitages ergreifen, der den einzigen direkten Weg zur Klärung bildet, der uns von der unerträglichen Situation, in der wir heute leben, befreien soll. Mag sein, dass diesem Gesamtparteitag, der aussprechen wird, was ist, grosse prinzipielle Kämpfe innerhalb des österreichischen Proletariats folgen werden. Diese Kämpfe werden uns die verlorene Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung wiederbringen, sie werden reinigend und klärend wirken, während der permanente Guerillakrieg, der gegenwärtig tobt und immer weitere Kreise zieht, zersetzend wirkt und die Gefahr der nationalistischen Vergiftung auch für das deutsche Proletariat in sich birgt. Nur konsequenter Internationalismus kann uns aus der nationalistischen Krise, in der wir uns befinden, hinausführen.

Josef Witternig (Salzburg): Zu neuer Arbeit

Der „Kampf“ beschäftigte sich in der letzten sowie in den vorhergehenden Nummern ausführlich mit dem Separatismus.

Diese Frage ist gewiss derzeit eine der aktuellsten, doch halten wir Alpenländer es für wichtig, dass auch andere Fragen vor dem Parteitag zur Erörterung gelangen.

Wir Salzburger stehen auf dem Standpunkt, dass die Frage des Separatismus nur ein Gesamtparteitag regeln kann. Das „Herumdoktern“ bringt nur Verwirrung in die Sache und hat nicht viel Wert. Entweder haben wir eine Internationale oder keine, entweder ist die tschechoslawische Partei eine internationale sozialdemokratische oder nicht. Wir wollen Klarheit haben, sonst nichts. Haben wir einmal die Klarheit, dann wissen wir, was wir zu tun haben und ebenso die international gesinnten tschechischen Sozialdemokraten. Aber ausgesprochen muss es einmal werden, ob wir noch zusammengehören.

Andere wichtige Fragen, die sich im letzten Jahre aus der praktischen Parteiarbeit herauskristallisierten, erheischen ebenfalls eine Erörterung und die will ich zur Diskussion stellen.

Die letzte Reichsratswahlkampagne wurde zum erstenmal mit der im Jahre 1907 geschaffenen politischen Organisation geführt. Sie erwies sich in einigen Wahlkreisen als gut, in anderen wieder steckt sie noch in den Kinderschuhen. Sie ist noch auszubauen und ist, wir haben das in vielen Fällen gesehen, sogar sehr ausdehnungsfähig. Wie wir aber dem Ausbau gerecht werden, ist eine andere Frage.

Auf dem Reichenberger Parteitag schufen wir ein einheitliches Organisationsstatut, einheitliche Parteilegitimationen, einheitliche Marken. Gewiss ein Fortschritt, jedoch nur ein halber! Wir haben im Statut die Forderung: Mindest-Parteibeitrag monatlich 20 h. In der Tat sehen wir, dass fast jedes Kronland andere Beiträge einhebt: Salzburg monatlich 20 h, Steiermark monatlich 36 h, Mähren monatlich 48 h, Niederösterreich wöchentlich (mit „Volkstribüne“) 12 h u. s. w.

Jedes Land hat einen anderen Organisationsaufbau. In Salzburg haben wir für jeden politischen Bezirk einen sozialdemokratischen Verein.

In Oberösterreich besteht ein sozialdemokratischer Verein, der seine Tätigkeit über das ganze Land erstreckt. In anderen Ländern besteht gar kein Verein, sondern nur freie Organisationen.

Wir brauchen auch hier eine einheitliche Organisationsform und eine einheitlich geregelte Beitragsleistung. Ich habe schon auf dem Reichenberger Parteitag darauf hingewiesen, dass der Beitrag zur politischen Partei zwar nicht überall gleich sein kann, doch soll vom Parteitag eine Bestimmung da sein, nach der man vorgehen kann. Genosse Niessner in Brünn verwies ebenfalls im „Volksfreund“ auf die Notwendigkeit einer progressiven Parteisteuer und mit Recht: Ich kann von einem Hilfsarbeiter nicht so viel verlangen wie von einem besser bezahlten qualifizierten Arbeiter, umgekehrt kann ich von einem Mann, der infolge seines Berufes, für den noch keine Gewerkschaft besteht, keiner Gewerkschaft angehört, ebenfalls mehr verlangen. Der eine Genosse ist gewerkschaftlich, politisch, genossenschaftlich organisiert und ist obendrein Abonnent des Parteiorganes, der andere, ein besser gestellter Arbeiter, Intellektueller oder Geschäftsmann, zahlt nur 20 h monatlich (Ausnahmen gibt es) und ist auch Genosse. Er hat gleiche Rechte und nicht dieselben Pflichten. Hier muss eine gerechte Aufteilung vor sich gehen und ein Unterschied in der Beitragsleistung für gewerkschaftlich Organisierte und Nichtgewerkschaftler sowie für besser gestellte Arbeiter getroffen werden.

Um den Mitgliedern der politischen Organisation ein Äquivalent zu bieten, wäre auch die Schaffung einer Rechtsversicherung notwendig. Jedes politisch organisierte Mitglied hätte Anspruch auf Rechtsschutz in allen Streitfällen. Den Ausbau denke ich mir ähnlich dem der Krankenkassen. Mit der Schaffung einer Rechtsversicherung wäre die Agitation für die politische Organisation wesentlich erleichtert. Wir würden uns mit dieser Einrichtung auch den Eingang zur bäuerlichen Bevölkerung er-

schliessen, ferner hätten wir gleichzeitig neue agitatorische Hilfskräfte geschaffen und die Parteisekretariate in den Kronländern (was wohl eigentlich Sache der Reichspartei wäre) saniert und finanziert. Die Parteisekretariate, wie sie heute bestehen, sind, mit wenigen Ausnahmen, verrostete Institutionen.

Die heutigen Parteisekretäre der Provinzen sind zum grössten Teil auch Redakteure, Administratoren, Obmänner von grossen Instituten, Agitatoren und Abgeordnete, mit einem Wort „Mädchen für alles“, darunter leidet die Partei, das Institut, das Blatt und alles. Auf den Parteitag und in sozialistisch wissenschaftlichen Zeitschriften verlangt man, dass der Sozialismus in die Tiefe gehen solle. Ja, wer soll das bei den heutigen Einrichtungen besorgen? In der Metropole wird man hierzu geeignete Leute haben, aber in der Provinz, wo doch auch Armeekörper zu organisieren sind, mangelt es an solchen Leuten. Die Wiener Arbeiterschule ist schön für Wien, für die Provinz unbrauchbar, nicht des Lehrstoffes, sondern der hohen materiellen Anforderungen wegen. Zentralverbände können das leisten, die politischen Landeszentralen nicht. Auch hier sollte die Reichspartei helfend eingreifen.

Der Broschürenvertrieb ist in vielen Ländern äusserst schlecht. Nur dort, wo einzelne führende Genossen noch die Kleinarbeit mit besorgen, geht etwas vorwärts. Auch hierüber soll vom Innsbrucker Parteitag ein ernstes Wort gesprochen werden.

Ich hoffe, dass sich der Parteitag im Interesse des Aufstieges der politischen Organisation auch mit diesen Dingen beschäftigen wird.

Franz Uhlik (Graupen): Rückblicke

Einem alten Genossen Nacherzähltes und Selbsterlebtes.

Wie viele alte und junge Genossen gibt es nicht, die darüber lamentieren und rasonieren, dass es „nicht vorwärts geht“. Dieses vermeintliche Stillstehen der Partebewegung ist nun ebensogut eine Selbsttäuschung, wie wenn ein Wanderer stets nur das in der Ferne liegende Ziel vor Augen behält, niemals nach rückwärts schaut und somit die bereits zurückgelegte Wegstrecke nicht überblickt. Auch der Arbeiter, besonders der ältere, soll zurückschauen und alles Erlebte vor dem geistigen Auge vorüberziehen lassen, das Einst mit dem Heute vergleichen, dann wird er nicht mehr so pessimistisch denken. Gewiss hat sich im politischen und wirtschaftlichen Leben des einzelnen nicht so viel im günstigen Sinne geändert, als wie es sein sollte und unter anderen Voraussetzungen sein könnte, aber im allgemeinen politischen Leben sind so gewaltige Veränderungen vor sich gegangen, an denen auch das Einzelwesen Anteil hat, dass man mit unheilbarer Blindheit geschlagen sein müsste, wenn man den Schritt der Zeit nicht wahrnehmen wollte.

Um ein richtiges Urteil über Fortschritt oder Stillstand haben zu können, muss man sich gewisse Grenzpunkte des öffentlichen und politischen Lebens herausuchen und unter ihnen die Verbindungslinien herstellen. Solche besondere Ereignisse der letzten Dezennien bilden auch den Mittelpunkt der nachfolgenden Notizen, die gleichzeitig ein Stück Parteigeschichte sind, in der einzelne führende Personen, wie die Akteure im Drama, im Vordergrund stehen, während die grosse namenlose Masse als Chor und Hintergrund bildendes Volk mitwirken.

Es war im Jahre 1882. Der Frühling war im Anzug und brachte nebst seinen verschiedenen Schönheiten und Annehmlichkeiten auch ein Etwas, das sozusagen in der Luft zu liegen schien und mit den Märzstürmen in das Becken von Aussig bis Dux gekommen war: das Wort „Streik“. Der Begriff für dieses Wort war in den Köpfen der meisten Menschen ein grundverschiedener, er schien undefinierbar, weil er neu war. Die einen hielten es für eine Revolte, einen Putsch, die anderen für eine ernsthafte Revolution wie die vom Jahre 1848, wieder andere für das Wort zur Teilung der Güter, manche verstanden darunter ein Demolieren der Werkstätten, Maschinen, Fabriken, Schächte, und die wenigsten wussten, dass dies Arbeitseinstellung bedeutet.

Bei so verworrenen Begriffen und dem gänzlichen Mangel einer gewerkschaftlichen Organisation, bei der bekannten Unterdrückung jeglicher politischen Vereinstätigkeit durch die Behörden macht der Kampf, der unter heutigen Verhältnissen mit spielender Leichtigkeit, wie eine gut funktionierende Maschine geführt wird, bei einem Rückblick einen wirklich grandiosen Eindruck.

Fast sind heute, gegen damals, die Rollen vertauscht: Die damals unbewusste Masse musste von einzelnen auf die richtige Bahn geführt werden; diese einzelnen wurden die Märtyrer und Helden der Partei; heute hat die organisierte Masse die Selbstführung und die sogenannten Führer sind nur die Vollstrecker des Gesamtwillens.

Das durch seine Rückständigkeit zum Teil mit Recht verschrieene Graupen nimmt in der Parteigeschichte unseres Agitationsgebietes gewiss nicht den letzten Platz ein, es war in Nordwestböhmen eine der ersten Stätten, in denen die staatsgefährliche Idee des Sozialismus ein Heim gefunden und Menschen sich mit Begeisterung unserer Sache hingaben. Trotz der willkürlichen Sistierung des Vereins- und Versammlungsrechtes bildete sich doch 1881 ein sozialistischer Verein „Bildungsquelle“, der sogar Gnade vor den Augen der Behörde fand; sie nahm ihn am 14. Juli zur Kenntnis. Doch von einer Parteitätigkeit im heutigen Sinne war gar keine Rede, wenn man nicht die Auflösung sofort wieder herbeiführen wollte. War schönes Wetter, so sammelten sich die wenigen Männer, die sich Sozialisten nannten, aber die verschiedensten Vorstellungen vom Sozialismus hatten, am Rande des Waldes und besprachen politische Tagesfragen, soweit sie aus der damaligen Presse zu entnehmen waren, Fragen der Arbeit und ihrer Entlohnung u. s. w. Was ihnen die Menschen in den Häusern unmöglich machten, mussten die ersten Sozialisten in freier Natur vollbringen. Es war die Agitation von Mund zu Mund, von Gehirn zu Gehirn, vom Herzen zum Herzen; das lebende Wort nistete sich überall ein und erleuchtete und beseelte die Anhänger der neuen Lehre ebenso wie jene, von denen die Bibel erzählt vor 2000 Jahren. Diese Versammlungen unter freiem Himmel fanden nur an jenen Sonntagen eine Abwechslung, wenn das Wetter ungünstig war. Das Versammlungslokal war dann in einem Gasthaus in der Mariascheinerstrasse in Graupen, das den gar nicht sozialistischen Titel „Zum Deutschen Kaiser“ führte und heute noch besteht, dessen Eigentümer der später in Sozialistenkreisen gut bekannte Wirt Emanuel Haspel — gewöhnlich nur der „alte Haspel“ genannt — war. In einem kaum fünf Meter langen und zwei Meter breiten Stübchen voll Tabakrauch, das an das Gastzimmer grenzte, wurde gelesen und debattiert. Es drehte sich bei den sich ohne jede Tagesordnung abwickelnden Debatten, an denen sich der Wirt stark beteiligte, da er mit seinen Gästen eines Sinnes war, um die Erörterung von Tagesfragen aller Art. Protokolle oder sonstige schriftliche Aufzeichnungen wurden nicht verfasst, da dies zu gefährlich gewesen wäre.

Ebenso gefährlich war das Abonnement gewisser Zeitungen, weshalb niemand gern seinen Namen als Adresse angab. Doch auch da wusste der pfiffige Wirt Abhilfe, indem er die Post ganz einfach umging und die Zustellung auf folgende Weise veranlasste: Die Flugschriften, Zeitungen etc. wurden alle zusammen nach Bodenbach adressiert; dort hatte er unter den Eisenbahnbremsern Gesinnungsgenossen entdeckt, die bei der Fahrt nach Komotau diese Druckschriften vom Eisenbahnwagen herab in den Hof des Haspelschen Hauses warfen, das knapp an der Dux-Bodenbacher Eisenbahn steht. Auf diese Weise bekam man die verbotene Lektüre ohne persönliches Risiko.

Auch damals galt das Wort von „dem Unverstand der Massen“, denn nicht die Schikanen der Behörden, sondern die Indolenz der Arbeiter gegen die neue Lehre war das Schmerzliche bei der Agitation. Nur wenige brachten der Bewegung Verständnis entgegen und nur ein ganz geringer Bruchteil der Arbeiterschaft deklarierte sich als Anhänger der Partei. Einige hielt wohl die Furcht vor den Unannehmlichkeiten, die das Bekenntnis zum Sozialismus mit sich brachte, davon ab, bei den meisten aber war es Unverstand, denn sie bezeichneten die Sozialisten als Träumer, Utopisten und Halbnarren. Das Jahr 1882 brachte die erste Bewegung unter den Bergarbeitern; der Riese Proletariat war erwacht und fing an, sich seiner Kraft bewusst zu werden. Der Streik dieses Jahres war das erste Rütteln an den Ketten; bis zum Sprengen ist es leider bis heute noch nicht gekommen. Woher der Streikgedanke ursprünglich gekommen,

weiss man gewöhnlich so selten anzugeben, wie woher eine Epidemie kommt, nur so viel ist in diesem Falle sicher, dass er im Duxer Bergrevier zuerst aufgetaucht war. Auch in dem Teplitzer Becken gährte es im April dieses Jahres unter den Bergarbeitern; Zündstoff war genug vorhanden, es fehlte nur der Funke, der ihn zur Explosion bringen sollte. Und der Funke stellte sich ein.

Wieder sassen die wenigen Sozialisten an einem Abend beim Haspel in Graupen, in ihrer Mitte ein Genosse aus Dux, der über die Verhältnisse im dortigen Gebiet berichtete und verlangte, dass am anderen Tage auch im Teplitzer Revier die Bewegung einsetzen soll. Es waren gar keine Vorbereitungen getroffen, weshalb diese kleine Versammlung sich erst über die Forderungen, die die Bergarbeiter erheben wollten, klar zu werden versuchen musste. Nachdem dies geschehen, wurde beschlossen, am nächsten Tage die Belegschaften der einzelnen Schächte zu befragen, ob sie damit einverstanden sind und ob sie willens sind, dafür einzutreten.

Peter Cingr führte diese Mission am „Johannesschacht“ bei Turn, ein gewisser Staňek am „Britanniaschacht“ Nr. 4 in Soborten durch. Die Mannschaft beider Schächte hörte die Ausführungen der Redner und zog dann in geschlossenem Zuge nach dem „Britanniaschacht“ Nr. 3 in Graupen, wo sie, wie auf „Britannia“ Nr. 5, in Rosenthal, die Ausfahrt der Belegschaft forderte und auch erzwang. Die Masse war nun bereits zu einem respektablen Körper angewachsen, der sich nach dem „Elbeschacht“ in Graupen in Bewegung setzte. Auch dort waren die Arbeiter schon ausgefahren. Bereits hatte sich aber die hohe Obrigkeit in Gestalt des Mariascheiner Bürgermeisters und eines Gendarmen dort eingefunden, die aber, wie der Direktor des Schachtes, nur die Rolle von Zuschauern von der Rampe aus einnahmen, denn kein Mensch kümmerte sich um sie. Die Bergarbeiter hatten sich in Gruppen aufgestellt, in denen die Forderungen von einzelnen Rednern klargelegt wurden. Wie der Bergpredigt im Evangelium lauschten die Arbeiter den Worten der Redner. Es war auch das Evangelium der Kirche der Zukunft!

Vom „Elbeschacht“ zogen die Belegschaften der fünf Schächte nach dem „Dobhoffschacht“ Nr. 3. Hier war bereits die höhere Instanz der Behörden erschienen, der Bezirkshauptmann von Aussig in Begleitung von mehreren Gendarmen. Der Bezirkshauptmann predigte den versammelten Bergarbeitern gute Lehren und forderte sie zur Rückkehr zur Arbeit auf. Es war die gleiche Methode der behördlichen Vermittlung, wie wir sie heute, nach 30 Jahren, noch oft beobachten können. Schliesslich verlangte er, man möge eine Deputation wählen, mit der er im Werksgebäude verhandeln wollte. Darauf gingen die Arbeiter nicht ein, weil sie befürchteten, es könnten diesen Delegierten daraus Unannehmlichkeiten erwachsen oder man könnte sogar Verhaftungen vornehmen. Da also die Wortführer nicht von ihrer Truppe wichen, forderte der Bezirkshauptmann, man solle ihm die Ursachen der Arbeitseinstellung wenigstens mitteilen. Allgemein ertönte nun der Zuruf: „Nemetz Franz soll reden!“ Auf der Reichsstrasse, neben der Statue der Dreifaltigkeit, erklärte nun Genosse Nemetz dem Bezirkshauptmann die Ursachen des Ausstandes: die Schikanen in der Grube, die Abzüge, das niedrige Krankengeld (20 bis 45 Kreuzer), die elende Provision (5 bis 6 Gulden monatlich) u. s. w., er fügte bei, dass diese Forderungen am anderen Tage dem Bezirkshauptmann in Mariaschein schriftlich überreicht würden. Die Ausführungen Redners wurden nur von Zustimmungsrufen unterbrochen, sonst in feierlicher Stille auch von den Bergarbeitern angehört. Während dieser Rede ging die Parole von Mund zu Mund: „Morgen in Mariaschein!“ So war aus den Schneeflocken die Lawine geworden! Es mengten sich unter die angesammelten Bergarbeiter Gendarmen, die nochmals versuchten, die Arbeiter zu veranlassen, ein Komitee zu wählen, mit dem der Bezirkshauptmann verhandeln wollte, doch die Arbeiter erklärten, sie wollen eine Versammlung haben, die der Bezirkshauptmann endlich zusagte.

Ein gewiss einzig dastehender Fall ereignete sich: Der Bezirkshauptmann ging selbst nach Mariaschein und verlangte von dem dortigen Wirt „zum schwarzen Ross“ für den kommenden Vormittag den Saal zu einer Versammlung, welchem Verlangen der Wirt selbstverständlich auch nachkam. So fand diese förmlich von der Behörde einberufene Bergarbeiterversammlung statt. Der kleine Saal war nicht imstande, die massenhaft erschienenen

Bergarbeiter zu fassen, obwohl sie wie eingepresst standen; die nicht Platz fanden, füllten die Stiegen, den Vorraum und zum grossen Teil den vor dem Hause befindlichen Platz. Im Saale herrschte eine beängstigende Schwüle und die Anwesenden konnten die Eröffnung der Versammlung kaum erwarten. Von welcher Art diese Versammlung war, wie wenig sie sich um das Gesetz kümmerte, geht daraus hervor, dass niemand als Einberufer fungierte, noch ein Präsidium gewählt wurde. Das Bureau bildeten der Bezirkshauptmann, der Bürgermeister und einige Gendarmen, die sich alle auf dem niedrigen Musikchor niedergelassen hatten. Ganz spontan, ohne Formalität, forderte nun, als die Situation fast unheimlich zu werden anfang, ein alter Bergarbeiter namens Bauer aus Graupen den Genossen Nemetz auf, die Lage der Bergarbeiter zu schildern. Einfach, aber höchst eindrucksvoll schilderte der aufgeforderte Genosse in ergreifenden Worten die traurigen Existenzbedingungen der Bergarbeiter. Der unregelmässige Betrieb — wöchentlich zwei bis drei Feierschichten — bringt einen so elenden Lohn — 4 bis 5 fl. in der Woche — trotz der anstrengendsten Arbeit mit sich, dass die Bergarbeiterfamilien Hunger leiden müssen. Dieser Umstand hat zur Folge, dass die Arbeiter, wenn sie Arbeit haben, übermenschlich schuften, die ununterbrochene Arbeitszeit auf 24 Stunden und noch mehr ausdehnen, woraus sich wieder zum Teil die frühzeitige Invalidität der ausgemergelten Bergarbeiter ergibt. Weiters schilderte er die trostlosen Zustände in den Betrieben u. s. w. Anfänglich mit eisiger Ruhe, später mit beifälligem Gemurmel und zum Schlusse in leidenschaftlicher Erregung nahmen die Versammelten die Ausführungen des Redners zur Kenntnis; sie bestätigten damit, dass sie der Wahrheit entsprachen. Als ein anderer alter Bergarbeiter namens Schmied diese Worte noch ergänzte, dass er als langjähriger, jetzt zusammengeschundener Bergmann eine Provision von 5 fl. monatlich beziehe, da war die Versammlung geradezu auf den Siedepunkt gekommen. Nun stellte der Bezirkshauptmann die Frage an die Versammelten, warum sie bis jetzt noch nicht mit Beschwerden zu ihm gekommen sind? Da ertönte es aus vielen Kehlen ihm entgegen: Weil jeder Beschwerdeführer gemassregelt wird! Er mochte der Pauschalbehauptung nicht recht Glauben schenken, denn er verlangte Namen von Gemassregelten zu wissen; doch da nannte man auch Namen wie Cingr, Kaniak und andere. Die Erregung in der Versammlung war so gestiegen, dass der Bezirkshauptmann am ganzen Leibe zitterte. Genosse Cingr verlas nun die formulierten Forderungen, die einstimmig von der Versammlung angenommen wurden; er legte sie dem Bezirkshauptmann vor. Welches Vertrauen die Arbeiter damals noch den Behörden entgegenbrachten und welche grosse Macht und guten Willen in Arbeiterfragen sie noch bei ihnen erhofften, geht daraus hervor, dass die Versammlung verlangte, der Bezirkshauptmann möge diese Forderungen unterschreiben. Die Arbeiter meinten, durch diese Unterschrift seien die Forderungen sanktioniert und der Verwirklichung nahegerückt. Der Bezirkshauptmann kam dem gestellten Verlangen mit zitternder Hand nach und versprach, dieses Schriftstück weiterzuleiten. Damit schloss diese sonderbare, für das Teplitz-Aussiger Bergrevier denkwürdige Versammlung. Mit hoffnungsgeschwellter Brust verliessen die Arbeiter das Versammlungslokal, ohne zu ahnen, dass sie die Gefoppten sind. Wie sich die hohe Obrigkeit der Arbeiter annahm, bewies am deutlichsten eine amtliche Kundmachung, die zwei Tage nach jener Versammlung in Mariaschein angeschlagen wurde, in der angekündigt war, dass Zusammenrottungen jeder Art verboten sind und nie mehr wie drei Personen zusammen stehen dürfen. Am dritten Tage rückte bereits eine Kompagnie Militär in Mariaschein ein, die sich im alten „Ritter von Bleileben“, der heutigen Privatmädchenschule, einquartierte und dort ganz garnisonsmässig niederliess. Trompetensignale ertönten, Kommandorufe erschallten, kurzum, es war der bekannte Kriegszustand gegen den Feind im Innern oder der regelrechte Ausrufzustand.

Die Streikenden liessen sich den Mut für ihre gerechte Sache durch diese Massnahmen durchaus nicht nehmen, sie verlegten ihre Versammlungstätigkeit ganz einfach nach anderen Orten — so zum Beispiel auf den Platz hinter dem Schützenhaus in Graupen — wo der Stand des Streiks besprochen, Zeitungen verlesen und allgemeine politische Debatten geführt wurden. Da aber Militär- und Gendarmeriepatrouillen bereits die Gegend durchstreiften und nach Rädelsführern suchten, so wurde auch der Versammlungsort zu un-

sicher und man zog sich immer mehr gegen den sogenannten Knötelwald zurück. Auf den Bergvorsprüngen stellten die Streikenden Avisoposten auf, die das Herannahen von Gendarmen oder sonst verdächtigen Menschen sofort der Versammlung im Walde durch verabredete Zeichen bekanntgaben, worauf sich die Teilnehmer sofort nach allen Windrichtungen hin zerstreuten. Dass auch damals schon die sprichwörtlich gewordene Solidarität der Arbeiter, natürlich in bescheidenem Masse, zum Ausdruck kam, beweist eine Episode: Der Arbeiter Ch., ein heute noch lebender Genosse, erzählte eines Tages, dass er nicht mehr Geld habe für Brot für seine Kinder. Sofort nahm einer der Kollegen seine Mütze und sammelte im Kreise der Streikenden: der eine gab die sieben Kreuzer, die er sich auf einen halben Liter Bier weggelegt hatte, der andere die vier Kreuzer, um die er sich ein Päckchen Tabak kaufen wollte u. s. w., so dass der Aermste unter ihnen doch Brot für die Kinder kaufen konnte, während die anderen zu seinen Gunsten auf ihre bescheidenen Genüsse verzichteten.

Der Streik verlief so, wie er naturgemäss bei dem Mangel einer jeden Organisation verlaufen musste. Schon in der ersten Streikwoche arbeiteten auf dem Britanniaschachte bereits einige Liebediener, Söhne von Angestellten, die es dadurch auch wieder zu Anstellungen brachten; die Betriebsleitungen liessen die Fördermaschinen leer gehen, um die streikenden Arbeiter zu locken; der Direktor ging persönlich in die Wohnungen der Arbeiter in der Werkskolonie und überredete sie auf alle mögliche Art zum Wiederantritt der Arbeit; kurzum, in der zweiten Woche nach der Proklamierung des Streiks wurde auf den meisten Schächten wieder regelmässig gearbeitet. So heroisch er begonnen, so schmachlich endete dieser erste Streik der Kohlengräber im nordwestböhmischen Becken.

Aber nun kam der zweite Teil der Tragödie: die Verfolgung der „Führer“. Aus der vorstehenden Darstellung ist zu entnehmen, wie einzelne eigentlich „Führer“ und „Aufwiegler“ wurden. Ganz spontan, ohne jede Verabredung oder Wahl, wurden sie zu Sprechern, zu Dolmetschen der Streikenden — erst die Regierungskunst der Behörden machte diese Leute dann zu Rebellen und Hetzern. Die Behörden konnten sich nicht vorstellen, dass eine solche Bewegung ausbricht, ohne dass sie von „jemandem“ gemacht wäre. Dieser oder diese „Jemand“ mussten nun eruiert werden, das war die erste Aufgabe aller Behörden, deshalb schickten sie nun Gendarmen und Soldaten wie Fanghunde aus, um der „Anführer“ habhaft zu werden. Zu den am übelsten Angeschriebenen gehörte der schon öfters genannte Genosse Franz Nemetz, der damals in Graupen in der Mariascheinerstrasse beim Schreiber dieser Zeilen wohnte. Der Nemetz galt als der Hauptverbrecher, der unter allen Umständen dingfest gemacht werden musste. In Vorahnung der Dinge, die kommen würden, hatte Nemetz alle verdächtigen Schriften, Bücher, Zeitungen etc. meinem Vater übergeben, der sie am Dachboden im Heu versteckte. An einem Sonntagnachmittag war's, da kam die erste Militärpatrouille zur Wohnung des Nemetz, um den Gesuchten mitzunehmen; „leider“ war niemand zu Hause, denn Nemetz und seine Familie sass mit noch einigen Genossen beim „alten Haspel“ im gewohnten Sonntagsgottesdienst — so wurden diese regelmässigen Zusammenkünfte genannt — als ihm die Botschaft überbracht wurde, dass er so interessanten Besuch habe. Alle eilten auf die Gasse — das Lokal war kaum 50 Schritte von der Wohnung des Nemetz entfernt — und sahen gerade noch, wie der Zug Jäger mit zwei Gendarmen unverrichteter Dinge wieder abmarschierte. Der Gesuchte und alle anderen lachten aus vollem Halse über das grosse, aber vergebliche Aufgebot. Die Gendarmen und das Militär kamen aber wieder, doch Nemetz war wieder nicht zu Hause. Um nicht nochmals ganz leer abgehen zu müssen, wurde eine gründliche Hausdurchsuchung vorgenommen, alles wurde durchwühlt und untersucht, Schränke, Kasten, Betten, aber vergebens. Doch halt, da hatte ein Auge des Gesetzes etwas entdeckt: eine Ziehharmonika, in der inwendig irgend etwas klapperte. Das musste etwas Strafbares sein, was da klapperte. Mehr oder weniger kunstgerecht wurde das so schön klingende Nationalinstrument der tschechischen Bergarbeiter auseinandergenommen — doch nichts fand sich, der Balken war bloss abgelöst! Als der Streik zu Ende war, sagte sich Nemetz, bekommen werden dich die öffentlichen Gewalten doch, da ist es das beste, du stellst dich selbst. Gesagt, getan. Er nahm eines Tages Abschied von Weib und Kindern, ging

nach Teplitz, um sich dem Bezirksgericht als der gesuchte Franz Nemetz vorzustellen. Wie er vor einem Gasthaus vorübergeht, rufen ihn Kollegen an, denen er von seiner Absicht erzählte. Doch die Arbeiter rieten ihm von seinem Vorhaben ab, indem sie behaupteten, dass der Arrest so überfüllt ist, dass niemand mehr unterkommen kann. Es war auch in der Tat so; man hatte so viele Verdächtige eingezogen, dass alle Zellen übervoll waren. Während dieser Zeit war wieder eine Abteilung Militär in der Wohnung des Nemetz gewesen, der die Frau erzählte, ihr Mann sei zu Gericht gegangen, worauf sie wieder abzog. Sie machte nun ein erstauntes Gesicht, als ihr Mann wieder frei nach Hause kam, und meinte, du könntest dir den Weg ersparen — sie waren schon wieder hier. Da nun das Eingesperrtwerden nicht gelang und fast alle Arbeiter auf den Gruben wieder angefahren waren, ging auch Nemetz an seinen früheren Arbeitsort, den Britannia III-Schacht, und frug, ob er wieder arbeiten könne. Ohne grosse Schwierigkeiten wurde er wieder aufgenommen und zur Nachtschicht bestellt. Am zweiten Tag nach erfolgter Aufnahme der Arbeit, um 4 Uhr morgens, kam wieder die Militärabteilung in die Wohnung und frug nach dem Gesuchten, da sie erfahren hatte, dass er noch nicht verhaftet sei. Die Frau erwiderte, dass ihr Mann auf der Schicht sei. Der Wachtmeister schnauzte sie nun an, warum sie ihn vor drei Tagen angelogen habe, indem sie behauptet habe, ihr Mann sei zu Gericht gegangen. Da vor drei Tagen der Gendarmeriewachtmeister bedauerte, dass ihm der Fang des Nemetz nicht geglückt war, hatte er zu der Frau des Gesuchten gesagt, das Selbststellen hätte Nemetz nicht tun sollen, weil ihn das Gericht nicht braucht. Die Frau antwortete also diesmal dem Wachtmeister, dass ihre Aussage damals richtig war, ihr Mann aber deshalb wieder zurückgekommen sei, weil er etwas vergessen hatte und da habe sie ihm die Meinung des Wachtmeisters gesagt, dass man den Nemetz gar nicht brauche. Der Wachtmeister war also in seiner eigenen Schlinge gefangen. Nun fragte er, wann ihr Mann nach Hause komme. Um 5 Uhr, war die Antwort. Die Patrouille teilte sich nun in zwei Teile, welche beide dem Schacht auf verschiedenen Wegen entgegengingen. Beide verfehlten aber den Nemetz, da er auf einem Feldweg nach Hause kam.

Das ärgerte natürlich den die Patrouille führenden Wachtmeister sehr; am Schachte erfuhr er, dass Nemetz doch bei der Arbeit gewesen war, dass ihn aber die Abteilung wieder nicht erwischt hatte. Im Eilschritt ging es nun wieder der Wohnung des Gesuchten zu, der seine Häscher auch in aller Gemütsruhe empfing. Als ihn der Abteilungskommandant aufforderte, mitzugehen, erwiderte Nemetz, man solle ihm nur so lange Zeit lassen, bis er seine leiblichen Bedürfnisse befriedigt haben werde. Zuerst wusch er sich den Kohlenstaub ab, ass seine Mahlzeit und schliesslich musste er auch noch einen anderen Ort aufsuchen; auch dorthin begleitete ihn der Wächter des Gesetzes und stand mit aufgefplantem Bajonett Wache vor der Tür der stillen Klausel! Nach einem rührenden Abschied von dem Weibe und den schlafenden Kindern wurde der Weg nach dem über eine Stunde entfernten Karbitz angetreten. Vor und hinter dem „Verbrecher“ je ein Mann, zu jeder Seite zwei Mann bis an die Zähne bewaffnet. Bekannte winkten einen Abschiedsgruss zu, Fremde erstaunten über den sonderbaren Aufzug, der wie der Transport eines zehnfachen Raubmörders aussah. Schon in der Wohnung und am Wege gab der Gendarmeriewachtmeister gute Lehren, dass Nemetz als Lohn für seine Agitation nun diese Scherereien habe, während die anderen in Ruhe die Vorteile geniessen u. s. w., worauf ihm Nemetz antwortete: „Ich habe meine Pflicht getan, tun Sie die Ihrige.“ Diese Antwort hatte dem redseligen oder neugierigen Gendarmen die Rede bis Karbitz verschlagen; Nemetz hatte Ruhe.

Am Nachmittag des Tages der Einlieferung in das Bezirksgericht Karbitz fand schon die erste Einvernahme statt. Schon bei der Vorführung machte der Untersuchungsrichter ein erstauntes Gesicht, als er anstatt des berüchtigten, so lange gesuchten Rädelsführers einen ganz unscheinbaren Mann vor sich sah; dieses Erstaunen wuchs während der Einvernahme immer mehr, denn die Antworten, die Nemetz gab, stimmten zu dem, was der Richter von dem Beschuldigten gehört haben mag, durchaus nicht. Auf die Frage, warum er gestreikt habe, antwortete er: „Weil die Kollegen nicht gearbeitet haben, konnte ich allein nichts machen.“ Warum er die Forderungen der Bergarbeiter öffentlich verlesen habe, beantwortete er damit, dass er sie schon fertig in die Hand

bekommen und nur übersetzt habe; er habe aber öffentlich Reden gehalten, wurde ihm vorgehalten. „Ja,“ antwortete Nemetz, „nur dann, wenn ich hierzu aufgefordert wurde und dies stets in Gegenwart des Herrn Bezirkshauptmannes, der gegen den Inhalt keine Einwendung erhob.“ Warum er nicht zu Hause war während der Streikzeit; weil er seinem Vater Erdäpfel legen half; als die anderen zur Arbeit gingen, ging er auch.

Diese Antworten, alle unschuldsvoll in Miene und Ton vorgebracht, machten den Richter ganz verwirrt, so dass er den Beschuldigten und den Gendarmen frug: „Ist das der gesuchte Franz Nemetz oder ist das eine Verwechslung mit einem Namensvetter?“ Erst als beide den ersten Teil der Frage bejahten, sprach der Richter die Untersuchungshaft aus.

Nemetz wurde in das Leitmeritzer Kreisgericht eingeliefert, wo er als ersten Zellengenossen einen Kameraden aus der Jugendzeit traf, der aber nicht wegen des Eintretens für seine Klassengenossen, sondern als Dieb und Einbrecher eingesperrt war und schon ein Jahr Kerker hinter sich hatte. Also zu gemeinen Verbrechen wurden die Genossen in die Zellen gesteckt, doch auch hier konnten überlegte Worte, im richtigen Tone und zur rechten Zeit gesprochen, kleine Wunder wirken. Der Sträfling hatte sich eine eigene Theorie zurechtgelegt, er meinte, weil die Güter so ungerecht verteilt sind, ist Diebstahl kein Verbrechen, sondern nur der ausgleichende Faktor; wenn er nur einmal genug stehlen könnte, damit er reich würde, dann würde er das Stehlen lassen. Auch sollten es alle anderen so machen und stehlen, was möglich sei, wodurch eine Aufteilung der Güter entstehen und niemand mehr ein Interesse an der Anhäufung von vielem Vermögen haben würde. So stellte sich dieser Kopf die Lösung der sozialen Frage vor. Nemetz benutzte nun das unfreiwillige Beisammensein während der drei Wochen Untersuchungshaft, um diesem Wirrkopf das Unsinnige seiner Theorie auszutreiben und ihm dafür die Idee des Sozialismus einzupfropfen und den Weg zu zeigen, der zur ökonomischen, politischen und kulturellen Befreiung der arbeitenden Menschheit führt. Am schwierigsten war wohl bei diesem Unterricht das Kapitel über den Wert und die kulturelle Bedeutung der Arbeit; das wollte nur schwer Wurzel fassen. Aber der gute Same muss doch gute Früchte getragen haben, denn der Bruder dieses „Verbrechers“ sagte dem Genossen Nemetz in späteren Jahren, dass der Mann ein besserer Mensch geworden und von seinem Wahn geheilt sei. Da die Untersuchungsgefangenen am Sonntag keinen Ausgang hatten, aber doch gern an die frische Luft wollten, benützten sie hierzu den Kirchengang, an dem jeder nach Belieben teilnehmen konnte. Die Predigten des Geistlichen gaben die beste Gelegenheit zu Vergleichen zwischen dem alten und dem neuen Evangelium, über die sich dann die beiden grundverschiedenen Menschen in der Zelle aussprachen. Man sieht hieraus, dass ein geborener Agitator jede Gelegenheit zu benützen versteht, um für die Idee des Sozialismus zu werben. Nachdem die Staatsanwaltschaft keinen Grund zur Erhebung einer Anklage gegen Nemetz gefunden hatte, wurde er nach der Untersuchung zwar aus der Haft entlassen, aber als Subsistenzloser mittels Schub in seine böhmische Heimatgemeinde gebracht. Mit welcher Schnelligkeit diese Transferierung vor sich ging, kann man daraus ermessen, dass acht Tage von der Entlassung aus dem Kreisgericht in Leitmeritz bis zum Anlangen in dem böhmischen Dorfe verliefen; eine Reise nach Amerika dauert kaum so lange.

Diese kurze Schilderung soll ein kleiner Beitrag zur Parteigeschichte sein, sie soll aber auch den jüngeren Genossen vor Augen führen, unter welchen gefährlichen und beschwerlichen Umständen vor dreissig Jahren die Arbeiterbewegung zu kämpfen hatte, wie sie eigentlich geboren wurde. Was in dieser Episode von der einen Gegend und von einzelnen Genossen erzählt ist, hat sich auch an zahlreichen anderen Orten und bei anderen Menschen zugetragen, mitunter mit keinem so verhältnismässig harmlosen Ausgang, nur dass die Einzelheiten der Vorkommnisse nicht aufnotiert, die Helden des Kampfes gestorben und vergessen sind und die Wellen der Zeit die Eindrücke hinweggeschwemmt haben. Der Fortschritt der Parteibewegung wird durch einen Vergleich mit jener Zeit wohl am besten klargelegt; was von der Arbeiterbewegung im allgemeinen gilt, zeigt sich wohl auch in der Stellung, die unsere führenden Genossen jetzt einnehmen, gegenüber jener der Vorkämpfer von damals. Auch dem Helden dieser Er-

innerung, dem Genossen Nemetz, der heute noch täglich seine Grubenfahrt macht, wurde eine gewisse Genugtuung für seine im Interesse der Arbeiterbewegung überstandenen Leiden dadurch, dass die arbeitende Bevölkerung von Graupen ihn zwanzig Jahre nach jener Zeit, wo er in den Kerker wandern musste, in die Gemeindestube entsendete, wo er nun schon zehn Jahre, allgemein anerkannt, tätig war.

Es gibt keinen Stillstand, nur ein Vorwärts auf der ganzen Linie!

J. Köttgen (London): Die Streikbewegung in Grossbritannien

Man ist sich in Grossbritannien allgemein darüber einig, dass die Streikbewegung der letzten Monate nur das Vorspiel zu einem langen heftigen Klassenkampf ist, der zu einer mehr oder minder grossen Umgestaltung der englischen Gesellschaft führen muss. Natürlich gilt dies nur für Leute, die ernstlich über derartige Dinge nachdenken. Die grosse Masse der besitzenden Klasse fühlt nur Unbehagen und Angst und gibt diesen Gefühlen durch Drohungen und Schimpfen Ausdruck. Die grosse Masse der arbeitenden Bevölkerung empfindet nur den stets grösser werdenden wirtschaftlichen Druck und hat das Verlangen, der Not und dem Elend möglichst schnell ein Ende zu bereiten. Es sind nicht etwa theoretische Erwägungen, die den denkenden Engländer zu dieser Schlussfolgerung treiben. Weitschauende sozialdemokratische Theoretiker haben schon längst auf die Unvermeidlichkeit der jetzt vor sich gehenden Entwicklung hingewiesen. Aber ihre Theorien wurden im besten Fall mit einem Achselzucken angehört; die Verhältnisse in Grossbritannien schienen so wenig mit diesen Theorien zu harmonieren. Der Klassenkampf war bis in die Reihen der Sozialisten ein verpöntes Wort. Heute ist das Wort in jedermanns Munde. Die Erfahrung hat gelehrt, dass der Klassenkampf keine sozialdemokratische Erdichtung ist. Man stützt sich bei der Beurteilung der kommenden sozialen Entwicklung hauptsächlich auf zwei deutlich wahrnehmbare Erscheinungen. Die eine ist das allgemeine Sinken der Reallöhne der Arbeiter verbunden mit der immer ungerechter werdenden Verteilung des nationalen Einkommens; die andere, die deutlicher zutage tritt, ist die grosse Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen, die die ganze Arbeiterklasse Grossbritanniens ergriffen hat. Den meisten Lesern dieser Zeitschrift werden die Ziffern über Löhne und Einkommen schon bekannt sein. Aber um die jüngste Entwicklung Grossbritanniens klar vor Augen zu führen, mögen sie hier noch einmal in anschaulicher Weise gegeben werden:

Jahr	Einkommensteuer- veranlagung Pfund Sterling = 24 K	Löhne 1900 = 100	Londoner Lebensmittel- preise (Kleinverkauf) 1900 = 100
1900	833,000.000	100	100
1901	867,000.000	99	102
1902	880,000.000	98	102
1903	903,000.000	97	104
1904	912,000.000	97	105
1905	925,000.000	97	105
1906	944,000.000	98	103
1907	980,000.000	102	106
1908	1.010,000.000	101	109
	+ 21%	+ 1%	+ 9%

Zur Erklärung der gegebenen Ziffern sei folgendes angeführt: Die Zahlen über Einkommensteuerveranlagung betreffen Einkommen von über 160 Pfund Sterling (3840 K). Sie stellen in der Hauptsache das Einkommen der Personen dar, die den Mehrwert einstecken. Die Indexziffern über Löhne sind die des englischen Handelsamtes und beziehen sich auf die Löhne der Landarbeiter, Kohlenbergwerksarbeiter, Textilarbeiter, Bauarbeiter und Maschinenbauer. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass die Arbeiter-

schaft Grossbritanniens als ganze an der verzeichneten geringen Steigerung nicht teilgenommen hat; denn die Löhne der ungelerten Arbeiter (Erdarbeiter, Dockarbeiter etc.) waren bis vor kurzem seit 20 Jahren stationär. Die Zahlen in der letzten Spalte sind ebenfalls Berechnungen des englischen Handelsamtes und betreffen die wichtigsten Volksnahrungsmittel (Brot, Mehl, Butter, Eier, Kartoffeln, Hafermehl, Tee, Kakao, Zucker, Rindfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch und Speck) mit Berücksichtigung der konsumierten Mengen. Aus den Ziffern geht also hervor, dass innerhalb eines Zeitraumes von nur acht Jahren das Einkommen der besitzenden Klasse Grossbritanniens um 21 Prozent gestiegen ist, während die Geldlöhne der Arbeiter um höchstens 1 Prozent und die Lebensmittelpreise in London, im Zentrum des Warenhandels, um 9 Prozent stiegen.

Der kausale Zusammenhang zwischen dieser Erscheinung mit der herrschenden Unzufriedenheit liegt auf der Hand. Aber eine Reihe anderer Faktoren muss in Betracht gezogen werden, um die Aufbäumung der englischen Arbeiterschaft gegen den unerträglichen Druck des Kapitalismus zu erklären: so zum Beispiel das raffiniert ausgebaute Antreibesystem, die durch die grosse Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung geschwächte Widerstandskraft der Arbeiter, die stetig zunehmende Anmassung der in mächtigen Verbänden organisierten Unternehmer. Doch ehe diese Punkte näher besprochen werden, soll auf eine wenig beachtete Tatsache hingewiesen werden, die unter Umständen die wilde Bewegung der letzten Monate allein erklären könnte. Man weiss, dass sich die bürgerlichen Parteien in Grossbritannien nur dadurch halten können, dass sie erfolgreich an das arbeitende Volk appellieren. Man kennt die demagogischen Kniffe dieser Politiker, die sich stellen, als sei ihnen das Interesse der arbeitenden Bevölkerung alles, während es sich in Wirklichkeit doch stets um ihre eigene Sache handelt. Diese Politik mag vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr einträglich sein; sie hat aber auch ihre Schattenseiten. Als Josef Chamberlain vor acht Jahren mit der Tarifreformbewegung einsetzte, wurde ein aus angesehenen Unternehmern zusammengesetztes Komitee gebildet, das dicke Bände über die Not der englischen Industrie veröffentlichte und Flugblätter unter die Arbeiter verteilte, in denen statistisch nachgewiesen wurde, dass die Industrie des Landes nicht länger ohne Schutzzoll mit dem Ausland, wo den Arbeitern wahre Hungerlöhne gezahlt würden, konkurrieren könne. Man redete dem englischen Arbeiter ein, er müsse gegen die Hungerlöhne der Ausländer geschützt werden. Die Liberalen, die in diesen Sachen viel pfiffiger sind als die Konservativen, sagten darauf den Arbeitern: „Da seht ihr, wie es euren Kollegen in den schutzzöllnerischen Ländern geht. Nette Aussichten!“ Auf diese Antwort waren die Tarifreformer nicht gefasst. Sie mussten umsatteln, verbrannten die dicken Bände mit den Jeremiaden über die englische Industrie und bewiesen nun haarklein, wie gut es im Grunde genommen den Arbeitern namentlich in Deutschland, dem ersten schutzzöllnerischen Konkurrenzlande, gehe und wie jämmerlich ihre eigene Lage im freihändlerischen Grossbritannien sei. Die Not und das Elend des Volkes in Grossbritannien wurden von diesen unfreiwilligen sozialdemokratischen Agitatoren dick unterstrichen. Bei den Wahlen erschien das Elend der Massen in Bildern an allen Plakatsäulen, so dass selbst der Indifferenteste aufgerüttelt wurde. Ich entsinne mich noch lebhaft eines wahrhaft künstlerischen Bildes, das im ganzen Lande zu sehen war. Es stellte das Heim eines Arbeitslosen dar. Der Mann war arbeitlos nach Hause gekommen; er hatte seine Werkzeugtasche von sich geschleudert und starrte wie betäubt vor sich hin. Die Frau sah ihn mit bangen Blicken an; an ihrer Schürze hing schluchzend ein kleines Mädchen. Ein älteres Mädchen versuchte den Säugling zu beruhigen. Es war ein herzergreifendes Bild und trug den Titel: „Ein Opfer des Freihandels.“ Ob die Ueberschrift der Wahrheit entsprach oder nicht, jedenfalls war das Bild ein Stück Wirklichkeit. Das empfand jeder Arbeiter. So schürte man die Unzufriedenheit im Volke, in der Hoffnung, im trüben fischen zu können. Die Agitation der Tarifreformer trug zweifellos dazu bei, die englische Arbeiterschaft aus ihrer Untätigkeit aufzurütteln.

Das charakteristischeste an der Streikbewegung war, dass sie eine Bewegung der Massen darstellte, in der die Führer meisteine untergeordnete Rolle spielten oder gar von den Mannschaften desavouiert wurden. Am klarsten trat dies

bei der Aussperrung der Kesselschmiede im vergangenen Jahre und bei dem Streik der Bergarbeiter im Rhonddatale zutage, zwei Bewegungen, die wohl als die Vorläufer der allgemeinen Bewegung angesehen werden können. Man wird sich erinnern, dass sowohl die Kesselschmiede wie die Bergarbeiter wiederholt die Verträge verwarfen, die von den Gewerkschaftsbeamten unterzeichnet worden waren. Dieses Verhalten findet seine Erklärung in der wachsenden Abneigung der britischen Gewerkschafter gegen Einigungsämter, Schiedsgerichte und dergleichen, die auf dem letzten Gewerkschaftskongress deutlich zum Ausdruck kam. Die Erfahrung hat gelehrt, dass die Arbeiter bei der bestehenden gewerkschaftlichen Praxis auf keinen grünen Zweig kommen können und dass die Verträge auch nicht gegen die Willkür der Unternehmer schützen. Die Kesselschmiede wurden ausgesperrt, weil sie häufig gegen die Bestimmungen des Vertrages lokale Streiks inszenierten. Die Arbeiter gaben an, dass sie zu diesen Streiks gezwungen würden; das Einigungsamt arbeite so langsam, dass eine Arbeit, um die sich ein Lohnstreit drehe, meist längst fertiggestellt sei, bevor das Einigungsamt oder das Schiedsgericht seinen Entscheid fällt; die schnelle Entwicklung der Technik bringe fortwährend neue Lohnstreitigkeiten und der Arbeiter hätte unter dem bestehenden Lohnregelungssystem stets das Nachsehen, wenn er sich nicht durch den Streik sein Recht suche. Man wird den stark organisierten Unternehmern der Schiffbauindustrie kaum unrecht tun, wenn man behauptet, dass sie mit dieser Verzögerungstaktik beabsichtigten, die Arbeiter um ihren gerechten Lohn zu prellen. Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer, deren Selbstbewusstsein durch ihre Organisation in den letzten Jahren sehr gestärkt worden ist, war auch in erster Linie für die Länge des Kampfes im Rhonddatale und für die Erbitterung, mit der dieser Kampf geführt wurde, verantwortlich. Das Kampfobjekt war das Gedinge einer kleinen Belegschaft in einem neuen Flöz; aber unter der Oberfläche spielten sich andere Dinge ab. Die Direktoren des mächtigen „Cambrian Combine“, denen die Gruben im oberen Rhonddatale gehören, hatte seit langem eine Politik der Nadelstiche befolgt. Den Bergarbeitern wurden alte Vorrechte genommen, wie das Recht auf das zerbrochene Grubenholz, alte Feiertage wurden abgeschafft, unbeliebte Personen bekamen schlechte Arbeitsplätze, die Arbeiter wurden von den Beamten und Direktoren grob behandelt und was dergleichen Dinge mehr sind. Die Unternehmer begingen nicht direkt Vertragsbruch, aber sie peinigten die Arbeiterschaft, bis diese vor Wut aufschrie. Wenn sich zu Anfang des Jahres die südwalisischen Bergarbeiter zu Exzessen hinreissen liessen, so ist die Verwaltung der Zechen von der Mitschuld nicht freizusprechen. Man peinigt ein im Punkte Ehre so empfindliches Volk wie die Waliser nicht ungestraft. Der Streik im Rhonddatale trug alle Merkmale der spontanen Massenbewegung. Zuerst trat man in den Sympathiestreik, dann formulierte man die eigenen Forderungen, die sich hier zu der Bezahlung des Minimallohnes für die Hauer, die an abnormen Orten (abnormal places) arbeiten, also die schwarzen Schafe der Zechenverwaltung, verdichteten. Der Arbeiter wird von allen Seiten gestochen und weiss im Augenblick der Empörung nicht, welcher Stich am meisten schmerzt. Genau so machten es die Transportarbeiter und die Eisenbahner.

Waren die Bewegungen das erste Grollen des herannahenden Sturmes, so war der Seemannsstreik der erste Blitzstrahl. Zuerst lachte man über die Verwegenheit der kleinen Gewerkschaft der Seeleute, die kaum 12.000 Mitglieder hatte, den Kampf mit dem mächtigen Reederverband aufzunehmen. Aber bald zeigte es sich, dass die lauten Kommandorufe des Sekretärs der Seeleute von einem grossen, wenig disziplinierten, aber kampffreudigen Heere befolgt wurden. Die Ursachen, die zum Streik führten, sind wohl zu ziemlich gleichen Teilen in der unter mannigfaltigen Formen auftretenden Unterdrückung der Seeleute durch die Reeder und ihren Verband und der Lohnfrage zu suchen. Vor allem war es die Despotie, die der Reederverband durch seinen Zwangsarbeitsnachweis ausübte, die die Seeleute erbitterte. Wie gross die Erbitterung war, zeigte deutlich der Jubel, unter dem die Arbeitsnachweiskarten in Manchester nach dem Siege von den Streikenden öffentlich verbrannt wurden. Zu dem System der Unterdrückung gehörte auch die ärztliche Untersuchung, der sich die anzuwerbenden Seeleute unterziehen mussten. Ein unabhängiger Charakter, der noch nicht gesiebt worden,

konnte sicher sein, im Netze der von dem Arzt des Reederverbandes geführten Untersuchung hängen zu bleiben. Gegen die ärztliche Untersuchung als solche haben die Seeleute nichts einzuwenden. Sie gereicht ihnen ja zum Vorteil; denn ein kranker Mann zur See bedeutet mehr Arbeit für die gesunden Arbeiter. Zu der Empörung über die Schikanen der Unternehmer und die stetig wachsende Arbeitsmenge, die von dem Arbeiter verlangt wurde, trat noch das beängstigende Gefühl, dass es mit dem Seemannsberuf infolge der zunehmenden Beschäftigung indischer und chinesischer Matrosen und Heizer immer mehr bergab ging. Die Zahl der auf britischen Schiffen beschäftigten Laskaren (Indier) und Chinesen, die mit weniger als der Hälfte des Lohnes eines europäischen Seemannes zufrieden sind, hat sich gewaltig vermehrt. Genaue Ziffern liegen nicht vor. Jedoch geben die englischen Seeleute an, dass die Zahl dieser Laskaren und Chinesen augenblicklich über 40.000 beträgt! In allen grossen englischen Hafenstädten dehnen sich die chinesischen Viertel schnell aus. Vor etwa zehn Jahren bestanden zum Beispiel in Ostlondon im Lime House Causeway nur zwei bis drei Logierhäuser für chinesische Seeleute. Wer heute durch diese ziemlich lange Strasse geht, wird nichts als chinesische Logierhäuser antreffen. Ueberall sieht er Schlitzaugen, rätselhafte Inschriften und die einsilbigen Namen chinesischer Hausbesitzer und Geschäftsinhaber in englischer Schrift. Lime House Causeway ist heute mit Chinesen überfüllt; in einer Seitenstrasse schickt man sich schon an, zwei neue Logierhäuser für chinesische Kulis einzurichten. Der Profit, den die Reeder durch die Anwerbung der Laskaren und Chinesen einheimen, springt sofort in die Augen, wenn man sich die Löhne und Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter betrachtet. Die Laskaren, von denen grosse Scharen von der bekannten P. & O.-Gesellschaft beschäftigt werden, müssen nach den Vorschriften der ostindischen Schiffsfahrtsakte angeworben werden. Diese Vorschriften bestimmen unter anderem, dass der angeworbene Laskar wieder nach seinem indischen Heimatshafen zurücktransportiert werden muss. Der indische Seemann tritt daher nicht mit dem einheimischen in englischen Häfen direkt in Konkurrenz. In den ostindischen Schiffsfahrtsakten ist der Schlafraum der Arbeiter viel knapper zugemessen; die englische Gesellschaft kann in dem Raum, in dem nach englischem Gesetz für zwei Mann Platz ist, mindestens drei Laskaren unterbringen. Auch die Nahrung für Indier ist weit billiger als für Europäer. Der monatliche Lohn eines Laskars beträgt 2 Pfund Sterling; der Serang und der Tindal (erste und zweite der Matrosen und Heizer) bekommen etwas mehr. Bei den chinesischen Mannschaften heissen diese beiden Anführer, die zugleich die Uebersetzer spielen, bezeichnenderweise nur „Number One“ und „Number Two“ (Nummer Eins und Nummer Zwei). Der monatliche Lohn chinesischer Seeleute beträgt 50 bis 55 Schilling. All diese Einzelheiten seien nur erwähnt, um anzudeuten, welchem Ideal die englischen Schiffsherren zustreben. Auch darf nicht unbemerkt bleiben, dass sich die Chinesen in vielen Fällen als Streikbrecher anwerben liessen, während dagegen die schwarzen Seeleute, die amerikanischen wie die westafrikanischen Neger, überall die Vordersten im Streik waren.

Die Versuche der Hafearbeiter, den Schiffsmannschaften zu helfen, indem sie sich weigerten, die Ladungen der Schiffe mit Streikbrecherbesatzung anzurühren, zogen bald die ganze Hafenbevölkerung mit in den Streit. Die Dockarbeiter litten unter der gleichen Despotie, über die sich die Schiffsmannschaften zu beklagen hatten. Ihre Lohnverhältnisse waren ebenso ungünstig wie die der Matrosen und Heizer. Seit 22 Jahren war ihr Lohn nicht von der Stelle gekommen. Auch die Stauer und Lichterschiffer und andere besser bezahlte Hafearbeiter hatten viele Klagen vorzubringen. Der Sympathiestreik entwickelte sich zu einem allgemeinen Streik aller Hafearbeiter. Und nun erlebte man ein Schauspiel, das man in Grossbritannien wohl noch nie zuvor erlebt hat. Die schlecht bezahlten Arbeiter standen Schulter an Schulter mit den besser entlohten; die einen unterstützten die anderen mit allen zu Gebote stehenden Kräften. In London hatten die Dockarbeiter den Kampf längst gewonnen; aber sie harrten mannhaft aus, bis auch den Lichterschiffen die Forderungen bewilligt waren. Ueberall dasselbe Schauspiel der Solidarität. Man hat in England häufig beobachtet, dass ein allzu grosser Abstand zwischen den Löhnen der Arbeitersolidarität nicht sehr förderlich ist. Angesichts der prächtigen Solidarität, die während des Transport-

arbeiterstreiks zwischen den armselig entlohnten und unregelmässig beschäftigten Dockarbeitern und den Stauern und Lichterschiffen bestand, ist man gezwungen, seine alte Anschauung zu revidieren. Ein neuer Geist ist in England eingezogen. So wie die Streikbewegung von den Seeleuten auf die Hafendarbeiter übergang, so ging sie auch auf die Eisenbahner über. Die Weigerung der Eisenbahner in Liverpool, Streikbrechergut zu transportieren, und Lohnforderungen führten zum Streik auf der Lancashire- und Yorkshire-Bahn. Die Gesellschaft weigerte sich, mit den Gewerkschaftsführern auch nur in schriftlichen Verkehr zu treten, und bestand beharrlich darauf, dass laut Vertrag Lohnfragen in den bestehenden Einigungsämtern erledigt werden müssen. Unter den Eisenbahnern des ganzen Landes gäbe es schon seit langer Zeit. Die Einigungsämter und Schiedsgerichte, die im Jahre 1907, als ein allgemeiner Streik der Eisenbahner auszubrechen drohte, durch Vermittlung der Regierung zustande kamen, waren von den Gesellschaften dazu missbraucht worden, jede Besserung der Lage ihrer Angestellten zu vereiteln. Unter dem Einfluss der aufregenden Streikbewegung traten jetzt die Eisenbahner in Massenversammlungen zusammen und forderten von den Gewerkschaftsführern überall die Proklamierung des allgemeinen Streiks. Die Führer der vier grössten Eisenbahngewerkschaften beschlossen, dem stürmischen Drängen nachzugeben, und gaben sehr geschickt das Lösungswort aus: Anerkennung der Gewerkschaften.

Können erst die Beamten der Gewerkschaft mit den Eisenbahndirektoren reden, so wird sich manches ändern. Bis jetzt hatten die Eisenbahnmagnaten mit den von ihnen abhängigen Delegierten der Leute ein leichtes Spiel. Sie verschleppten einfach die Forderungen der Angestellten bis zur letzten Instanz, dem Schiedsgericht. Fiel dann der Entscheid zu ihren Ungunsten aus, so interpretierten ihre Juristen die Worte des Schiedsrichters in der geeigneten Weise oder man umging den Entscheid. So wurde zum Beispiel den Rangierern auf einer Bahn vom Schiedsrichter eine Lohnerhöhung zugesprochen. Flugs taufte die Gesellschaft die Mehrheit der Rangierer um, sie hiessen fortan Zugempfänger und bekamen keinen höheren Lohn. Von Dutzenden solcher Fälle können die Eisenbahner berichten. Kein Wunder, wenn sie ergrimmt nach der schärfsten Waffe im Arsenal der Gewerkschaften riefen. Ihre Lage war bei der zunehmenden Teuerung immer elender geworden. Ihre Löhne waren seit langen Jahren stationär geblieben. Mindestens 100.000 erwachsene Arbeiter wurden wöchentlich mit Löhnen von 20 Schilling und darunter nach Hause geschickt, wie Richard Bell, der frühere Sekretär der Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten, in einer interessanten, mit reichlichem statistischen Material versehenen Schrift nachgewiesen hat. Um sich die wirtschaftliche Lage der englischen Eisenbahner zu veranschaulichen, sei hier der amtlich ermittelte Durchschnittslohn der Arbeiter für eine Reihe von Jahren angeführt; die Tabelle sollte mit den zu Anfang gegebenen Ziffern über Einkommensteuerveranlagung u. s. w. verglichen werden.

Durchschnittsgeldlohn aller Eisenbahnangestellten:

Jahr	Schilling	Pence	Jahr	Schilling	Pence
1900	25	$\frac{3}{4}$	1905	25	$3\frac{1}{2}$
1901	25	$\frac{1}{4}$	1906	25	$5\frac{1}{4}$
1902	24	$11\frac{1}{4}$	1907	25	10
1903	24	$10\frac{1}{2}$	1908	25	.
1904	25	$\frac{1}{2}$			

Im Jahre 1909 trat wiederum eine kleine Verschlechterung ein. Zu all diesen Ursachen der Unzufriedenheit trat noch die unerhörte Ausbeutung der Arbeitskräfte. Es ist bezeichnend, dass im letzten Jahre über 12.000 weniger Personal als im Vorjahr von den Eisenbahngesellschaften beschäftigt wurden und dass dennoch bedeutend mehr Züge liefen und mehr Personen und Güter befördert wurden. Ein Lokomotivführer, der von der Kommission, die sich augenblicklich mit der Frage des Einigungsverfahrens auf den britischen Bahnen beschäftigt und die auch wohl die Anerkennung der Gewerkschaften befürworten wird, als Zeuge auftrat, sagte aus, dass er heute dreimal (!) soviel Arbeit leisten müsse als vor 29 Jahren, als er zuerst auf einer Lokomotive fuhr. Nun mag dies vielleicht etwas übertrieben sein; aber die Sicherheit, mit der der Mann auftrat, bekundet, wie der Arbeiter das herrschende Antreibersystem empfindet.

Es ist hier versucht worden, den Ursachen nachzuspüren, die der gewaltigen Streikbewegung der letzten Monate zugrunde liegen, ohne auf den Verlauf und die Ergebnisse der Streiks, die ja ohnehin allgemein bekannt sein dürften, näher einzugehen. Was die Ausstände der Londoner Arbeiterinnen und anderer elend entlohnter Arbeiterkategorien anlangt, die der Streik der Transportarbeiter mit fortriss, so bedürfen sie keiner näheren Erklärung. Die Streikbewegung hat wie verjüngend auf die Arbeiterschaft Grossbritanniens gewirkt. Das beweist am besten die Resolution des letzten Gewerkschaftskongresses, die die Arbeiter zu neuen Kämpfen aufruft. Den nächsten grossen Kampf werden wohl die Bergarbeiter wagen. Die Kampf Stimmung hat selbst alte, vorsichtige Führer ergriffen, die sonst kein Mittel unversucht liessen, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern. Man reibt sich erstaunt die Augen, wenn man liest, wie sie öffentlich zum allgemeinen Streik raten als Mittel zur Erkämpfung des Minimallohnes von 7 Schilling den Tag. Es bedarf keiner prophetischen Begabung um voraussehen zu können, dass die Arbeiterschaft Grossbritanniens einer neuen Sturm- und Drangperiode entgegengeht.

Hans Eigen: Von deutscher Grossstadtlyrik

Ich wandre in der grossen Stadt. Ein trüber
Herbstnebelschleier flattert um die Zinnen,
das Tagwerk schwirrt und braust vor meinen Sinnen
und tausend Menschen gehn an mir vorüber.

Ich kenn sie nicht. Wer sind die Vielen? Tragen
sie in der Brust ein Los wie meins? Und blutet
ihr Herz vielleicht, von mir so unvermutet,
als ihnen fremd ist meines Herzens Schlagen?

Der Nebel tropft. Wir alle wandern, wandern.
Von dir zu mir erhellt kein Blitz die Tiefen.
Und wenn wir uns das Wort entgegenriefen —
es stirbt im Wind, und keiner weiss vom andern.

So sieht Hedwig Lachmann die Grossstadt. So sieht sie Detlev v. Liliencron:

Es treibt vorüber mir im Meer der Stadt
bald der, bald jener, einer nach dem andern.
Ein Blick ins Auge, und vorüber schon.
Der Orgeldreher dreht sein Lied.

Es tropft vorüber mir ins Meer des Nichts
bald der, bald jener, einer nach dem andern.
Ein Blick auf seinen Sarg, vorüber schon.
Der Orgeldreher dreht sein Lied.

Es schwimmt ein Leichenzug im Meer der Stadt,
querweg die Menschen, einer nach dem andern.
Ein Blick auf meinen Sarg, vorüber schon.
Der Orgeldreher dreht sein Lied.

Dieser Ton ist typisch für die Anfänge der deutschen Grossstadtlyrik.

In ihm zittert die tiefe Trauer eines vereinsamten Dichtertums. Die deutsche Lyrik ist in ihrem Wesen kleinbürgerlich-idyllisch. Die Stille, die Weltentrücktheit, die Landschaft ohne Menschen, das liebte durch die Jahrzehnte der deutsche Sängere. Und nun braust um ihn ein Leben scheinbar ohne Natur, Maschinen kreischen, Menschen stossen ihn, Angst und Abwehr füllen sein Herz. Wozu dies Gelärme? Wozu die Hast? Qualm und Qual ohne Seele und ohne Sinn! Ein Steinkerker voll der Schrecken. Eine Hölle voll der Laster.

Und weiter geh ich durch die laute Stadt —
erschrocken fühle ich mich selber schreiten,
ein Rätsel stumm durch tausend Rätsel gleiten,
von denen keines eine Lösung hat.

In diesen Versen der Margarete Susman wird das Entscheidende ausgesprochen: dem Dichter in der Grossstadt beginnt die Deutungskraft zu schwinden. Es wird ihm bange vor dem eigenen Unverstand. Natur und Stille deutet er aus innerster Phantasiefülle. Das Getriebe der Wirklichkeit setzt zu seiner Deutung Verständnis voraus. Aber Verständnis für die Wirklichkeit wäre der Sprengstoff kleinbürgerlicher Kunstbegeisterung. Ihr bedeutet ja die Kunst eine Flucht aus dem Leben. Nun hat sich aber dieses Leben so aufgereckt, so breit gestaltet, dass ihm auch die Fluchtbereitesten kaum mehr ent-rinnen können. Jeder fünfte Deutsche wohnt in einer Grossstadt, mitgerissen in den Verkehr der Gegenwart, angerufen von den tausend Wundern der Technik. Und Millionen Menschen fassen Wurzel in der Stadt und finden auch hier Halt und Heimat. Denn die Weltstadt wird jedem heimisch, der in ihr nicht nur sich treiben lässt, sondern in ihr schafft und in ihr seine Ziele weiss. Von diesem ungeheuren Schaffen und Zielwissen der Grossstädter ahnen die deutschen Dichter freilich noch wenig, die grossen Zusammenhänge sind ihnen noch fremd, immer wieder regt sich in ihrem Innern die alte kleinbürgerliche Liebe zu Idyllen. Was sie vorläufig sehen, sind Einzelzüge, wie sie ihnen regelloses Schreiten durch die Strassen entgegenbringt, hier der Dienstmann, der Krüppel, das Laufmädchen, dort Episoden vom Weihnachtsmarkt, von der Polizeiwache, vom Ersten Mai. Aber der Schritt in die Wirklichkeit ist damit doch getan, ein neuer Lebenskreis will sich so erschliessen. Am Ende werden es doch keine Idyllen, die Wirklichkeit ist nicht idyllisch und reisst die Dichter mit sich fort und über ihre eigene Natur hinaus. Sie geraten vor Baugerüste, in Lichthöfe, zu Fabrikstoren, in Spitäler und Spelunken und entdecken so sacht die Welt, wie sie ist. Und sehen das Leid der anderen und wachsen hinauf zur Solidaritätsidee und beginnen scheu und zage die Tragik zu fühlen, die in aller Klassenzerklüftung steckt. Hier kündigt sich eine neue Generation von Dichtern an. Sie gehen wie wir durch das Gewühl der Massen, sehen endlich Industrieanlagen und Bahnhofshallen und ahnen, dass auch hier hohe künstlerische Werte zu gewinnen sind.

So ist es schon heute möglich geworden, ein ganzes Buch mit deutschen Grossstadtgedichten auszufüllen.* Viele Strophen branden bereits den deutschen Lyrikern aus dem Getriebe der grossen Städte entgegen. Und mitten drin schon eine, die kein Bangen verrät, in der schon leises Heimatsgefühl schwingt, die Strophe des Ernst Schur:

Auch über dem Meer der Mietskasernen
wölbt sich der Nachthimmel mit all den Sternen.

Noch beruhigter lässt Anton Wildgans den Ewigkeitswillen der Grossstadt aus seinem „Lied der Strassen“ klingen:

Werke sind wir eurer Hochgedanken,
mühsam werden wir durch eure Hände —
aber nur den Anfang, nicht das Ende
gebt ihr uns — denn wir sind ohne Schranken!

Und wir dauern noch, wenn längst zunichte
eure Macht von Fürsten und Tribunen —
andre Völker deuten dann die Runen
unserer Steine — wir sind die Geschichte!

Wildgans ist den Herausgebern der genannten Anthologie leider entgangen. Ebenso Alfons Paquet. Aber gerade in Paquet hat die deutsche Grossstadtlyrik ihren ersten Höhepunkt erschwungen. Sein Gedichtband „Auf Erden“ (verlegt bei Eugen Diederichs in Jena) ist voll neuer Versuche, das Stadtleben dichterisch zu erobern. Wie seine Brüder in Apoll ehemals von einem Hügel ins Tal schauten, so sieht er von der Bahnbrücke auf die zischenden Züge. Ein Gang durchs Gewühl macht ihn beglückt. Die Stadt im Regen begeistert ihn. Was die Menschen einer Grossstadt in

* Im steinernen Meer. Grossstadtgedichte. Ausgewählt von Oskar Hübner und Johannes Mongelin. Mit einem Vorwort von den Herausgebern und von Theodor Heuss. Deckelzeichnung von Richard Grimm. Buchverlag der Hilfe. Berlin-Schöneberg. 1910. 200 Seiten. Kartoniert K 3'60, gebunden K 4'80.

gleicher Stunde tun, regt sein Herz an und der Samstagabend und der Sonntag locken ihn zu Hymnen. Er ist der erste deutsche Dichter, der die Grossstadt als Wissender anschaut und aus seinem Wissen seine dichterischen Stimmungen schöpft. Er hat ein Ohr für Rhythmen und ein scharfes Auge, aber er ist zugleich Nationalökonom und Sozialpolitiker. Seine Erscheinung macht es klar, dass keiner die Grösse und Bedeutung unserer Weltstädte künstlerisch festzuhalten vermag, der nicht ihre wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen begreift und sie in sich zum Erlebnis steigert. Davon hängt in Wahrheit das Schicksal unserer Kunst ab. Die Kunst muss sich dem Leben und seinen Kräften weihen, sonst weicht sie sich selber kraftlos dem Tode.

Wollen die Dichter weiterschreiten in der künstlerischen Eroberung des grossstädtischen Lebens, so müssen sie weiterschreiten in der Vervollkommnung ihrer soziologischen Bildung. Sie sind auf dem Wege. Die Stadt, dieser gewaltige Werkmeister der Seelen, wird sie noch weiter führen und der Sozialismus wird es sein, aus dem heraus die grössten unter ihnen ihrer Gestaltungskraft die zwingende Deutungskraft gewinnen werden.

Diesem für die Kunstentwicklung entscheidenden Werdegang darf die Arbeiterschaft nicht unwissend und stumpf gegenüberstehen. Wenn wir soziale Kunst wollen, dann müssen wir dieses Sehnen in tausend und tausend Herzen und Hirnen lebendig machen. Die Arbeiter sollen wissen, dass ihr Dasein in der Brust des Dichters eine Heimstätte gefunden hat. Sie sollen lesen, wie er sich müht, ihr Schreiten zur Fabrik, ihr Schaffen, ihr Kämpfen und ihr ganzes Leben zu besingen. Dichter sind nicht überflüssige Sonderlinge, nicht Menschen, die mit dem Volk und seinen Zielen nichts zu tun haben. Dichter sind in Wahrheit die Former der allgemeinen Empfindungen. Warum erscheint die Grossstadt so wenigen schön, warum fühlt man noch nicht die Pracht der modernen Technik? Gewiss auch darum, weil die Künstler noch nicht den rechten Ausdruck dafür fanden. Und wenn wir selbst tief in unserem Innern noch ganz andere Schönheiten ahnen und überzeugt sind, dass das Arbeiterleben der Gegenwart ausgefüllt ist mit Heldentum und Hoheit, haben wir nicht alle Ursache, die Künstler uns zu Freunden zu machen? Soll nicht der Klassenkampf der Gegenwart seine Sänger finden? Wir glühen danach. Die Dichter sollen uns nicht fremd bleiben, sie sollen sehen, wie wir ihnen zuwinken. Allen anderen um uns herum mag die Kunst ein leichtes Vergnügen sein. Uns bedeute sie höchste Manifestation des Lebenswillens. Erziehen wir uns zur Ehrfurcht vor der Kunst! Wir erziehen damit die Kunst zur Ehrfurcht vor dem Proletariat!

Bücherschau

Geschichte

A. Conrady: Geschichte der Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. 1. Band mit 229 Bildern. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin.

Der historische Materialismus ist eine Methode von verblüffender Fruchtbarkeit. Das zeigt sich aufs neue an dem Werk, das Genosse Conrady über die Geschichte der Revolutionen veröffentlicht. Wie flach muten doch die bürgerlich-ideologischen Erklärungen an, wenn man sie mit den hier gebotenen Erklärungsgründen zusammenhält! Es ist bei den Ideologen bürgerlicher Geschichtsschreibung so, als ob die Weltgeschichte eine Geschichte von blutlosen Abstraktionen gewesen sei. Anders die materialistische Geschichtsauffassung. Sie gibt dem Geschichtlichen volle, saftige Körperlichkeit, Fleisch, Triebe, nimalische Ursprünglichkeit, sinnliche Entladungen.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung macht das Geschichtliche zum Ebenbild der bürgerlichen Historiker: sie gibt der Historie etwas Akademisches, Professorales, Theologisches, Romantisches, Metaphysisches — oder wie man jene Tendenz zur Verleugnung alles Materiellen und Konkreten, jene Vorliebe für das Gedanklich-Literarische nennen will. Conradys Buch zeigt nun mit stetiger, gleichmässig fortwirkender Energie, ohne viel Polemik, mit beruhigender Selbstverständlichkeit, dass die niederländische wie die englische Revolution letzten Endes durchaus in materiellen Existenzfragen wurzelten. Der niederländische Aufstand erscheint nach seinem innersten Wesen als eine Erhebung des niederländischen Handelskapitalismus gegen den spanischen Feudalismus und gegen den spanischen Absolutismus, der trotz gewisser Anfänge einer geldwirtschaftlich-bureaukratischen, geldwirtschaftlich-zentralistischen Staatsverwaltung in Spanien und trotz des amerikanischen Edelmetallzustromes

nicht die Kraft besass, Spanien handelspolitisch und gewerbepolitisch auf eine dauernde Höhe zu bringen und statt dessen vielmehr sehr bald eine feudale Reaktion inszenierte. An der Hand zeitgenössischer Autoren, wie Guiccardini u. s. w., entwirft Conrady ein lebendiges Bild der niederländischen Geldwirtschaft von der Mitte des 16. Jahrhunderts. Er zeigt uns die Handelsstadt Antwerpen, den Haupthandelsplatz der Zeit, eine Zeit, durch die jährlich etwa für 40 Millionen Dukaten Waren passierten, dann Gent, das Antwerpen industriell überlegen war, die niederländische Hausindustrie, die Reederstadt Amsterdam mit ihrem Herings- und Getreidehandel, dann die hochqualifizierte niederländische (wallonische und holländische) Landwirtschaft. Diese Welt suchen die spanischen Habsburger in der plumpsten Weise auszu-beuten. Der spanische Merkantilismus treibt den unmittelbarsten Raubbau an den niederländischen Provinzen. Er vermag es nicht, die niederländische Geldwirtschaft positiv zu fördern und dann aus ihrer Blüte Nutzen zu ziehen, sondern er sucht sie, feudal borniert, ganz direkt auszupowern. Die Niederlande sind Karls V. beste Steuerquelle. Sie liefern in neun Jahren 40 Millionen Goldgulden. Karl V. ist immerhin so klug, den Niederländern bevorzugte Staatsstellen in Spanien einzuräumen und die ständischen Privilegien (das Steuerbewilligungsrecht der Ständevertreter) zu schonen. Anders Philipp II. In einer Staatsbankrottstimmung wagt er alles: er lässt die hergebrachten Ständeprivilegien ausser acht, verletzt den niederländischen Feudaladel, der gewohnt war, in der niederländischen Verwaltung eine grosse Rolle zu spielen und bringt die Bürger gegen sich auf, indem er die wahn-sinnige Alkabila einzuführen versucht, die schon dem spanischen Gewerbe den Todesstoss gegeben hatte: eine Steuer im Betrage des zehnten Pfennigs von jedem effektuierten Verkauf gewerblicher Produkte. Weiter verschliesst er den Niederlanden den Verkehr mit den spanisch-amerikanischen Kolonien. Genug: derartiger Dinge geschieht eine Menge. Die Niederlande erheben sich: der Adel, ohnehin ausserstande, die geldwirtschaftliche Entwicklung gut zu überstehen und längst durch die kapitalistische Entwicklung überholt, zudem von Philipp nun von der niederländischen Staatskrippe verdrängt, stellt sich an die Spitze der Bewegung, deren Kern jedoch in den Lebensinteressen der niederländischen Bourgeoisie zu suchen ist. Verkrachte Feudale, die gelegentlich des Aufstandes des niederländischen Kapitals gegen den blut-saugerischen, spanischen Absolutismus etwas zu gewinnen hoffen, dazu die Empörung weiter Massen, auf die alle Nachteile der spanischen Wirtschaft abgewälzt werden und die ökonomischen Interessen des Handels- wie des Industriekapitals: das ist der Kern der niederländischen Revolution.

In ganz analoger Weise wird die Geschichte der englischen Revolution untersucht. Auch dort zeigen sich ökonomische Ursachen. Die Krone schädigt durch Handelsmonopole die Interessen vieler Bürger. Das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments wird von der Krone angezweifelt. Der Fiskus ist dauernd in Geldnöten und versucht jedes Mittel, sich unabhängig zu machen. Der Feudalismus aber, auf den sich Kronen

sonst zu stützen pflegen, ist selbst in die kapitalistische Interessenwelt hineingezogen: die englischen Landlords treiben in den sogenannten Einhegungen (den der Bauernschaft weggenommenen Wiesenländereien) Schafzucht, um der englischen Industrie Rohwolle zu liefern. So sind Adel und Bourgeoisie trotz gewisser Klassen-gegensätze im Kampf gegen die Monarchie einig. In den Niederlanden wie in England finden nun die verschiedenen Klassen zu den ökonomischen Triebfedern den ideologischen Ausdruck: die Reformation. Der Kampf ist, ideologisch gesehen, ein Kampf des protestantisch-demokratischen Protests gegen den absolut feudalen Katholizismus. Aber diese Form des Kampfes ist sekundär, ist zweiten Grades, obwohl der Kampf gerade in dieser Form den Kämpfenden am meisten bewusst wird. Conrady holt diese Zusammenhänge vortrefflich heraus. Nur eines fehlt: die volle kulturgeschichtliche Universalität der Darstellung. Ganz zweifellos ist die Darlegung der ökonomischen Grundzüge die Hauptsache. Aber damit ist nicht gesagt, dass die anderen Formen geschichtlichen Lebens zu kurz kommen dürfen.

Der historische Materialismus schliesst eine eingehende Darstellung der Ideologien in der Geschichte nicht aus. Was der historische Materialismus tut, ist nur dies: er bewertet die Ideologie für die Orientierung des geschichtlichen Stoffes anders als es der bürgerliche Historiker tut. Uns ist das Oekonomische das Primäre — aber es ist uns darum nicht das Einzige. Wir historischen Materialisten haben das Recht und die Pflicht, sämtliche Seiten der Kultur zu sehen: religiöse, wissenschaftliche und künstlerische Kultur. Und wie liegt die Darstellung der künstlerischen Kultur der niederländischen Erhebung nahe. Die ganze gewaltige Kunst Brueghels ist ein fortlaufender künstlerischer Kommentar zu jener Zeit. Damit kommen wir zu den Illustrationen.

Das Illustrationsmaterial ist nicht durchwegs qualifiziert. Es genügt keineswegs, dass Illustrationen zeitgenössisch sind. Sie müssen zugleich künstlerisch wertvoll sein. Es hat zu allen Zeiten minderwertiges Kunstgut gegeben. Es ist nicht nötig, dass wir dies Kunstgut verewigen. Man braucht die sittengeschichtliche Treue nicht so weit zu treiben, dass man künstlerisch total wertlose Dinge bringt, wenn wahre Kunst zur Verfügung steht, die ebenso verständlich ist. Gerade gegenüber ungeschultem Geschmack ist solche sittengeschichtliche Treue sehr wenig angebracht. Indes — das soll uns die Freude nicht verderben. Das Werk soll vielmehr als ein sehr ernstes Bildungsmittel allen Arbeitern aufs herzlichste empfohlen sein. Hausenstein.

Politik

Die Wiener „Deutschnationale Geschäftsstelle“ gibt seit August eine Halbmonatsschrift heraus, die sie „Deutsche soziale Rundschau“ nennt*. Die neue Zeitschrift will für

* „Deutsche soziale Rundschau. Eine Halbmonatsschrift für freihetlichen Nationalismus und gesunde gesellschaftliche Entwicklung.“ Verwaltung: Wien VII, Lerchenfelderstrasse 5. Bezugspreis jährlich 12 Kronen.

die Nationalverbändler werden, was „Der Kampf“ für die Sozialdemokratie ist. Der Versuch verdient auch unser Interesse. Wir sind neugierig, den Nationalismus einmal mit „geistigen Waffen“ kämpfen zu sehen. Leider haben die ersten Hefte unsere Erwartungen enttäuscht. Die beiden Hefte enthalten Abhandlungen über wirtschaftspolitische Fragen, von denen einige ganz interessant sind, während andere auf das tiefste Niveau der deutschnationalen Provinzpresse hinabsinken. Insbesondere ein Aufsatz des Herrn Dr. Adolf Gruss, der den Strafgesetzentwurf unter wüstem Geschimpfe auf den „knallroten Ueberschwang“ österreichischer Sozialpolitik vom engherzigsten Züfnflerstandpunkt der Aerzte aus beurteilt, bezeugt die sozialpolitische Einsichtslosigkeit unserer nationalen Bourgeoisie. Die eigentlichen nationalen Fragen werden in den beiden Heften überhaupt nicht erörtert; seine theoretische Begründung ist uns der Nationalismus bisher schuldig geblieben.

Ueber das Niveau der anderen Abhandlungen erhebt sich nur der von Michael Hainisch verfasste Leitaufsatz des ersten Heftes. Hainisch spricht von der körperlichen Entartung der Bevölkerung unserer Grossstädte. Aber der einstige Sozialpolitiker will die Ursachen des Rassenverfalles nicht in der kapitalistischen Ausbeutung, nicht im Wohnungselend und in der Lebensmittelteuerung finden, sondern — in der Genussucht. In den Grossstädten „infiziert das Nichtstun und die raffinierte Genussucht auch die untersten Volksschichten“. Der „Mangel an ethischer Lebensführung“ führe zum Alkoholismus, zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, zum Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit. Das seien die Ursachen der Rassendegeneration. Dass Hainisch den Deutschnationalen, die im Bierkomment den besten Kitt für ihre Gefolgschaft sehen, von den Gefahren des Alkoholismus erzählt, ist gewiss zu loben; aber dass er als Waffe gegen den Alkoholismus gerade die Monopolisierung des Flaschenbierhandels durch die Gastwirte empfiehlt, wirkt komisch. Die Trunksucht wird wohl nicht dadurch eingedämmt werden, dass die Arbeiter das Flaschenbier in der Fabrikantkantine statt bei dem Greisler oder im Konsumvereinsladen kaufen. Die Einschränkung der Kinderzahl in Arbeiter- oder Kleinbürgerfamilien aber ist überhaupt weder eine Wirkung noch eine Ursache der Rassendegeneration. Mit dem Sinken der Geburtenzahl geht ja das Sinken der Sterblichkeit, insbesondere der Kindersterblichkeit Hand in Hand! Und wenn Hainisch die Einschränkung der Kinderzahl auf die Genussucht zurückführt, möchten wir ihm raten, sich doch einmal den Haushalt einer Arbeiterfamilie anzusehen. Den armen Arbeiterfrauen, die als Fabrikarbeiterinnen, Wäscherinnen oder Bedienerinnen ihr Brot erwerben und daneben ohne Hilfe einen kinderreichen Haushalt versehen müssen, kann man „Nichtstun und raffinierte Genussucht“ wahrhaftig nicht vorwerfen. In den elendesten Wohnungen eingepfercht, auf ein karges Einkommen angewiesen, erliegen die armen, mit der doppelten Last der Erwerbsarbeit und der Arbeit im Haushalt überbürdeten Frauen den Wirkungen häufiger Schwangerschaft. Schränken sie die Zahl ihrer Kinder nicht ein, dann sterben ihre Kinder im zartesten Alter!

Welche Kühnheit, diesen Opfern unserer Gesellschaft „Mangel an ethischer Lebensführung“ vorzuwerfen, ihrer Not Sittensprüchlein entgegenzuhalten!

Man schämt sich fast, einem Mann wie Hainisch solche Binsenwahrheiten vorhalten zu müssen. Aber der Sozialpolitiker von anno dazumal hat eben sehr viel von dem Wasser satter Bourgeoisie in seinen sozialpolitischen Wein tun müssen, ehe er würdig wurde, der Theoretiker der „Deutschnationalen Geschäftsstelle“ zu sein. Und Hainisch ist ein Typus! Die Sozialpolitiker der Neunzigerjahre haben in das Lager der Bourgeoisie schnell und gründlich heimgefunden. Von ihnen hat die Arbeiterklasse keine Unterstützung mehr zu erwarten.

O. B.

*

Das von Friedrich Naumann herausgegebene Jahrbuch „Patria“, Bücher für Kultur und Freiheit, ist nun zum zwölftenmal für das Jahr 1912 im Berlin-Schönberger Verlag „Fortschritt“ erschienen. Der Sammelband enthält Beiträge fortgeschrittener Liberaler, ehemaliger Demokraten, früherer Nationalsozialer, Wortführer der Technikerbewegung und Männer der Kunst. Wir finden Beiträge aus den Grenzgebieten der Religion und Politik, so von Walter Götz über Katholizismus und Ultramontanismus, von Friedrich Michael Schiele über die Möglichkeit religiöser Neubildungen in der Gegenwart, Gedanken und Erinnerungen an die bürgerliche Demokratie, so von den heute sehr ruhig gewordenen Ludwig Quidde über die demokratische Idee und von Theodor Heuss über Ludwig Pfau, den wackeren Schwaben. Das Gebiet der reinen Politik betreten Friedrich Weinhausen in einem nur durch den Titel bemerkenswerten Beitrag, „Politische Organisationskunde“, und Elisabeth Altmann-Gottheiner, „Das Frauenwahlrecht in der Praxis“, welcher Aufsatz nützliche Daten zur Agitation für das wirkliche allgemeine Wahlrecht zusammenstellt. Das Gebiet der Volkswirtschaft berühren Heinz Potthoff, die deutsche Volkswirtschaft im Kriege, wo das Alte über diese Frage nicht erschöpfend wiedergegeben und bemerkenswertes Neues nicht zu finden ist. Friedrich Naumann behandelt in seiner schillernden Art das moderne Geschäftsleben und den christlichen Glauben. Wir finden da Reste der vielen wirtschaftlichen Anschauungen, die dieser Vielgewandte in den letzten zwanzig Jahren immer mit dem Eifer des fest überzeugten Mannes vertreten hat. Die übrigen Beiträge seien einfach angeführt: Oskar Klein-Hattungen, Napoleons des Ersten russische Politik, Ludwig Curtius, Universitätsreform, Erich Schlaikjer, Die skandinavische Kultur in Deutschland, Müller-Guttenbrunn, Die erste Amme. Eingeleitet ist das Jahrbuch von Friedrich Naumann mit Gedanken über die deutsche Sprache.

Das schön ausgestattete Jahrbuch enthält nichts, was notwendigerweise geschrieben werden müsste und was sich irgendwie durch Bedeutsamkeit auszeichnet. Aber das könnte man dem Buche nachsehen, wenn es charakteristisch wäre für den deutschen Liberalismus, wenn es uns einen Einblick in die herrschende Richtung des noch nicht

ganz konservativen Bürgertums im Deutschen Reiche gewähren könnte. Aber fast alle, die da schreiben, sind mehr geduldete als charakteristische Männer innerhalb des deutschen Liberalismus. So ist dieses Buch eine Sammlung von Aufsätzen, die man lesen mag oder nicht lesen mag, die jedenfalls zur politischen Erkenntnis des reichsdeutschen Parteiwesens so viel wie gar nichts beitragen. ad. br.

Gewerkschaftsliteratur

Systematische Liste der Gewerkschaftszeitungen, veröffentlicht vom Internationalen Sozialistischen Bureau, Brüssel 1911. 63 Seiten.

Die für Kenner des Deutschen, Englischen und Französischen angelegte Broschüre, die sich an die im vorigen Jahre vom Internationalen Bureau veröffentlichte Liste der politischen Presse anschliesst, bezeichnet sich — im Vorwort — bescheiden als Entwurf zu einer systematischen Liste und Genosse Huysmans bittet, ihn auf Lücken und Irrtümer freundlich aufmerksam zu machen. Man möchte dieser Anregung zur Enthaltung von öffentlicher Kritik folgen, wenn die kleine Arbeit nicht Mängel aufwiese, die die durch Anwendung der internationalen Dewey'schen Klassifikation erstrebte Orientierung auf dem Gebiet der Gewerkschaftspresse ärgerlich stören und die in diesem Ausmass auch bei einem ersten Entwurf unerlaubt scheinen. Mag man auch ohneweiters zugeben, dass eine zuverlässige Aufstellung dem dazu eher berufenen Internationalen Gewerkschaftssekretariat leichter gefallen wäre, so sind die unzureichende Kenntnis der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung und die Schleuderhaftigkeit, die bei der Abfassung zusammengewirkt haben, im Hinblick auf die verantwortliche Instanz sicher auffallend. Das Verzeichnis der österreichischen Presse zum Beispiel ist einfach unbrauchbar. Dass das Brüsseler Bureau den Separatismus, den Entscheidungen der gewerkschaftlichen und politischen Internationale entgegen, still zur Kenntnis nimmt und in einer eigenen Rubrik „Böhmen“ placiert, möchte man noch hingehen lassen, wenn wenigstens die separatistische Presse von der zentralistischen gesondert angeführt würde. Aber statt dessen ist alles durcheinandergerührt. Unter „Böhmen“ werden einfach die in tschechischer Sprache erscheinenden Blätter aufgezählt, separatistische und zentralistische, in Böhmen und ausserhalb Böhmens herausgegebene. Dabei ist die Aufstellung nichts weniger als vollständig. Vor allem fehlt das — separatistische Zentralorgan, dafür ist das tschechische Blatt der Wiener Kommission unter „Böhmen“ genannt. Aber die Broschüre leidet nicht nur an Schnitzern, vor denen bloss der gelernte Oesterreicher ganz sicher sein mag. So ist unter „Frankreich“ als Zentralorgan die „Revue Socialiste, Syndicaliste et Coopérative“ und die „Vie Ouvrière“ genannt. Die erste ist aber eine private, von sozialistischen Gelehrten und Politikern geleitete wissenschaftliche Monatsschrift, die zur Gewerkschaftsorganisation die gleichen Beziehungen hat wie etwa die „Sozialistischen Monatshefte“ in Deutschland und das gleiche gilt auch von der in syndikalistischem Sinn redigierten „Vie Ouvrière“.

Dagegen fehlt im Verzeichnis das offizielle Wochenblatt der französischen Arbeiterkonföderation, die „Voix du Peuple“! Wenn in der Broschüre derart die notwendigsten Angaben fehlen, so ist sie dafür mit manchem überflüssigen Ballast beladen. Da die vor jedem Zeitungstitel stehende Ziffer den vertretenen Beruf angibt, so ist die übrigens nur bei manchen anderssprachigen Ländern durchgeführte Uebersetzung des Titels — und bald ist es eine Uebersetzung ins Französische, bald ins Deutsche — ganz unnötig und läuft auf eine spielerische Geschäftigkeit hinaus. Demjenigen, der zum Beispiel Titel und Adresse des bulgarischen Lehrerblattes sucht, nützt es gar nichts, zu lesen, dass „Utschitelska Iskra“ auf deutsch „Lehrfunke“ heisse, was übrigens nicht einmal richtig ist, da es, wenn überhaupt schon, mit „Lehrerfunke“ übersetzt werden müsste. o. p.

Frauenfrage

Tagebuch einer geschiedenen Frau. Herausgegeben von F. Losmann. Verlegt bei Siegmund Pollak, Wien VI, 1911.

Ein Buch, das wohl gut gemeint ist. Es will den Widersinn des geltenden Ehegesetzes zum Bewusstsein bringen. Aber warum hierzu die Form eines Tagebuches? Das erfordert dichterischen Geist. Wer dieses Tagebuch schrieb und wer es herausgab, kennt nicht einmal die einfachsten Sprachregeln. Seite 16 klagt: Hugo geht lieber ohne mir! Seite 25 erzählt von einer „Lustreise um mein Geld“. Die Zeile eines auch sonst gut missratenen Gedichtes heisst: Man haltet mir entgegen... Und Seite 65 bietet gar das Sätzchen: Weil ich nichts davon habe, so brauchst auch du nichts davon haben! Hier unterbrach ich diese seltsame Lustreise um unser Deutsch.

J. L. S.

Schulwesen

Heinrich Schulz, „Die Schulreform der Sozialdemokratie“. Dresden 1911. Verlag von Kaden & Komp. 263 Seiten. Preis 2 Mark.

Fragen der Schulreform bilden gegenwärtig ein Lieblingsthema bürgerlicher Weltverbesserer, deren Radikalismus oberflächliche Beurteiler oft glauben machen könnte, auf diesem Gebiete falle sozialdemokratisches und radikalbürgerliches Interesse zusammen. Schulz zerstört diesen Glauben. In seinem mit ausserordentlichem Fleisse und gründlicher Kenntnis der Fachliteratur zusammengestellten Buche entrollt er ein Bild der sozialistischen Schulreform, das um so packender wirkt, als der Verfasser stets sachlich bleibt und sich von jedem rhetorischen Prunke freihält. Die heutigen Schulzustände Deutschlands (von denen — nebenbei bemerkt — der österreichische Leser erfährt, dass sie in mancher Beziehung schlechter sind als die unseren, weil namentlich in Norddeutschland der Klassencharakter des Schulwesens weit schärfer ausgeprägt ist) werden einer schonungslosen Kritik unterworfen, an die sich die positiven Vorschläge des Verfassers anschliessen. Dass diese nicht durchaus als Willensmeinung der Partei aufzufassen sind, ist, da es sich oft um Einzelheiten

eines Zukunftsbaues handelt, wohl selbstverständlich. Einige Kapitel des Buches werden sich namentlich für die in der Gemeindepolitik tätigen Parteigenossen nützlich erweisen, so die Erörterungen über Einheitsschule, Kindergarten, Koöduktion, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, Schulspeisung, Jugendheime, Fortbildungsschulen u. s. w., die durch reichhaltige Literaturnachweise zugleich ein tieferes Eindringen in die Materie ermöglichen. Die Stellung des Verfassers zu dem heute so viel umstrittenen „Arbeitsunterricht“ wird nicht ungeteilte Zustimmung finden. Schulz beschränkt den Begriff „Arbeit“ zu sehr auf körperliche Arbeit und findet die Erfüllung der „Arbeitsschule“ in der Einführung des Handfertigkeitsunterrichtes, während eine namhafte Richtung der deutschen Pädagogik das Wesen der Arbeitsschule in der selbständigen, keinem Autoritätszwange unterworfenen Erarbeitung von Erkenntnissen auf geistigem und körperlichem Gebiete erblickt. Auch das harte Urteil über Kerschens- steiner scheint mir durch die angeführten Tatsachen nicht ganz begründet. Trotz dieser Einwendungen kann Schulz' Buch als eine wertvolle Bereicherung der Parteiliteratur bezeichnet und jedem empfohlen werden, der die Stellung der Sozialdemokratie zur Schulfrage näher kennen lernen will.

Lsch.

Dramen

Anna Barenthin. Drama in drei Akten von Otto Krille. Berlin, Johann Sassenbach, 1911. 110 Seiten.

• Otto Krille, der uns bisher einige Sammlungen sozialer Lyrik („Aus engen Gassen“, „Aus Welt und Einsamkeit“, „Neue Fahrt“) bot, tritt nun als Dramatiker vor uns. Mitten ins Arbeiterleben führt er, zeigt junge Menschen, in denen die Idee des Sozialismus lebendig wird. Hans Richter will mit seinen Gefährten ein sozialdemokratisches Tagblatt gründen. Ein Kreis von Gleichgesinnten umgibt ihn, darunter Anna Barenthin, die Tochter seiner Zimmerfrau. Und Anna, die unter seinem Einfluss an Herz und Geist eine andere wird, sie fesselt auch den Strebsamen bis zu dem Augenblick, der ihm ihr Vorleben enthüllt: Ein Fabrikant hat ihre Liebe besessen; dann ein Streikbrecher. Hans verliert das Vertrauen. Da wächst die Gestalt der Anna Barenthin, der zuliebe der Streikbrecher in den Tod geht, ins Grosse. Sie nimmt Abschied von Hans.

Anna: Was du mich gelehrt hast, werde ich nie vergessen. Ich werde es zu vermehren wissen und streben nach dem Ziel, dem wir

uns gewidmet haben. In unablässiger Arbeit will ich nicht nur abwaschen, was von der Vergangenheit Hässliches geblieben ist, sondern dir auch zeigen, dass ich deiner nicht unwürdig bin. Wenn ich dann, geadelt durch die Hingabe an ein grosses Werk, zurückkehre und in dir ist die neue Moral lebendig, das grosse Mitleid mit aller Schuld, dann, aber auch nur dann können unsere Seelen ineinander münden. Bis dahin habe ich mir einen anderen Gefährten erwählt.

Hans: Und wer ist das?

Anna: Der Tote da drin. Er soll mich mahnen, dass unsere höchste menschliche Aufgabe im Vertrauen und im grossen Mitleid liegt.

Hans: Dann lass mich diesen Toten beneiden!

Anna: Dass wir rein den Lebenden dienen können... Ja, Hans, Kampf und Mitleid, diese zwei sollen für unsere Ziele werben und das Vertrauen soll über alle herrschen. (Geht langsam nach links ab.)

Ich bin sehr der Meinung, Otto Krille hätte aus diesem seinen Stoff noch Bedeutsameres schaffen können. Gestalten wie der alte fromme Hühner, wie Kettelpopper, der Vagabund und Dichter, wie die Mutter der Barenthin deuten auf echtes dramatisches Können. Aber die Sprache ist (wie schon die Probe zeigt) zu wenig markig, zu wenig erlauscht; ein kluger Spielleiter müsste dem Dichter hier an die Hand gehen. Die Arbeiterbühnen seien auf das Werk aufmerksam gemacht.

J. L. S.

Bibliographie

Das politische Lied. Katalog 57 von Paul Graupe. Antiquariat, Berlin W. 35, Lützowstrasse 38. 30 Seiten.

Auf diesen ganz ausserordentlich interessanten Katalog sei hier besonders hingewiesen; er enthält ein halbes tausend politischer Gedichtsammlungen, Flugblätter und Gelegenheitschriften aus den Tagen der französischen Revolution, der Freiheitskriege, des Achtundvierziger Jahres bis in die neueste Zeit, lauter seltene Stücke, zum Beispiel die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ mit den bekannten Abschiedsstrophen Ferdinand Freiligraths, die Werke Adolf Glassbrenners, die Revolutionsgesänge R. Gottschalls, P. Heyses, L. Pfaus, des Grafen Strachwitz und anderer. Arbeiterbibliotheken bietet sich hier Gelegenheit zu wertvollen Erwerbungen.

J. L. S.